

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 32.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 15. August 1916.

Inhalt: Eine wichtige Angelegenheit, die Kirchenfrage, S. 825—828. — Passivität, S. 828. — Der Glückwunsch der Posener Stadtverordneten an den Warschauer Gemeinderat, S. 820. — Nach zwei Kriegsjahren, S. 830, 841. — Graf Monts und die polnische Frage, S. 831. — über die Kriegsziele, S. 832. — Nationalausschuß, S. 832. — Von der Front, „Dziennik Bydgoski“, S. 833. — Die „Fehler“ der polnischen Abgeordneten, S. 834, 835. — Zur Denkschrift der wirtschaftlichen Verbände, S. 835. — Generalversammlung des Frauenverbandes im Westen, S. 836. — Die Nationaldemokratie in Preußen, S. 836. — Russische Informationen über Posen, S. 836. — Warschau in der Erwartung, S. 836. — Am Vorabend der Entscheidung, S. 837. — Die Idee der Tat, S. 837. — Zu den Warschauer Wahlen, Falsifikate der Einigkeit, die Erklärung des Gemeinderats, S. 838, 839. — Gegen Rußland mit den Zentralmächten, S. 840. — Zum Jahrestag der Einnahme Warschaus, S. 842, 843, 846. — Autonomistische Trugbilder, S. 843. — Vom Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens, S. 844. — Der äußere Schein, aus dem Dombrowabezirk, S. 846. — Das Budget des polnischen Staates, S. 847. — Ein Nationaldenkmal, S. 848. — Handel und Gewerbe in Polen, S. 849. — Der Wiener polnische Klub an den Warschauer Gemeinderat, S. 850. — Vor wichtigen Entscheidungen, S. 850. — Geäußerte Hoffnungen; aus dem Polnischen Klub, S. 851. — Galizien und das Königreich, S. 852—855. — Die Deutschen in Österreich und die polnische Frage, S. 855.

Betrifft die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 64 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 4. August 1916.

Eine wichtige Angelegenheit.

I.

Der Krieg hat viele neue Fragen auf allen Gebieten hervorgerufen. Auch bei uns Polen sind in Bezug auf unser Verhältnis zu den Deutschen neue Probleme aufgetaucht. Wie den anderen, hat man auch uns eine Neuorientierung in der inneren Politik versprochen. Außerdem ist die Frage des Schicksals der polnischen Gebiete, die durch die deutschen Heere nach Zurückdrängung der Russen besetzt wurden, neu erstanden. Das alles sind neue Fragen, mit denen man sich auseinandersetzen muß, und die von den Polen viel politischen Takt und Verstand verlangen werden. Bei dieser allgemeinen Umgestaltung bleibt jedoch eine wichtige und grundsätzliche Frage unverändert, nämlich die **Kirchenfrage** in den Landesteilen, in welchen die polnischen Katholiken der nichtpolnischen geistlichen Behörde unterstellt sind, wie auch in Westfalen und Berlin. Von den mehr als vier Millionen Polen, die in Preußen wohnen, befinden sich beinahe drei Millionen in dieser Lage. Man kann es sich schwerlich vorstellen, daß irgend eine neue Orientierung auf politischem Gebiete diese Verhältnisse grundsätzlich ändern könnte. Man kann nicht behaupten, daß eine Neuorientierung sie überhaupt nicht beeinflussen könnte. Im Gegenteil! Da die Politik auf diese Verhältnisse nicht ohne Einfluß war, würde eine Änderung in der inneren Politik auch auf kirchlichem Gebiete sich hier und da bemerkbar machen. Aber im allgemeinen wird der komplizierte Zustand der kirchlichen Verhältnisse auf dem weiten Gebiete der deutschen Seelsorge für die polnischen Katholiken in Zukunft sich nicht viel anders gestalten als vor dem Kriege. Wenn man die schon ziemlich hohe Zahl von 2000 Seelen auf einen Geistlichen rechnet, müßten wir für unsere Landsleute etwa anderthalb Tausend polnische Geistliche stellen, für ihren Unterhalt sorgen, hunderte von neuen Kirchen bauen. Eine solche Aufgabe würde vor uns stehen, wenn man uns sagen würde: „Ihr seid in kirch-

licher Beziehung vollständig frei. Sorget dafür, daß die Polen überall ihre eigenen Geistlichen, die eure nationalen Bedürfnisse verstehen, und eigene Kirchen haben“. Eine solche Aufgabe würden wir nicht lösen können. Dazu wäre ein Millionenkapital erforderlich, und dieses wäre zu nichts nütze, da man der großen Menge keine polnischen Geistlichen stellen könnte, weil es heute so viele nicht gibt. Es könnte jemand sagen, daß die oben angegebene Zahl der Geistlichen und die Menge der erforderlichen Kapitalien übertrieben seien. Unter Berücksichtigung aller Verhältnisse glaube ich, daß ich bezüglich der Zahl der erforderlichen Geistlichen eher zu niedrig als zu hoch gegriffen habe. Aber wenn man diese Zahl auch halbieren würde, so würde man doch noch zu denselben Ergebnissen gelangen. Wir haben überhaupt keine Möglichkeit, die große Menge unserer Landsleute, die jetzt der deutschen Seelsorge untersteht, mit polnischer Geistlichkeit zu versehen. Von den ausgesprochen polnischen Geistlichen befinden sich nur die in einer einzigen Diözese unter der Leitung eines polnischen Kirchenfürsten. Wir müssen uns also damit abfinden, daß auf kirchlichem Gebiete der größte Teil unseres Volkes nichtpolnischen geistlichen Behörden untersteht. Es gab sogar eine Zeit, da sämtliche Polen in Preußen solchen Behörden unterstanden, nämlich als auch in unserer Provinz ein Nichtpole die höchste Würde innehatte. Heute ist es bei uns anders. Aber unsere vereinigten Erzbischöfe enthalten kaum ein Drittel der polnischen Katholiken Preußens. Für den Rest, besonders aber für unsere Auswanderer im Westen, kann man sich schwer vorstellen, daß auch für sie die gegenwärtige Sachlage sich grundsätzlich ändern könnte. Die Mehrzahl der Polen wird auch fernerhin, ebenso wie bisher, der deutschen geistlichen Behörde unterstehen.

Daraus ergibt sich eine in katholischer Beziehung sehr schwierige und gefährliche Lage. Vor dem Kriege war es so, daß das Volk, das in nationaler Beziehung andere Wege einschlug als seine deutsche Umgebung, in bezug auf das religiöse Leben eine Behörde hatte, die dieser Umgebung angehörte. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, wurden dadurch um so größer, daß infolge der damals herrschenden politischen Konjunkturen der Nationalismus im öffentlichen Leben

einen immer breiteren Raum einnahm, natürlich auch in unserem Leben. Frühzeitig hat er seine Aufmerksamkeit auf dieses umfangreiche und schwierigste Gebiet des kirchlichen Lebens gelenkt. Wie er sich von deutscher Seite aus bemerkbar machte, ist eine wichtige Sache, für die jedoch die betreffenden deutschen Faktoren vor Gott verantwortlich sind, nicht wir.

Gingegen müssen wir uns vergegenwärtigen, wie wir uns in diesen Angelegenheiten verhielten; denn für das, was wir tun, werden wir uns vor Gott verantworten müssen. Außerdem werden wir vor der Zukunft unseres Volkes verantwortlich sein.

Unsere Pflicht Gott gegenüber ist klar. Die erste und grundsätzliche Sache ist die, daß unser Volk unter dem Einfluß der Kirche bleibe, daß es die heiligen Sakramente empfangt, sich an den kirchlichen Vereinen beteilige, mit einem Worte, daß sein Leben sich im katholischen Rahmen bewege.

Unsere Pflicht gegenüber unserem Volkstum ist dem scheinbar entgegengesetzt. Denn die Abhängigkeit unseres Volkes in religiöser Beziehung von nichtpolnischen Behörden löst dieses Volk unzweifelhaft von dem Einfluß seiner eigenen nationalen Institutionen los. Deshalb bemühen sich auch diejenigen von unseren Parteien, die nicht klar und deutlich auf katholischem Boden stehen, in unserem Volke den Geist der Selbstverteidigung gegen die nichtpolnischen geistlichen Faktoren zu wecken. Eine große Reihe unserer Zeitungen wirkt konsequent nach dieser Richtung hin, veranlaßt unser Volk zu nationalen Forderungen auf kirchlichem Gebiete und, wo diese Forderungen nicht berücksichtigt werden oder wegen Mangels an Geistlichen nicht berücksichtigt werden können, zum Widerstand gegen die geistliche Behörde. Die Äußerungen dieses Widerstandes werden dann in unserer Presse in einer Weise beschrieben, die den Opponenten das Recht zuerkennt. Die Antworten der geistlichen Behörden werden meistens übergangen. Ganze Bände könnte man über diese Tätigkeit unserer Presse in den letzten Jahren schreiben.

Welcher Art ist nach dieser Richtung hin die katholische Auffassung? Wenn auch die bei uns auftretenden Faktoren Recht hätten, d. h., wenn die nationale Idee tatsächlich unter der kirchlichen Behörde in diesen Gegenden Schaden leiden würde, so geht doch Gottes Gesetz vor Menschenrecht. Der Mensch wird zunächst mit einer unsterblichen Seele geboren, die zur Seligkeit bestimmt ist. Alles andere kommt erst später. Alle anderen sittlichen Begriffe, Gefühle und Pflichten sind nur die Folge des göttlichen Gesetzes, haben vor Gottes Augen nur insofern Wert, als sie den durch das göttliche Gesetz festgelegten Rahmen nicht überschreiten. Die nationalen, wirtschaftlichen, sozialen Sachen schöpfen ihre Kraft nicht aus sich selbst, sondern aus dem göttlichen Gesetz. Sie stehen nicht als gleichberechtigter Faktor neben ihm, sondern haben sich ihm unterzuordnen und seinen Bedingungen anzupassen. Wer anders spricht, steht nicht auf dem Boden der katholischen Weltanschauung. Wenn also auch gewisse unserer Parteien Recht hätten, daß die nationale Sache durch Unabhängigmachung unseres Volkes von der nichtpolnischen geistlichen Behörde gewinnt, so müßte doch ohne Zögern jeder Katholik sich dieser Unabhängigmachung widersetzen.

Aber in Wirklichkeit stehen die Sachen ganz anders. Die nationale Sache leidet unter der Aufrechterhaltung des katholischen Standpunktes garnicht.

Kresowicz.

Aus Nr. 65 des Kraj (Lissa)

vom 5. August 1916.

Eine wichtige Angelegenheit.

II.

Die katholische Kirche als solche entnationalisiert nicht. Wer da entnationalisiert, der wird das vor Gott verantworten.

Denjenigen, die da behaupten, daß ein Streit mit den deutschen Katholiken für die nationale Sache von Vorteil sei, muß in der folgenden Weise geantwortet werden:

In kirchlich-politischer Hinsicht haben sich Streitigkeiten am ständigsten offenbart in der Abkühlung unserer Verhältnisse zur Zentrumspartei. In den gesetzgebenden Körperschaften hat die frühere enge Zusammengehörigkeit zwischen Polen und dem Zentrum aufgehört. Es gibt nicht mehr wie früher eine grundsätzliche gemeinsame Tätigkeit, es gibt kein ständiges Bündnis mehr. Die Grundlage zum Zerwürfnis gab die sogenannte versöhnungsfreundliche Strömung zu Caprivis Zeiten, die sich damals den liberalen deutschen Strömungen näherte. Heute fühlen sich die Polen in den gesetzgebenden Körperschaften durch nichts mehr mit dem Zentrum verbunden, sie traktieren es, wie jede andere Partei, opportunistisch. In der Heimat und in der Emigration haben sich die Verhältnisse mit dem Zentrum ebenso abgekühlt und oftmals haben sie sich in eine offene Feindschaft verwandelt. Bei den Wahlen, bei denen keine Rede war von der Durchführung unseres Kandidaten, haben wir vielfach den deutschen Katholiken unsere Unterstützung versagt.

Das natürlich: Ergebnis eines solchen Verfahrens war, daß diese mächtige Partei nachließ, sich für unsere Angelegenheit zu interessieren. Welcher Schaden für uns daraus erwachsen ist, das könnte nur der Historiker beschreiben. Das Zentrum, welches mit den Polen in enger Fühlung stand, hätte sich unzweifelhaft mehr mit den Interessen seiner ausdrücklichen und ständigen Bundesgenossen befaßt.

In den letzten Jahrzehnten sind der Einfluß des Zentrums und seine Bedeutung im Staate fortwährend gewachsen. Es wurde gewissermaßen zu einer entscheidenden Partei. Weil wir eine solche Kraft so oft von uns gewiesen haben, so hat uns das ohne Zweifel hinsichtlich der Verteidigung unserer nationalen Rechte große Nachteile gebracht, sowohl bei den gesetzgebenden Körperschaften wie auch im Lande. Der mächtige Faktor der katholischen deutschen Presse, der etliche hundert Organe zählt, hat auch unsere Faktoren von sich gewiesen, die in scharfer und nicht umsichtiger Weise gegen die deutschen Bischöfe und geistlichen Behörden aufgetreten sind. Auch hier ist der Schaden der nationalen Sache sichtbar und ernst.

Nun wollen wir von dem allgemein-politischen Gebiete übergehen auf die unmittelbaren Verhältnisse in unserem Volke. Wer unser Volk kennt, der weiß, daß das festeste Empfinden bei ihm die Religion ist, das Verhältnis zur Kirche. Wenn diese Grundlage in unserem Volke geschwächt oder vernichtet ist, dann wird sein ganzes moralisches Wesen aus dem Gleichgewicht gebracht. Dieser nationale Ansporn, welchen es vorübergehend durch den lauten Streit mit den katholischen Faktoren anderer Nationalitäten gewinnen würde, ruht sehr häufig nicht auf sicheren Grundlagen. In der ersten Generation öffnet man manchmal den Weg zum Sozialismus und zu anderen antisozialen Strömungen, in der ferneren führt man es sicherlich zum Verlassen der nationalen Ideale. Wer es versteht, den einen heiligsten Grundsatz aus sich zu entfernen, der findet in sich nicht die moralische Kraft, sich an andere heilige Grundsätze zu halten,

und zwar mit dem Augenblicke, wo es bequemer ist, sie zu verlassen.

Beurteilen wir nicht immer alles nach dem Muster des Großherzogtums Posen. Das ist ein alter Fehler unserer Intelligenz. Man nimmt als Grundlage die Verhältnisse, die in einem Drittel der Gebietsteile herrschen, die in Preußen von Polen bewohnt sind, und urteilt alsdann nach diesem Beispiele über das Ganze. Und dieses Ganze bzw. diese Mehrheit ist doch so ganz anders, als unser Großherzogtum. Dasselbst ist überall für unser Volk die einzige moralische Autorität die Kirche. Schwächen wir diese ihre Autorität nicht. Sehen wir auf Berlin, auf Westfalen, diese Mittelpunkte, in denen der Streit mit den deutschen und katholischen Faktoren durch unsere Intelligenz unter dem Volke am lautesten und am ehesten verbreitet worden ist. Was hat man dadurch auf nationalem Gebiete erreicht? Gerade da gehen die meisten Leute in die Reihen der Sozialdemokratie, gerade da verlieren ganze Reihen der angeblich am meisten aufgeklärten Leute ihr Polentum. Ich bestreite nicht, daß auch ohne diese oppositionelle Bewegung zahlreiche Landsleute ihr Polentum ebenfalls verlieren würden. Wer des Gewinnes wegen seine Heimat verläßt, in welcher ein solcher Mangel an Arbeitern herrscht, daß wir Hunderttausende von ihnen aus Galizien und dem Königreiche annehmen müssen, der setzt sich von vornherein der Entnationalisierung aus, der tritt von vornherein in Verhältnisse, die für seine Nationalität unvorteilhaft sind. Wenn er in die Heimat zurückkehrt, am häufigsten mit Geld, so bereichert er dadurch das nationale Vermögen, das ist wohl richtig, häufig aber bringt er auch eine Menge schädlicher Begriffe in die Heimat. Wenn er nicht zurückkehrt, dann geht er früher oder später, in der ersten oder zweiten Generation, für das Volk verloren. — So möge er denn wenigstens nicht verloren sein für Gott, möge er seine Seele nicht verlieren. Kann aus den Kindern, die da sehen, wie ihre Eltern in der Kirche ihre Opposition öffentlich kundgeben, sogar beim Empfange der heiligen Kommunion, die da hören, wie zu Hause auf die Kirche geschimpft wird, etwas Nützliches für das Volk werden? Ist das nicht ein für die schlimmsten Strömungen geeigneter Fraß? Können denn solche Elemente in der Tat die Fahne unseres Glaubens und unserer Tradition hochhalten? Begeben wir uns auf die westfälische oder auf die Berliner Straße, wie das der Schreiber dieser Zeilen getan hat, vertiefen wir uns in die Verhältnisse dieser unserer armen Landsleute. Betrachten wir uns einmal die vielen Familien, die in „kirchlicher Beziehung“ am meisten „aufgeklärt“ sind, und stellen wir alsdann fest, was mit den Knaben geschieht, die den Respekt gegenüber der Kirche verlernt haben, was mit den Mädchen geschieht, die da gelernt haben, von oben herab auf das zu blicken, was ihren Vorfahren heilig gewesen ist. Ergründen wir gewissenhaft diese Verhältnisse und antworten wir dann auf die Frage: ob die anti-katholische Agitation mancher von den Anjrigen dem Volke gute Früchte bringt!

Es liegen zwei große Aufgaben vor uns. Die erste Aufgabe ist die systematische Aktion, unser Volk von der Emigration aus der Heimat zurückzuhalten. Es müßte bei weitem mehr, als gegenwärtig, und auch viel eindringlicher der Grundsatz verbreitet werden, daß es nicht gut sei, die Heimat zu verlassen, daß es besser sei, in ihr zu leben, wenn auch bescheidener, ja wenn auch in Not, wovon schließlich in Wirklichkeit gar nicht einmal die Rede sein kann. Ein sehr großer Teil unserer Emigration könnte in der Heimat Arbeit finden. Es steht fest, daß unsere Landesteile seit Jahren mehr Arbeiter aus Galizien und dem Königreich gebraucht haben, als die Zahl unserer Emigranten nach dem Westen beträgt. Die Jagd nach dem Gelde,

die Materialisierung und nicht minder das Verlangen nach einem mehr interessanten Leben, das schließlich nach den Annehmlichkeiten der Stadt trachtet, das alles bildet die Anregung zur Emigration. Manchmal ist es vorgekommen, daß die Leute mir gegenüber das selbst zugestanden haben, wenn ich sie auf den leichten und naheliegenden Verdienst in der Heimat hingewiesen habe. Daß das Leben auf dem großstädtischen Pflaster oder in den Gruben des Westens nicht gesünder ist, als die Arbeit in der Heimat, daran denken unsere Emigranten nicht. Sie erwerben Kapital in der Form von Geld, verlieren aber das wichtige Kapital in Form der Gesundheit, ganz abgesehen von der religiösen, nationalen und sozialen Sache.

Das ist die eine Aufgabe, die wir mehr wie bisher erfüllen sollten. Die Arbeiter aus Galizien und dem Königreich verlieren an ihr nichts. Sie werden ohnehin stets nötig sein, nach dem Kriege, wenn soviel Leute fehlen oder invalid sein werden, sie werden dann nötiger sein als vorher. Und wenn infolge der verringerten Emigration aus unseren Gegenden ein Teil der Ankömmlinge von jenseits der Nordons auch in weitere Gegenden des hiesigen Staates gehen müßte, so darf man dabei nicht vergessen, daß die Galizier und Königreicher, wenn sie an der Emigration in moralischer Hinsicht auch keinen Vorteil haben, doch gerade in nationaler Beziehung viel weniger aufs Spiel setzen als unsere Leute, denn sie werden nicht ansässig, sie kommen alle wieder in die Heimat zurück. Ihre Emigration ist immer nur eine vorübergehende, mit Ausnahme der amerikanischen, welche die nachteiligste von allen ist. Die Zurückhaltung unserer Landsleute von der Emigration jenseits der Nordons ist doch aber Sache der dortigen religiösen und sozialen Faktoren. Dortselbst sind im allgemeinen die Verhältnisse andere, die Übervölkerung eine größere. Dasselbst ist die Hinlenkung der Emigration nach dem östlichen Galizien, nach Wolhynien oder Litauen in unserem Interesse geboten, um das polnische Element gegenüber dem russischen zu festigen. Das hängt aber von der Frage der Parzellierung, der wirtschaftlichen Hebung der dortigen Gegenden ab. Der Krieg wird diesen Fragen sicherlich eine neue und heutzutage zum Kennzeichnen schwierige Gestalt verleihen. Wir aber sollten um unser hiesiges Volk besorgt sein und es zu schützen suchen.

Kresowicz.

Aus Nr. 66 des Kraj (Lissa)

vom 6. August 1916.

Eine wichtige Angelegenheit.

III.

Die Zurückhaltung unseres Volkes vom Verlassen der heimatlichen Gegenden ist unzweifelhaft das erste und grundsätzliche Fundament einer vernünftigen Aktion in der Richtung der Erhaltung seiner moralischen Elemente. Sie betrifft von Natur der Sache aus nur diejenigen unserer Landsleute, welche die heimatlichen Gegenden verlassen. Noch weit verzweigter ist das Terrain des Landes, in dem unser Volk mit den Katholiken und geistlichen Behörden nichtpolnischer Nation zu tun hat.

Auch dort gibt es keinen nationalen Vorteil aus dem Gegensatz zu den deutschen Katholiken. Je mehr dieser Gegensatz, desto weniger Verständnis gibt es von jener Seite für unsere Wünsche. Der politische Gegensatz zu den deutschen Katholiken übt unzweifelhaft auf ihr Verhalten uns gegenüber auch in anderen Angelegenheiten Einfluß aus. Weil aber die deutschen Katholiken heute sehr mächtig sind, so hängt von ihrer Ansicht über unsere Sache viel ab, und es wird auch später viel davon abhängen.

Doch das sollte nicht endgültig über unser Verhalten entscheidend sein. Die erste und hauptsäch-

lichtste Sache ist, daß von uns niemand die Achtung und Treue gegen die Kirche verliert.

Wir müssen mit der Situation rechnen, welche durch lange Jahre geschaffen worden ist. Wir können diese Situation nicht ändern, deshalb müssen wir uns ihr anpassen. Und das ist unsere z w e i t e große Aufgabe. Nach dieser Richtung hin geschieht bei uns viel Böses, insbesondere auf dem Gebiet der Presse. Wieviel kritische Betrachtungen über die geistliche Behörde haben unsere Blätter in den letzten Jahren veröffentlicht! Wieviel kritische Betrachtungen gab es über die Kirche! Diese Betrachtungen werden die seit langer Zeit bestehenden Verhältnisse nicht ändern, sie werden aber in unserem Volke und gewissermaßen auch in der ganzen Gesamtheit die wichtigste moralische Grundlage schwächen. Gegen diese Aktion unserer Faktoren wurde von polnischer Seite, die auf katholischer Weltanschauung steht, sehr wenig getan. Es gab die Broschüre des Geistlichen Kujawinski (Gepert), es gab den herrlichen Aufsatz des Prälaten Hozakowski, und das war alles. Es bestanden und bestehen Organe der polnischen Presse, die zu der nichtkatholischen Aktion nichts beigetragen, die im Gegenteil nach der guten Richtung hin tätig waren: eine systematische Gegenaktion, Warnungen unseres Volkes und unserer Gesamtheit vor der nichtkatholischen Aktion jener Faktoren gab es sehr wenig.

Inzwischen aber ist diese Frage sehr gewachsen, sie hat einen solchen Umfang angenommen, daß sie von unserer Seite aus die größte Aufmerksamkeit erfordert. Hier handelt es sich wenigstens um zwei Dritteile unseres Volkes, wenn nicht um mehr. Einzelne Stimmen oder Anstrengungen reichen nicht hin. Hier handelt es sich um eine ernste ideelle Anstrengung der Allgemeinheit der Faktoren, die bei uns auf dem Standpunkte der katholischen Weltanschauung stehen. Die Aufgabe ist fürwahr schwer und verwickelt. Sie steht nicht einfach vor uns wie vor den sich in normalen Verhältnissen befindenden Gemeinschaften, wo es genügt, an das klare religiöse Empfinden zu appellieren, um das Volk der Kirche näher zu bringen. Hier ist ein scheinbarer Konflikt zwischen dem religiösen Grundsatz und anderen edlen Empfindungen vorhanden. Hier ist manchmal eine große religiöse Durchbildung erforderlich, um nicht von dem wahren Wege der Pflichten gegenüber Gott abzugehen. Hier nimmt die Versuchung eine manchmal sehr gefährliche und falsche Form an.

Ich kenne sehr gute und schätzbare Katholiken, die durch falschen Schein dieser Versuchung unterlegen sind, und als wahre Katholiken gestehen sie das jetzt selbst ein. Mancher Journalist, mancher Politiker hat auf diesem Terrain geirrt, nicht aus bösem Willen, sondern infolge des Temperaments und des falschen Scheines der Sache. Für solche Leute guten Willens, die sich aber auf falschem Wege befinden, bildet die gerechteste Erklärung die Tatsache, daß sich die katholische Meinung bei uns zum Teil so gleichgültig angesichts dieser großen Gefahr, die unserer Gesamtheit droht, verhalten hat. Wenn es der Warnungen und Fingerzeige so wenige gab, so ist es kein Wunder, daß von seiten der Faktoren, die übrigens guten Willens waren, aber im gegebenen Augenblicke die katholische Weltanschauung sich nicht vergegenwärtigt haben, so viele Fehler gemacht wurden. Bei jeder bösen Offenbarung der allgemeinen Natur kann man fast immer feststellen, daß die Ursache des Bösen nicht nur die Agitation von der bösen Seite aus war, sondern im hohen Maße auch die Apathie und Gleichgültigkeit der guten Seite. Schon die heilige Schrift erinnert an die Söhne des Lichts, die weniger geschickt sind, als die, die für die Finsternis arbeiten.

Auf die katholischen Faktoren, insbesondere in der Presse, wartet eine große und wichtige Arbeit.

Es wartet ihrer kluge und gerechte Arbeit. Werfen wir nicht den Stein der Verurteilung auf das Volk, weil es Fehler macht, denn nicht das Volk ist in erster Reihe schuld. Man muß im Gegenteil feststellen, daß, wenn man die große Zahl der Literatur in Betracht zieht, welche das Volk gelehrt hat, den Respekt gegen die Kirche zu verlieren, breite Massen verhältnismäßig eine bedeutende Widerstandskraft gegen diese Anfechtungen gezeigt haben. Es befindet sich in den Herzen dieser Massen noch ein so großer traditioneller Schatz an Glauben, daß er nicht allzu schnell aufgebraucht werden kann.

Täuschen wir uns jedoch nicht, daß diese feine katholische Tradition das Volk stets vor Gefahr schützen könnte. Nach und nach dringen die nicht katholischen Anschauungen tief ins Innere. Jegliche ideellen Anforderungen im Volke treten nicht von heute bis morgen in Erscheinung. Sie bedürfen langsamer Vorbereitung, jahrelanger Arbeit, bis sie in ihrer ganzen guten oder bösen Macht hervorbrechen. Als der Geistliche Badeni vor einer Reihe von Jahren sein in ganz Polen bekanntes Buch über die drohenden ideellen Bewegungen im Volke bekannt gab, schenkte man ihm keinen Glauben, und die konservativen Faktoren erblickten in ihm einen Menschen, der die Gesamtheit unnötigerweise mit erdichteten Warnungen beunruhigte. Zwei Jahre nachher, als das Buch erschienen war, wählten das katholische Krafau und die Hauptstadt Galiziens, Lemberg, bekennungslose Antichristen und antisoziale Abgeordnete, und im ganzen Lande wütete der Kampf gegen diese Lenker. Schon im alten Griechenland traf Cassandra, welche das Unglück vorher sagte, auf die Ironie. Der Geistliche Badeni rief die Gutbesitzer auf, sie sollten feststellen, welche Zeitungen ihr Volk wohl in den Dörfern lese. Einmal war er auf einem gewissen Gute zu Gaste und sprach nach dieser Richtung hin. Der Wirt gab ihm die Versicherung, daß in seinem Dorfe von etwas Bösem nicht die Rede sein könne. Der Geistliche Badeni begab sich daraufhin selbst ins Dorf und stellte unverzüglich fest, daß in diesem Dorfe die schlimmsten Zeitungen gelesen wurden und daß die Leute daselbst von Grund auf verdrehte Köpfe hatten.

In unserer Gesamtheit in Preußen gibt es nicht viele solcher Dörfer, in denen das polnische Gut einen solchen moralischen Schutz über das Volk üben kann. Der größte Teil unseres Volkes in Preußen befindet sich in einer solchen Lage, daß man weder vom Gute noch vom polnischen Geistlichen reden kann. Das Volk ist sich fast selbst überlassen, javielmehr der Zeitung, die es liest, dem Agitator, den es hört. Da, wo es polnische Höfe gibt, sollten diese darauf achten, was im Dorfe gelesen wird, sie sollten in erster Linie selbst ein Beispiel geben und nur solche Blätter abonnieren, die ausdrücklich und unzweideutig auf dem Standpunkte der katholischen Weltanschauung stehen. Der intelligente Faktor, der ein böses Blatt abonniert, kann auf die breiteren Volksmassen nicht günstig einwirken. Viel weitverzweigter aber ist das Terrain, wo es traditionelle Faktoren der polnischen Intelligenz nicht gibt, oder wo diese selbst im Abhängigkeitsverhältnis von nicht polnischen Faktoren bleiben.

Die katholische Aktion auf dem Gebiete des Verhältnisses unseres Volkes zur Kirche muß, wenn sie erfolgreich sein will, systematisch und geschickt organisiert sein!

Kresowicz.

Aus Nr. 63 des Kraj (Lissa)

vom 3. August 1916.

Passivität.

Das Organ der Posener Nationaldemokratie verteidigt sich gegen den Vorwurf der „Passivität“, erhoben in der Polemik mit der Anschauung, daß

in der polnischen Frage als einer internationalen (also vor allen Dingen in der Frage der Zukunft des Königreichs) von seiten der Polen eine Politik der Zurückhaltung und der Erlangung konkreter Gestaltung der Verhältnisse geboten sei. Es behauptet, daß dieser Vorwurf, unter die Lupe einer genauen Kritik genommen, sich nicht aufrecht erhalten lasse. Es nennt jenen Vorwurf einen „Trick“, der darauf beruht, daß die Eigenschaft „passiv“ in ihrer gewöhnlichen Bedeutung, die den angeborenen Mangel an Willen darstellt, gebraucht wird.

Es hebt hervor, daß die sogenannte „passive Politik“ der Ausfluß einer gewissen politischen Anschauung sei, die mit den realen Verhältnissen zu rechnen gebiete. Mit einem vorsichtigen, klugen „man kann“, angepaßt dem lateinischen „et respice finem“ — hebt es ausdrücklich hervor, daß eine solche Politik „passiv sein kann“ — und nicht „sein muß“, während die Aktivität der Ausfluß der Leichtfertigkeit, der Ignorierung oder der Neigung, alles auf eine Karte zu stellen, sein könne.

Zum Zwecke der Aufklärung seiner Argumentation führt es zwei Beispiele an:

1. Jemand, der mit einem Zuge fährt und ruhig wartet, bis der Zug auf der Station angelegt ist, verhält sich passiv, während sein Nachbar, der aus dem Zuge hinauspringt und sich den Kopf zerschlägt, „aktiv“ ist.

2. Der Kapitän eines Schiffes, welcher im Hafen geduldig das Unwetter abwartet, das aus dem Meere tobt, ist „passiv“, sein Kollege, der sich während des Orkans auf den Weg macht, ist „aktiv“.

Wir können diese Ausführungen, — sagen wir konkret — in der Anpassung der Frage der Zukunft des Königreichs Polen nicht anerkennen.

Unser Standpunkt ist bekannt: Wir sehen die Zukunft des Königreichs Polen in der Anlehnung an die Zentralmächte. In dieser Auffassung ist die Zukunft des Königreichs Polen für uns eine internationale Frage.

Wir haben auch gezeigt, wie sich die Verhältnisse bis jetzt im Königreich Polen und auf den Kampfgebieten während des zweijährigen Krieges gestaltet haben.

Die Politik ist überhaupt der Ausfluß einer dauernden „Aktivität“, das um so mehr jetzt während des Krieges... angesichts der Wendung in der Geschichte unseres Volkes und in der Geschichte der Welt.

Jenes Organ der Nationaldemokratie hat zugegeben, daß es bereits die sich ergebende Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage im Sinne der berechtigten Forderungen des Volkes, das sich seiner Aufgabe bewußt ist, sehe.

Gar lange hat es gedauert, bis es diese Notwendigkeit erkannt hat... Nun, es ist aber besser, daß es das jetzt erkannt hat, als ob es noch eine Weile gewartet hätte... vielleicht 2 oder 4 Jahre... und vielleicht auch noch länger...

Nur sehen wir nicht, daß es Hand anlegt an die „Erlangung einer realen Grundlage für den neuen Bereich des Aufblühens“ unseres Volkes...

Immer noch erachtet es das als ein Risiko und führt zur Begründung der Richtigkeit seiner Ansicht die beiden obigen Beispiele an, welche die Klugheit und Bedachtsamkeit seiner Ansicht zeigen sollen... Man kann Beispiele verschieden deuten... Betrachten wir das erste Beispiel.

Wenn jemand mit der Eisenbahn fährt, so hat er seine Person dem Lenker der Lokomotive anvertraut, er hat ihm somit Vertrauen entgegengebracht... dieses Vertrauen sollte er zeigen... durch die Mitarbeit... für seine eigene und für die Sicherheit der anderen Passagiere...

Wie?

Es müssen alle beobachteten Hindernisse beseitigt werden, und zwar gleich am Anfang, während der Fahrt, bis zur glücklichen Ankunft auf der Station... Schon vor dem Beginne der Fahrt kann mitgearbeitet werden, während der Fahrt muß man sich muster-gültig verhalten — zum Schluß richtig aussteigen... Wenn der Reisende sieht, daß ihm, oder dem Zuge Gefahr droht, so sollte er zum Zwecke der Abwendung dieser Gefahr und zum Zwecke der Unterredung mit dem Lenker der Lokomotive die Notbremse ziehen...

Wir fragen nun: ob das „passive“ Organ der Anschauung der Posener Nationaldemokratie in den letzten zwei Kriegsjahren in der Politik so verfahren ist, das heißt: ob es in der Politik aktiv und rechtschaffen mitgearbeitet hat?

Es hat sich selbst zu jener „klugen“ und „vorbedachten“ „Passivität“ oder Untätigkeit bekannt, als es (wie aus seinem Beispiel zu ersehen ist) befürchtete, daß es sich beim Hinauspringen aus dem Zuge den Kopf zerschlagen könnte.

Niemand hat es geheißt, aus dem Zuge zu springen und sich den Kopf zu zerschlagen... Es konnte im Zuge sitzen bleiben, hätte aber positiv mitarbeiten sollen... Wir wiederholen: positiv. Es konnte sogar ruhig sitzen bleiben, wenn es auch Last und Ballast ist, es sollte aber denen nicht hinderlich sein, die im Zuge im Interesse der polnischen Sache tätig mitgeholfen haben. Es hätte ihnen die Arbeit durch sein Auftreten und durch sein Verhalten nicht erschweren sollen... Es hätte, wenn es zu der Fahrt kein Vertrauen hatte, sich an ihr gar nicht beteiligen sollen.

Aber die Fahrt — um bei jenem Beispiel zu bleiben — ist im Interesse unserer Sache erforderlich und notwendig, sie wird auch in Zukunft notwendig sein.

Wir wenden das auch auf das zweite Beispiel, auf die Fahrt mit dem Schiffe, an.

Die Eisenbahn fährt heute trotz schlechten Wetters und trotz Ungestüms. Ebenso die Schiffe. Die maschinelle Kraft und die Kenntnisse der Besatzung überwältigen die elementaren Kräfte. Der Kapitän des Schiffes, der da ruhig und tatenlos abwartet, bis das Unwetter vorüber ist, würde sich entweder mit der Ware oder mit den Passagieren verspäten. Niemand würde sich ihm in den heutigen Zeiten anvertrauen... Er würde sich ewig verspäten, denn wenn er auf das Unwetter Rücksicht nehmen wollte, dann würde er schließlich niemals ausfahren, denn das Unwetter kann ja auf dem Meere immer wüten, nicht vor dem Hafen, aus dem er ausfährt, es kann in einer Entfernung von 50, 100 oder 200 Meilen, entsprechend dem Ziele und der Länge des Weges, zu finden sein... Wie der Lenker des Eisenbahnzuges nicht immer darauf achten kann, ob vielleicht ein Verbrecher einen Stein oder einen Balken auf die Schienen gelegt, oder ob er gar die Schienen abgeschraubt, oder die Weiche falsch gestellt hat usw., so besitzt auch der Kapitän eines Schiffes soviel Energie und soviel Optimismus, daß er mutig hinausfährt in der Hoffnung, daß sein Schiff mit Hilfe der Maschinen, der Energie und der Kenntnis seiner Besatzung sein Ziel erreicht, das Unwetter übersteht und über die Meereswellen hinwegfährt...

„Navigare necesse est, vivere non est necesse“.

Wer sich in den Eisenbahnzug setzt, oder auf das Schiff begibt, der wagt...

Wer sich mit der Politik befaßt, der sollte auf das Wagnis vorbereitet sein... wobei wir garnicht zu abenteuerlichen und waghalsigen Experimenten auffordern, wie das mit Recht der „Gaz“ betonte, der darauf hinweisen konnte, daß in Oesterreich ein solches „Experiment“ im Jahre 1848 gelungen sei —

und das dank den günstigen Verhältnissen und der Großherzigkeit des Monarchen sogar vorzüglich...

Nicht anders gestalten sich gegenwärtig die Zeiten im Königreich Polen, was jenes Posener Organ selbst zugiebt, indem es schreibt, daß es „jegliche Fortschritte in der Organisation der nationalen Selbstständigkeit im Königreiche mit der größten Freude begrüßt“.

Es fügt dem hinzu, — was wir hervorheben — „daß es weiß, daß solches nur möglich ist bei gegenseitigem guten Willen bei der Regulierung der betreffenden Verhältnisse zwischen den Okkupationsbehörden und der Gesamtheit“.

Wenn es so ist, so wäre die weitere Schlussfolgerung: notwendige gemeinsame Arbeit, und zwar eine offene, bewegliche Arbeit, um das nachzuholen, was vernachlässigt worden ist...

Um die autonomische Freiheit der polnischen Politik im Königreich Polen sollte jenes Posener Organ nicht mehr Bange haben, als die verantwortlichen und leitenden Elemente des Königreichs selbst. Und diese haben sich doch mit patriotischem Mute in gar ausdrücklicher Weise gegen Rußland und für ein vom russischen Joch befreites unabhängiges und selbständiges Polen erklärt...

Ein solcher Standpunkt, eingenommen durch die „Passiven“ und ihr Organ, würde auch sicher auf die Verhältnisse in unseren Landesteilen einwirken...

Aus Nr. 92 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. August 1916.

Die polnischen Stadtverordneten der Stadt Posen

sandten der Stadt Warschau ihre Glückwünsche auf einer Postkarte.

Mögen unsere Leser nicht denken, daß wir mit ihnen scherzen. Es ist wirklich so — sie übermittelten ihre Wünsche auf einer Postkarte! So berichten die Posener Zeitungen. Die Posener Fraktion des Gemeinderats, die sich unter dem Einflusse der Nationaldemokratie befindet, hat sich unsterblich lächerlich gemacht. Das ist zwar, seitdem in Posen die Nationaldemokratie Trumpf ist, nichts wunderliches. Auf Schritt und Tritt muß sich die Engherzigkeit, das Hauptmerkmal dieser politischen Richtung — natürlich im preussischen Gebietsteile — offenbaren.

Man darf allerdings Briefe nach Warschau unter gewöhnlichen Verhältnissen gegenwärtig polnisch nicht schreiben; auf der Postkarte dürfen sich nur 8 bzw. 12 polnische Zeilen befinden. Es unterliegt jedoch für uns keinem Zweifel, daß Posen ebenso die Genehmigung zur Übersendung einer polnischen Adresse erhalten hätte, wie das bei Krakau der Fall war.

Aus Nr. 92 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. August 1916.

Nach zwei Jahren Krieg.

Unter vorstehender Spitzmarke schreibt die „Gazeta Grudziadzka“ u. a. folgendes:

In den ersten Wochen nach Kriegsbeginn haben wir auch die große internationale und jedem polnischen Herzen wertvolle polnische Frage berührt. Wir haben in einem unserer Artikel die Frage aufgeworfen, was die polnischen Soldaten, die in den Reihen der Zentralmächte streiten, außer der Verteidigung der Grenzen der Zentralmächte wohl besonders für das polnische Volk erkämpfen würden. Und wir haben der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß sie für Polen eine bessere Zukunft, daß sie ein freies Polen erkämpfen würden.

Das war damals, als wir das schrieben, weder eine leichte noch eine bequeme Sache, die große inter-

nationale polnische Frage zu berühren. Und doch taten wir es. Wir beabsichtigten dabei, den Herzen des polnischen Volkes und der ganzen Volksgeamtheit Mut einzuflößen; wir hatten den Wunsch, daß über allen Sorgen und über aller Trauer der große, unsterbliche und erfreuliche Gedanke von Polen, der Glaube an dessen bessere Zukunft die Oberhand gewinnen sollte. Heute nun, nach 2 Kriegsjahren, zeichnet sich vor den Augen unseres Geistes immer deutlicher die Gestalt des wiedererstehenden Polen. Die ganze Welt ist sich heute darüber einig, daß der furchtbare Weltkrieg nicht zu Ende gehen kann, ohne den Wiederaufbau des polnischen Staates in dieser oder jener Form, und die Zentralmächte suchen diese Frage jetzt schon praktisch zu lösen. So erfüllen sich denn unsere Vorhersehungen und unsere Hoffnungen, die wir zu Beginn des Krieges kundgetan haben.

Obgleich die polnische Erde der Trauerflur bedeckt, obgleich Tränen und Ströme polnischen Bluts geflossen sind, obgleich zahlreiche Familien ihre Gefallenen beweinen, — so möge uns doch die Überzeugung erfreuen, daß aus dem Meere von Blut ein neues Polen als freier und selbständiger Staat erstehen wird.

Der zweijährige Krieg hat auch die Lösung der römischen Frage, die Sache der Unabhängigkeit des heiligen Vaters, einen Schritt weiter gebracht. Auch diese Angelegenheit wird wohl zur Zufriedenheit eines jeden wahren Katholiken gelöst werden. So sehen wir denn, daß uns Gott, wenn er uns auch durch Prüfungen heimsucht, Freude bereitet. Sein Name sei gelobt!

Aus Nr. 93 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 3. August 1916.

Zwei Jahre Krieg.

Unter vorstehender Spitzmarke schreibt das Blatt u. a. folgendes:

In diesem Riesenkampfe hat das deutsche Reich von Anfang an eine so unerhört geschickte Organisation sowohl in militärischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht entwickelt, daß das die ganze Welt in Erstaunen gesetzt hat, und selbst die Feinde halten mit ihrer Bewunderung nicht zurück. Deshalb sind die Ergebnisse ungeheure.

An dem Weltkriege ist das polnische Volk zwar nicht als kämpfender Teil beteiligt, trotzdem aber beteiligt es sich in bedeutender Weise an den Kosten und Verlusten des Krieges, und zwar deshalb, weil die Polen gewissenhaft ihre Pflichten den Staaten gegenüber erfüllen, in denen sie wohnen; sie müssen in drei feindlichen Armeen kämpfen.

Ein schweres Schicksal hat das polnische Volk betroffen. Die einzige Freude dabei ist die, daß die Ströme Bluts nicht umsonst fließen, daß durch den Schmerz und die Verzweiflung hindurch die Morgenröte einer besseren Zukunft leuchtet. Mit der polnischen Frage befaßt sich heute die ganze politische Welt. Der deutsche Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, hat von der Reichstagstribüne herab ausdrücklich erklärt, daß das Königreich nicht wieder an Rußland zurückgegeben werden solle und daß die polnische Volksgeamtheit im Königreiche sich werde frei entwickeln können. Heute unternimmt auch die schöne Hauptstadt Warschau, über der die polnische Fahne weht, die ersten Schritte auf dem Gebiete der nationalen und staatlichen Selbstverwaltung. Möchten diese Vorkommnisse, die gerade an der Schwelle des dritten Kriegsjahres offenbar werden, eine gute Vorbedeutung sein für eine bessere Zukunft unseres Volkes!

Aus Nr. 176 des Kurjer Slaski (Gleiwitz)
vom 4. August 1916.

Der „Kurjer Slonski“ beschäftigt sich mit den Ausführungen des Grafen Monts über das zukünftige Polen und schreibt dazu folgendes:

Dieser Artikel trägt, wie viele andere von deutscher Seite geschriebene Artikel, zur Klärung der Sachlage bei. Eine Annäherung und Verständigung der Polen und Deutschen ist notwendig, und das wird umso möglicher, je deutlicher sich die eine und die andere Seite aussprechen wird.

Graf Monts hat Recht, wenn er schreibt, daß die Zentralmächte nicht für Polen, sondern für sich Krieg führten und daß deshalb nicht allein Polen von dem Siege der Zentralmächte einen Vorteil haben sollte, sondern auch jene Staaten.

Nicht minder wahr ist es, daß manche Polen für das zukünftige Polen die Aufgaben zu weit zeichnen, ohne dabei die Interessen der Monarchien zu berücksichtigen. Vom Standpunkte der realen Politik ausgehend, ist ein solches Verfahren ein politischer Fehler. Die ganze politische Kenntnis von polnischer Seite muß nach der Richtung hin zusammengefaßt werden, daß man die Regulierung der polnischen Frage nach einer Weise findet, welche die berechtigten Wünsche der Polen, wie auch die berechtigten Präntenzen der Zentralmächte in zufriedenstellender Weise berücksichtigt würde. Bei dieser Sache ist es für die Polen notwendig, daß sie nicht die historische Karte Polens vor Augen hätten, sondern die Karte, welche die Kriegsvorkommnisse gezeichnet haben; denn nur dann wird es möglich sein, die reale Gestalt des zukünftigen Polens zu zeichnen. Die Polen dürfen für die Pläne für das zukünftige Polen nicht den Gedanken hegen, als ob es nur nötig wäre, den Faden des polnischen Staatslebens mit dem Faden zusammen zu knüpfen, der vor 125 Jahren durch die Teilung Polens zerrissen worden ist. Es wird nötig sein, alles nach der Methode der nüchternen Betrachtung zu behandeln.

Im gegenwärtigen Augenblicke muß man stets daran denken, daß eine erfolgreiche Politik die Kunst ist, aus der Möglichkeit Nutzen zu ziehen. Graf Monts berührt nur in der Form die Frage, ob Österreich angesichts seiner großen Aufgaben im Süden noch imstande sei, sich einer so schwierigen Aufgabe zu unterziehen, wie es die Regulierung der polnischen Frage darstelle.

Graf Monts weist auf die Pläne des Markgrafen Wielopolski (vom Jahre 1860) und auf den Panславismus hin und will dadurch sagen, daß die Polen in den letzten Jahrzehnten die Absicht gezeigt hätten, sich Rußland zu nähern. Wir fragen nun, ob man den Polen daraus einen Vorwurf machen kann, wenn Europa und insbesondere Deutschland, das sich um die Freundschaft Rußlands bemühte, jahrelang alles getan hat, um sich die Polen abgeneigt zu machen, ihnen alle Hoffnung zu rauben, daß Polen an seiner Seite ein nationales Leben führen könnte. Wenn sich Graf Monts das überlegt, und wenn er die ganze Geschichte Polens, auch die nach der Teilung, bis zum Jahre 1871/72 betrachtet, dann wird er verstehen, daß Polen in der Tat stets grundsätzlich gegen Rußland war und daß es bis zum letzten Augenblick auch nicht aufgehört hat, gegen Rußland zu sein, und daß es, in die russischen Ketten geschmiedet, die es nicht sprengen konnte, bemüht gewesen ist, durch eine rein äußerliche Annäherung an Rußland sich eine möglichst erträgliche Existenz zu schaffen.

Nein, Polen war niemals russenfreundlich, denn es wußte, daß Rußland, das vor einem Jahrhundert dem staatlichen Polen das Grab gegraben hat, stets darauf bedacht ist, auch dem nationalen Polen das

Grab zu bereiten. Polen als Staat kann in der Zukunft nicht russenfreundlich sein, denn seine Existenz und seine Entwicklung ist nur im grundsätzlichen Gegensatz zu Rußland möglich. Möge daher Graf Monts wegen der Ganzheit des Reiches im Falle der Schaffung eines polnischen Staates unbeforgt sein, denn dieses wird mit einem vor den Grenzen stehenden selbständigen Polen vor einem russischen Überfall besser geschützt sein als jetzt. Je mehr Polen über sein Schicksal zufrieden sein wird, desto größer wird die Sicherheit für das Reich sein.

Aus Nr. 174 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 1. August 1916.

Graf Monts und die polnische Frage.

In der letzten Nummer des „Dziennik Berliński“ brachten wir im ausführlichen Auszug den Artikel des ehemaligen deutschen Botschafters in Rom, Grafen Monts, den das „Berliner Tageblatt“ unter der Überschrift „Die polnische Frage“ veröffentlicht hatte. Veranlassung zur Niederschrift dieses Artikels gaben dem hervorragenden deutschen Politiker — wie er selbst bemerkt — die polnischen deutschfreundlichen Patrioten. Wiewohl Herr Monts darauf hinweist, daß er nur seine privaten Ansichten äußert, so ist es doch für uns von Wert, daß er sie in so aufrichtiger, klarer und unverblümter Weise zum Ausdruck bringt. Sie charakterisieren nämlich in bezug auf die polnische Frage die Begriffe und Anschauungen derjenigen Kreise, in welchen sich Graf Monts bewegt. Und es ist dies nicht etwa irgend eine alldeutsche Gruppe, die die einseitige chauvinistische Richtung vertritt, sondern es sind dies Kreise ehemaliger und gegenwärtiger, einflußreicher und praktischer Politiker, deren Stimme und Meinung man nicht geringschätzen darf.

Vor kurzem veröffentlichte die polnische und deutsche Presse Artikel über das Buch des ehemaligen Reichskanzlers Fürsten Bülow, der in einem besonderen Abschnitt seiner Schrift ebenfalls die polnische Frage behandelt. Die Anschauungen des Fürsten Bülow über die polnische Frage decken sich im großen und ganzen mit dem, was Graf Monts über die Polen und die polnische Frage sagt. Fürst Bülow bewundert und erkennt die Tüchtigkeit, Vorforsorge, Patriotismus und Opferwilligkeit der Polen für ihre Sache an. Aber trotz oder vielleicht gerade wegen dieser Vorzüge, bemerkt Fürst Bülow — und das ist der Schlußgedanke seiner Ausführungen — muß gegenüber den Polen konsequent auch weiterhin die bisherige Politik angewandt werden. Das verlangt nämlich die deutsche Staatsraison.

Die Rücksicht auf diese Staatsraison und kein Haß gegen die Polen diktiert auch dem ehemaligen Botschafter, Grafen Monts, seine Anschauungen über die polnische Frage. Es ist für ihn gleichgültig, was von den Polen schon nicht mehr eine hohe, politisch-polnische Staatsraison, sondern der einfache, selbst-erhaltene Instinkt verlangt.

Aus der Tatsache, daß sich die Polen in dem gegenwärtigen Kriege nicht gegen die Russen erhoben haben, zieht Graf Monts den Schluß, daß die Polen ein freies und unabhängiges Dasein nicht verdienen. Daß eine solche Tat für die Polen Selbstmord bedeuten würde und — wie das die Unterdrückung der irischen Revolution vor einigen Monaten bewiesen hat — zwecklos gewesen wäre, kümmert den Grafen Monts nicht.

Auf die weiteren Ausführungen des Grafen Monts können wir leider mit Rücksicht auf das bekannte Verbot der Erörterung der Kriegsziele nicht näher eingehen. Wir möchten das aber ausdrücklich betonen, damit es nicht im gegebenen Augenblick hieße, daß sich die polnische öffentliche Meinung mit den Anschau-

ungen und mit der Art, wie Graf Monts die polnische Frage stellt, stillschweigend einverstanden erklärt hat.

Politik treiben heißt — was auch Graf Monts als praktischer Politiker wissen sollte — nicht die Wünsche der einen Partei den Bestrebungen der anderen einseitig anpassen, sondern die Interessen beider Parteien gleichstellen und sie in Einklang bringen.

Eine polnische Frage gab es seit der Teilung Polens immer. Sie besteht auch heute noch und zwar durch die Kraft des nationalen Empfindens, das in den breiten Massen des polnischen Volkes lebt und sich entwickelt. Sie besteht trotzdem sie aus den Arbeitszimmern der Diplomatie durch die Teilungsmächte in den letzten 50 Jahren künstlich entfernt worden ist.

Diese Frage wird auch weiter bestehen und trotz ihrer etwaigen künstlichen Knebelung durch Rücksichten auf die eigenen Interessen der stärkeren Partei ihrer gerechten Lösung harren. Daher gibt es auch für jeden weitschauenden Politiker nur eine Möglichkeit, diese Frage zu lösen. Sie besteht darin, die eigenen Interessen mit den Interessen des polnischen Volkes durch gewisse Zugeständnisse in Einklang zu bringen und den überaus bequemen und angenehmen Herrenstandpunkt den Polen gegenüber aufzugeben. Ein glückliches, mit seinem Schicksal zufriedenes und zahlenmäßig schwächeres Volk, wie das polnische, wird niemals dem Nachbar gefährlich werden, wenn sich dieser ihm gegenüber stets aufrichtig und rechtschaffen verhalten wird. Im Gegenteil es kann zu einem sehr nützlichen und notwendigen Verbündeten und Freund werden.

Aus den Reden, die der gegenwärtige deutsche Reichskanzler, Herr von Bethmann-Hollweg, im deutschen Reichstag über die polnische Frage gehalten hat, wollen wir den Schluß ziehen, daß die amtlichen Kreise die polnische Frage und ihre Lösung auch von diesem Gesichtspunkte aus betrachten.

In derselben Angelegenheit schreibt der Goniec Wielkopolski in seiner Nummer 176 vom 4. August 1916 folgendes:

Jeder denkende Pole wird sicherlich die Offenheit anerkennen, mit der der deutsche Diplomat schreibt. Obwohl Graf Monts betont, daß er nur seine eigene Anschauung über die polnische Frage wiedergibt, so bringt er doch ungefähr die allgemeinen Gefühle der maßgebenden Kreise und des größten Teils des deutschen Volkes zum Ausdruck und stimmt in vielen Punkten mit dem Fürsten Bülow überein, über dessen politisches Buch wir vor kurzem geschrieben haben.

Da Kriegsziele nicht erörtert werden dürfen, müssen wir notgedrungen darauf verzichten, auf die Ausführungen des Grafen Monts näher einzugehen. Bemerken möchten wir aber, daß eine solche Lösung der polnischen Frage, wie sie Graf Monts wünscht, weder eine Lösung noch eine Beseitigung dieser Frage sein würde. Die polnische Frage läßt sich nur auf gerechter Grundlage unter Berücksichtigung der Interessen des polnischen Volkes und der eigenen Interessen lösen. Ein unzufriedenes, wenn auch zahlenmäßig schwächeres Volk wird nie ein aufrichtiger Verbündeter sein. Das liegt schon in der menschlichen Natur.

Aus Nr. 178 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 5. August 1916:

Über die Kriegsziele.

Die Propaganda über das Thema der Kriegsziele nimmt in Deutschland in Anbetracht dessen, daß

die Zensur jetzt milder gelübt wird, immer mehr an Umfang zu. Der sogenannte „Nationalausschuß“, der in den breiten Kreisen der Bevölkerung Verständnis für einen „ehrenvollen Frieden“ erwecken soll und der durch seine gemäßigte Haltung die schärfsten Angriffe von Seiten der sogenannten Annexionisten — das heißt der Anhänger rücksichtsloser Gebieteinverleibung — auf sich gerichtet hat, veranstaltete am Dienstag in verschiedenen größeren Städten Deutschlands Versammlungen. In Berlin sprach der bekannte deutsche Professor Harnack und in Posen Prälat Baumgarten aus Breslau. In einzelnen Städten, wie z. B. in Stettin, hat die Militärbehörde die Vorträge verboten.

Schon vor der Gründung des „Nationalausschusses“ bestand ein „Unabhängiger Ausschuß für den deutschen Frieden“, unter dem Vorsitz des Professors Dietrich Schäfer. Dieser Ausschuß, dessen Anhänger Annexionisten sind, wird zweifellos ebenfalls eine öffentliche Agitation einleiten.

In Bayern wurde ebenfalls ein „Ausschuß für einen dauernden Frieden“ gebildet. Diese Organisation veranstaltete am Sonnabend in München eine Versammlung, in welcher als Hauptredner der bekannte Publizist der „Deutschen Tageszeitung“ und Annexionist Reventlow auftrat. Schon das allein kennzeichnet hinreichend das Programm des bayerischen Ausschusses.

Endlich hat nach dem Grundsatz, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, auch die radikal-sozialistische Fraktion der Arbeitsgemeinschaft einen Antrag an den Kanzler um Genehmigung zur Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen gerichtet. Der Ortsvorstand der sozialdemokratischen Partei in Berlin hat zu Dienstag eine Versammlung einberufen, in welcher die Abgeordneten Haase und Bernstein sprechen sollten. Indessen hat, wie das „Wat“-Bureau aus Berlin mitteilt, die Behörde die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung versagt, weil man ihrer Aufforderung, den Inhalt der Reden, die in der Versammlung gehalten werden sollten, zur Zensur vorzulegen, nicht nachgekommen ist.

Unter den Rednern des eingangs genannten „Nationalausschusses“ befinden sich auch gemäßigte Sozialdemokraten, wie Dr. Südekum, Dr. August Müller (Mitglied des Kriegsernährungsamts) und Jendrich. Der „Vorwärts“ erklärt, „daß sie auf eigene Faust handeln“.

Aus Nr. 177 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 4. August 1916:

Der „Nationalausschuß“.

Wie wir schon gestern berichtet haben, veranstaltete diese neue politische Organisation in Deutschland in einer Reihe von Städten (darunter auch in Posen) Versammlungen. Der Inhalt der Reden hat aber, wie wir das aus den Berichten entnehmen, die Hörer nicht befriedigt, weil nicht die Ziele dieser neuen Organisation näher dargelegt worden sind. Bekanntlich treten die den Alldeutschen nahestehenden Kreise gegen diese Organisation auf. Deshalb wird auch in diesen Kreisen dieses Moment besonders betont. Aber auch die mit der neuen Organisation sympathisierende „Germania“ verschweigt es nicht.

In Berlin wurde nach der Rede des Professors Harnack ein Guldigungstelegramm an den Monarchen gesandt, für das der Kaiser dankte, und seine Befriedigung darüber zum Ausdruck brachte, daß seine Worte, die er anlässlich des zweiten Jahrestags des Kriegsausbruchs an das deutsche Volk gerichtet hat, einen so lauten Widerhall gefunden haben.

Aus Nr. 175 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 2. August 1916.

Ein Brief von dem Herausgeber unseres Blattes.

Frankreich, im Juli 1916.

Liebe Leser!

Anfang April waren zwei Jahre vergangen, seitdem ich von Euch schied, um ins Gefängnis zu gehen. Kaum hatte ich meine Strafe verbüßt, riß mich der Krieg in seinen Strudel hinein. Heute weiß ich nicht, wann und ob ich überhaupt Gelegenheit haben werde, noch mit Euch und für Euch zu arbeiten. Das Umherirren auf fremder Erde und die Strapazen des Krieges hindern mich aber nicht, an Euch zu denken und mich nach der Heimat und nach der Arbeit zu sehnen, die mir zwar viel Unannehmlichkeiten bereitet, aber noch mehr Befriedigung gebracht hat, eine Befriedigung, die jeder beim Anblick der heranreifenden Früchte seiner Aussaat empfinden muß. Die Arbeit hat mir aber auch nicht minder Wohlwollen und Anhänglichkeit seitens derer eingebracht, die mein Blatt liebgewonnen haben und ihm bisher unerschütterliches Vertrauen entgegenbringen.

Es ist natürlich, daß in der Zeit der Prüfung die insbesondere über meinen Verlag gekommen ist, viele von denen, die sich unsere Freunde nannten, unserem Blatt den Rücken kehrten und ihre eigenen Wege gingen. Aber die Zahl dieser Leute ist im Verhältnis zu denen, die uns in schwerer Zeit Beweise ihrer erprobten Freundschaft erbracht haben, nur sehr klein. Ihnen sage ich für diese, ihre Treue und Anhänglichkeit an dieser Stelle meinen heißen Dank. Gebe Gott, daß es mir später vergönnt sein möge, ihnen dafür noch auf eine andere Weise zu danken.

Dank ihrer Unterstützung hat sich der „Dziennik Bydgoski“ unter den schwierigsten Verhältnissen behauptet, und er wird sich sicherlich auch weiter und solange behaupten, bis bessere Zeiten kommen. Davon ist sicherlich jeder von den verehrten Lesern fest überzeugt. Wenn ich das erwähne, so tue ich es nur deshalb, um auch fernerhin um Unterstützung und Wohlwollen zu bitten.

Wenn der „Dziennik Bydgoski“ so manchen Leser verloren hat, so ist das eine ganz natürliche Erscheinung. Sind doch viele von denen, die sich unter ihnen befanden, auf fremder Erde zur ewigen Ruhe gebettet. Auf den Militärfriedhöfen in Belgien und Frankreich bin ich oft polnischen und mir bekannten Namen begegnet. Wieviele von ihnen waren Leser des „Dziennik Bydgoski“? Wer will das wohl feststellen?

Diese polnischen Soldaten haben durch ihr Blut und dadurch, daß sie ihr Leben geopfert haben, bewiesen, wie ungerecht die Beschuldigungen waren, die gegen uns von feindlicher Seite erhoben worden sind. Es wundert mich nur, daß jene Leute noch heute den Mut besitzen, diese Beschuldigungen zu wiederholen. Wenn sie aufrichtig sein wollten, müßten sie zugeben, daß die ganze polnische Volksgesamtheit sich mit bewundernswerter Treue an die Seite des Deutschen Reichs gestellt hat. Wenn Übertretungen vorgekommen sind, die das deutsche Volk in seinem aus höchster Entschlossenheit Patriatismus nicht verstehen konnte, so kann man das der polnischen Volksgesamtheit als ein besonderes Verschulden keinesfalls anrechnen. Übrigens waren solche Übertretungen äußerst selten und verdunkeln durchaus nicht das Bild unserer allgemeinen Politik, die von aufrichtiger Loyalität gegenüber dem Staat gekennzeichnet ist und oft sogar über den Rahmen ausschließlicher Loyalität hinausgeht. Wenn es sich uns heute um etwas handeln kann, so nur darum, daß gewisse Kreise, die wegen ihres Mangels an Wohl-

wollen den Polen gegenüber bekannt sind, uns unsere Haltung nicht erschweren mögen. Wir müssen zuviel vergessen, und daher ist es nicht gut, wenn man uns zu oft an alte Dinge erinnert.

Die Liebe wird nicht plötzlich geboren, insbesondere nicht in den gegenseitigen Verhältnissen der Völker. Und es ist eine bekannte Tatsache, daß man um unsere Liebe nur wenig gewonnen hat. Es würde mithin gut sein, wenn man uns mehr Verständnis entgegenbrächte und uns in der Durchführung der Umgestaltung unserer bisherigen Begriffe keine Schwierigkeiten bereite.

Wir sind uns durchaus darüber klar, daß wir uns in unserem Verhältnis zum Staate nicht in der Rolle eines Verbündeten befinden, der als Gleicher dem Gleichen Bedingungen stellen kann. Daher haben wir auch als Untertanen vorbehaltlos die Hand ergriffen, die uns der Reichskanzler gereicht hat. Und wir glauben, daß auf der Basis, die seine Ankündigungen geschaffen haben, sich ein gegenseitiges wohlwollendes Verhältnis entwickeln wird.

Mancher von den verehrten Lesern wird vielleicht fragen, weshalb ich über alle diese Dinge schreibe. Es sind das doch Sachen, die schon wiederholt besprochen wurden und die jedem bekannt sind. Ganz recht. Dennoch halte ich es für nützlich, mit ganzem Nachdruck den Standpunkt, auf dem der „Dziennik Bydgoski“ steht, zu betonen, um dadurch unseren Lesern die obigen Bemerkungen in Erinnerung zu bringen. Unmittelbare Veranlassung dazu gibt mir der zweite Jahrestag des Kriegsausbruchs, dem gegenüber ich die Richtlinien der Politik meines Blattes umso deutlicher kennzeichnen möchte.

Vor 2 Jahren, gleich nach Ausbruch des Krieges, haben mir maßgebende Instanzen versichert, und mich beauftragt, im „Dziennik Bydgoski“ zu erklären, daß sie völliges Vertrauen zur polnischen Bevölkerung hätten. Seit dieser Zeit ist unsererseits nichts geschehen, was dieses Vertrauen hätte untergraben können. Die Haltung der polnischen Volksgesamtheit beweist im Gegenteil, daß sie es im vollen Umfange verdiene, wenn man ihr auch weiterhin Vertrauen entgegenbringe. Soweit es von uns abhängt, wird sich dieses Verhältnis nicht ändern. Im Gegenteil, wir werden uns bemühen, es noch mehr zu festigen.

Ich bin überzeugt, daß derselben Meinung auch die verehrten Leser des „Dziennik Bydgoski“ sind. Im langjährigen, gemeinsamen Gedankenaustausch haben wir gelernt, uns zu verstehen und sich gegenseitig zu unterstützen. Mein Blatt hat stets das öffentliche Wohl an die erste Stelle gestellt und war bemüht, diesem Wohl zu dienen, indem es ohne nach links oder rechts zu sehen, den Weg ging, den es für die Volksgesamtheit für den besten hielt. Ich gebe auch zu, daß alle, die in unserer Politik tätig sind, von den besten Absichten durchdrungen seien. Daß sie sich in der Art und Weise der politischen Arbeit unterscheiden, ist kein Wunder. Menschen sind Menschen und man kann sie nicht alle über einen Kamm scheren. Beispiele in dieser Hinsicht finden wir auch bei der deutschen Volksgesamtheit.

Haben wir mithin Verständnis für andere und arbeiten selbst so, daß das öffentliche Wohl aus dieser Arbeit den größten Nutzen hat. Nach Beendigung des Krieges, wenn bessere Zeiten kommen, werden wir Rechenschaft ablegen über alles das, was wir geleistet haben, und uns überzeugen, ob der von uns erwähnte Weg ein guter war. Bis zu diesem Augenblick, der nicht lange mehr auf sich warten lassen möge, müssen wir alles tun, um in diesem Kriegsgewitter unseren Besitzstand zu erhalten und keinen nationalen Vorposten einzubüßen. Hierzu rechne ich auch den „Dziennik Bydgoski“, den ich noch einmal der Obhut

und dem Wohlwollen meiner verehrten Leser und Freunde empfehle.

Guer

Jan Testa.

Aus Nr. 91 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. August 1916.

Die Fehler unserer Abgeordneten gehen die „Dſtmark“ garnichts an.

Daß ist eine Sache, die ausschließlich die polnischen Wähler angeht. — Möge sich die „Dſtmark“ nicht um fremde Sachen kümmern. Möge sie vielmehr vor den Türen ihrer alldeutschen Freunde und Anhänger stehen, denn daselbst ist in den heutigen Tagen genug fortzulegen.

Die „Dſtmark“ hat, wie unsere Leser wissen, unseren Reichstagsabgeordneten vorgeworfen, daß sie für die Haftentlassung des wegen Hochverrats verhafteten Abgeordneten Liebknecht gestimmt hätten. Warum ist aber die „Dſtmark“ nicht so ehrlich, um gleichzeitig zu bemerken, daß die poln. Landtagsabgeordneten den Antrag um Entlassung Liebknechts nicht unterschrieben und daß sie dadurch den Landtag und die Regierung von sehr unangenehmen Auseinandersetzungen bewahrt haben? Sicher kann man hinsichtlich des Standpunkts der Reichstagsabgeordneten in Sachen Liebknechts abweichender Ansicht sein; aber es ist etwas anderes, wenn die „Dſtmark“ eine geheimnisvolle Miene aufsetzt und gewissermaßen den Eindruck hervorruft, als ob die polnischen Reichstagsabgeordneten den Hochverrat Liebknechts hätten unterstützen wollen.

Die „Dſtmark“ schreibt nämlich stichelnd, die polnischen Abgeordneten hätten natürlich für den Antrag auf Freilassung Liebknechts nur in der Befürchtung um die Abgeordnetenfreiheit gestimmt — es haben doch aber auch andere Parteien, auch die liberalen und demokratischen, in dieser Verhaftung keine Gefahr für die Abgeordnetenfreiheit erblickt. Also — auch jetzt steckt die „Dſtmark“ jene — geheimnisvolle Miene auf.

Gewiß war das Verfahren der polnischen Abgeordneten in Sachen Liebknechts ein Fehler, und als wir davon erfuhren, sagten wir uns, daß unsere Reichstagsabgeordneten weit bessere Gelegenheit gehabt hätten, sich „Kosten“ auszusuchen. Doch man kann sie bis zu einem gewissen Grade entschuldigen. Außer gewissen Vorkommnissen zu Beginn des Krieges ist eben die Politik der Freunde und Anhänger der „Dſtmark“ der Grund, daß die polnische Seele sich vieler Befürchtungen und Zweifel nicht entledigen kann. Und darum kann man sich so sehr darüber wundern, daß es den polnischen Abgeordneten schien, man müsse in jedem Falle recht energisch die Unverletzbarkeit der Abgeordneten verteidigen, selbst wenn es sich um den Vorwurf des Hochverrats handelte, das um so mehr, als ein Vorwurf noch keine erwiesene Schuld ist. Wir sind davon überzeugt, daß jetzt nach der Verurteilung Liebknechts unsere Abgeordneten für seine Haftentlassung sicherlich nicht stimmen würden.

Endlich hebt die „Dſtmark“ auch die unangenehme Tatsache hervor, daß die polnische Reichstagsfraktion zu der Kanzlerrede vom 5. April geschwiegen habe. Man muß zugeben, daß dies ein weit größerer Fehler gewesen ist, als die Abstimmung in Sachen Liebknechts, aber kein Fehler der das Deutsche Reich schädigen würde, sondern der der polnischen Sache geschadet hat. Schon mehrfach haben wir in der Zeitung hervorgehoben, daß sich unsere Reichstagsabgeordneten zur Kanzlerrede hätten in entsprechender Weise äußern sollen. Die polnischen Abgeordneten hätten feststellen sollen, was manche deutsche Politiker, wenn auch nicht im Reichstage, und was ferner manche sehr einflußreiche

deutsche Zeitungen festgestellt haben, daß nämlich aus der Kanzlerrede die heute schon allgemein bekannte Sache hervorgegangen sei, daß der Kanzler der Gegner einer weiteren Teilung Polens sei. Das Hervortreten der polnischen Abgeordneten lag nicht nur im Interesse der Fraktion selbst. Diese hätte nämlich durch einen solchen Schritt zeigen können, wie lächerlich die Behauptung mancher nationaldemokratischen Politiker war, daß die polnische Fraktion, als sie seinerzeit nicht gegen die bekannte Erklärung der bürgerlichen Parteien im Deutschen Reichstage in Sachen der Kriegsziele protestierte, mit weiteren Annexionen polnischer Landesteile einverstanden gewesen sei.

Die Fraktion schwieg, obwohl die polnische Sache erheischte, daß sie redete, und obwohl verständige Politiker die Fraktion geradezu zum Sprechen angeregt hätten. Nationaldemokratische Einflüsse verhinderten das.

Das kann die polnische Volksgemeinschaft und die polnische Wählerschaft bedauern, aber die „Dſtmark“ hat nicht die mindeste Veranlassung und nicht das geringste Recht dazu, Vorwürfe gegen unsere Abgeordneten zu erheben. Für manche Abgeordnete war unter anderen Gründen auch der Grund maßgebend, polnischerseits diesem Reichskanzler, welcher erklärt hatte, Polen werde nicht mehr unter das russische Regiment zurückkehren, und aus dessen Ausführungen hervorgegangen war, daß er ein Gegner einer weiteren Teilung Polens sei, nicht zu viel Rücksichten zu zeigen. Das hätte nämlich für die alldeutschen und hafatistischen Politiker, die schon damals im geheimen gegen den Reichskanzler wühlten, nur ein Grund mehr sein können, um nach seinem Sturze zu streben.

Darum ist es eigentlich schwer zu wissen, welches der wirkliche Grund ist, daß die „Dſtmark“ es so bedauert, daß die polnische Fraktion am 5. April geschwiegen hat. Ob vielleicht aus Wohlwollen für die polnische Sache?

Wir wundern uns sehr darüber, daß die „Dſtmark“ nicht noch einen von den polnischen Abgeordneten in der letzten Zeit begangenen Fehler hervorgehoben hat, — und zwar in diesem Falle einen Fehler unserer Landtagsfraktion, welche gegen die Zuschläge zur Einkommensteuer gestimmt hat. Wir wissen, daß die Bewilligung von Steuern eine sehr unpopuläre Sache ist. Einen Abgeordneten, welcher an der Bewilligung von Steuern teilnimmt, kann man leicht mit dem Rufe „er hat Steuern bewilligt“ bekämpfen. So war es früher. Heute ist es zwar in dieser Hinsicht anders; denn auch das polnische Volk ist heute schon weit aufgeklärter und weiß, daß Steuern — und Steuern ein Unterschied sind. Und vor allem weiß dieses Volk, daß, wenn man ohne die Bewilligung von Steuern überhaupt nicht auskommen kann, die polnischen Abgeordneten sich darum bemühen müssen, daß diese Steuern wenigstens nicht die Ärmsten und am wenigsten Begüterten zu zahlen brauchen.

Die Einkommensteuer ist die gerechteste Steuer, denn wer große Einkünfte hat, der kann auch hohe Steuern zahlen, wenn dies durchaus notwendig ist; jedenfalls kann er eher zahlen, als ein wenig begüterter, armer Mensch. Wenn also höhere Einkommensteuer, beziehungsweise Zuschläge zu ihnen durchaus notwendig waren, so hätte die polnische Fraktion klüger gehandelt, wenn sie für diese gestimmt hätte, da beim Hinfälligwerden eines solchen Regierungsentwurfs leicht hätten andere Steuern kommen können, die für die Ärmsten und weniger Begüterten noch lästiger wären.

Soviel, was die grundsätzliche Seite anbetrifft. Aber auch in taktischer Hinsicht hätte die Landtagsfraktion besser getan, wenn sie für die Zuschläge zur Einkommensteuer gestimmt hätte. Bekanntlich waren die konservativen Alldeutschen sehr gegen diesen Regierungsentwurf, sie wollten ihn durchaus umstoßen.

Das wäre nach unserer Ansicht ein Grund mehr gewesen, warum unsere Landtagsabgeordneten für diesen Entwurf hätten stimmen sollen.

Sie haben dies nicht getan — sie haben einen Fehler begangen. Wenn die „Ostmark“ diesen Fehler nicht erwähnt, so hat dies offenbar nur den Grund, weil ihre politischen Freunde, die alldeutschen Konservativen, diesen Entwurf ebenfalls ungeheuer bekämpft haben, — wenn sie sich auch schließlich mit dem Kompromiß einverstanden erklärt hatten. Aber vielleicht erwähnt die „Ostmark“ dies aus dem Grunde nicht, weil die Führer ihrer Freunde: Graf Westarp, Heydenbrand usw. im Reichstage gegen einen Teil der zum Kriegsführen übrigen Mittel gestimmt, während gleichzeitig die polnischen Abgeordneten im Reichstage der Regierung alle Mittel zuerkannt haben.

Aus diesen Gründen erwähnt wohl die „Ostmark“ diesen Fehler unser Abgeordneten nicht. Aber die „Ostmark“ hat ohnehin genug Material angeführt, das ihr unsere Abgeordneten unnötigerweise in die Hand gegeben haben.

Die oben erwähnten Fehler haben unsere Abgeordneten darum begangen, weil die Mehrzahl in unseren Fraktionen die nationaldemokratischen Einflüsse nicht abzuschütteln weiß. Das um so mehr, als in Wirklichkeit die Nationaldemokraten sogar nicht einmal die Mehrheit in unseren Fraktionen haben. Es sind ihrer hier und dort nur einige — aber auch die üben einen mächtigen Einfluß auf die Fraktionen aus, weil in den Fraktionen außerdem noch viel politisch unausgebildete Leute sitzen — unter diesen auch solche, die nicht fähig sind, sich eine eigene politische Ansicht zu bilden. Die Nationaldemokraten brauchen also nur stark aufzutrompsen, oder auch mit schönen Worten zu operieren, sie brauchen bloß an das Gefühl zu appellieren, — dann gelangen unsere Fraktionen sehr oft unter diesem Einfluß zu Beschlüssen, die Fehler sind, die unserem Volke ersten Schaden zufügen können, und für die unser polnisches Volk wird büßen können. Uns aber scheint es, daß dieses Volk schon genug für fremde Schuld gebüßt hat, dabei auch für manchen Fehler seiner Vertreter. Die Nationaldemokraten bemühen sich natürlich mit allen Mitteln, ihre Einflüsse in den Fraktionen zu erhalten, deswegen suchen sie früheren Abgeordneten die Teilnahme an den Beratungen der Fraktionen zu verwehren, ja sie wollen sogar in die Satzungen der Fraktionen eine Vorschrift einfügen, die den früheren Abgeordneten die Teilnahme an den Beratungen der Fraktionen unmöglich macht oder erschweren soll. Und die Mehrheit der Fraktionen soll sich auch mit diesem — nationaldemokratischen Gedanken, welcher der alten Tradition unserer Fraktionen zuwiderläuft, einverstanden erklären wollen.

Unsere Abgeordneten verstehen es nicht, sich dieser nationaldemokratischen Einflüsse zu entledigen, obwohl sie wissen müssen, wohin sie diese Einflüsse geführt haben.

Nach unserer Ansicht müßten die politischen Einflüsse unserer vereinigten Fraktionen besonders gegenwärtig und überhaupt während des Krieges sehr ansehnlich und bedeutend sein. Gerade deswegen weil sie angesichts dessen, daß das Wiener Parlament nicht funktioniert und im Königreiche keine Volksvertretung vorhanden ist, sie tatsächlich allein gewissermaßen als die einzigen Vertreter im Namen der ganzen polnischen Nation sprechen können. Und doch waren die Einflüsse dieser unserer Fraktionen wohl noch niemals so wenig bedeutend wie gerade in der gegenwärtigen Zeit.

Hat man doch zu den letzten vertraulichen Beratungen betreffend die Kriegsziele einen Vertreter der polnischen Fraktion nicht eingeladen. Wahr ist es ja, daß nur die großen Fraktionen eingeladen wurden, aber die freikonservative Fraktion ist doch wohl nicht größer als die polnische. Und übrigens müßte die

Bedeutung der polnischen Fraktion, wenn sie nicht unter dem Einfluß der Nationaldemokratie seit Beginn des Krieges einen schweren Fehler nach dem anderen begangen hätte, unseres Erachtens so bedeutend sein, daß die Teilnahme der Fraktion bei solchen Beratungen eine Notwendigkeit wäre. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen war sie keine Notwendigkeit. Ob vielleicht auch diese Angelegenheit die Fraktion schließlich zum Nachdenken veranlassen wird?

Hoffen wir, daß die Fraktionen in Zukunft wenigstens der „Ostmark“ kein Material liefern werden, um der polnischen Volksgesamtheit während des Krieges etwas am Zeuge flicken zu können.

Man braucht sich in normalen Zeiten nicht um die Arbeit der „Ostmark“ zu kümmern, — trotzdem sich das auch in der Vergangenheit als Fehler erwiesen hat. — Aber sich in den gegenwärtigen Zeiten nicht um diese Arbeit zu kümmern, wäre ein großer Fehler. Wir wünschen nicht, daß für solche Fehler unsere polnische Volksgemeinschaft büße, und darum schweigen wir in dieser Sache nicht.

Aus Nr. 32 der Gazeta Rzeźnicka (Posen)
vom 5. August 1916.

Das Blatt befaßt sich mit den Ausführungen des Abgeordneten Bachem über die polnische Frage im „Tag“, ferner mit den zu diesem Artikel von der „Ostmark“ angestellten Betrachtungen und schreibt zu dieser Angelegenheit folgendes:

Wir sind weit davon entfernt, uns in diesen Punkten mit dem Auftreten unserer Vertreterschaft zu solidarisieren. Wir bekennen frei und offen, daß wir in ihm nicht den Takt erblicken, durch den es hätte gekennzeichnet sein sollen. Wir können es aber nicht unterlassen, gegen das tendenziöse Ausnützen solcher Sachen zum Nachteil der ganzen Volksgesamtheit Protest zu erheben.

Niemand behauptet, daß sich die Änderung der Orientierung restlos in der Gesamtheit vollzogen habe, daß sie insbesondere die Anschauungen der polnischen Fraktionen geändert hätte, die, zu anderen Zeiten und unter anderen Verhältnissen gewählt, in ihrer persönlichen Zusammensetzung und in der ideellen Färbung nicht in treuer Weise die Stimmung wiedergeben, die gegenwärtig im Volke herrscht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die ganze Volksgemeinschaft, nicht ausgeschlossen die sogenannten radikalen Teile derselben, auf loyalem Standpunkte gegenüber dem Staate steht und daß der Volksgesamtheit jegliche russischen Sympathien fremd sind, die ihnen die „Ostmark“ in genügend erkennbarer Weise andichtet. Diese Loyalität hat die Volksgesamtheit bestätigt — und nicht nur durch die treue Erfüllung der Pflichten in diesem furchtbarsten aller Kriege, sondern sie bestätigt sie auch fortwährend durch ihr Verhalten gegenüber dem Kanzler und seiner Regierung, dem gerade in der gegenwärtigen Zeit die Freunde der „Ostmark“ das Leben so schwer machen. Kann man denn angesichts dessen noch behaupten, daß die Polen die ihnen dargereichte Hand kalt abgewiesen hätten?

Aus Nr. 176 des Dziennik Kujawski (Hohenstaufen)
vom 3. August 1916.

An die auszugsweise Wiedergabe des Artikels der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ unter der Überschrift „Die Lösung der Lebensmittelfrage“ knüpft das Blatt folgende Bemerkungen:

Soviel der Verfasser, zu dessen letzter Bemerkung noch hinzugefügt werden muß, daß nach den Telegrammen und der Mitteilung eines Generalkommandos binnen kurzem über Deutschland feindliche Fliegerabteilungen mit Brandbomben erscheinen sollen, um sie auf die Felder abzuwerfen und Brände zu verursachen.

Wie verdamnungswürdig nicht nur dieser Plan, sondern auch jede ähnliche Tat sein würde, so fehlt es andererseits auch an Worten, um den vom Verfasser gemachten Vorschlag beim richtigen Namen zu nennen. Zudem er sich über den Plan, der auf französisch-englischer Seite besteht, entrüstet, übersieht er anscheinend, daß er selbst mit einem Gedanken, der sich nicht gegen die feindlichen Truppen, sondern gegen die nicht kämpfende Zivilbevölkerung richtet, vor die Öffentlichkeit tritt. Abgesehen aber von den schon mehr militärischen Rücksichten, ist dieser Plan unerhört dadurch, daß der Verfasser offenbar die Bevölkerung aus ihrer Heimat beseitigen will. Unwillkürlich wird man hier an die Denkschrift jener 6 wirtschaftlichen Verbände erinnert, die ähnliche Absichten im Schilde führten. Zum Glück sind aber diese Kreise noch nicht am Ruder. Sowohl die oberen militärischen Kommandostellen, als auch die leitenden zivilen Kreise im Reiche werden zweifellos dem Verfasser für die Veröffentlichung solcher Projekte, die die Lage Deutschlands im Ausland nur erschweren, nicht dankbar sein. Denn damit, daß diese Stimme ausgebeutet werden wird, kann man rechnen. An einem unmittelbaren Beispiel kann man sich hier überzeugen, wie richtig die Stellung des Kanzlers im Kampfe mit den Kreisen, die mit solchen Ideen hervortreten, ist. Aber bestimmte deutsche Kreise haben eben aus dem Gang der Ereignisse während des Krieges nichts gelernt. Das Verdrängen der Bevölkerung aus ihrer Heimat ist nämlich in Wirklichkeit ein Projekt, das lediglich auf der Grundlage heidnischer Moral entstehen konnte. Denn selbst, wenn es sich um Vergeltung handelt, wird kein Volk, das auf dem Boden der christlichen Ethik steht, zu solch unmoralischen Mitteln greifen. Und es ist, wie wir das eingangs schon bemerkt haben, ein Glück, daß diese Kreise die Politik Deutschlands nicht leiten. Die verantwortlichen deutschen Kreise aber erteilen durch ihre Anordnungen und durch ihre Sorge um die Ernährung der Bevölkerung auf dem Wege der peinlichsten Sparsamkeit zweifellos die beste Antwort auf diese und ähnliche Projekte. Daß sie aber entstehen konnten, ist bezeichnend für bestimmte Kreise, die im Verhältnis zu anderen Völkern nichts anderes, als nur die Faust des Stärkeren anerkennen wollen.

Aus Nr. 181 des Narodowiec (Herne)
vom 8. August 1916.

Generalversammlung des Verbandes der polnischen Frauenvereine in Wanne.

An der letzten Generalversammlung des Verbandes der polnischen Frauenvereine, die am 30. Juli d. Js. in Wanne tagte, hat eine unerwartet große Zahl von Delegierten der einzelnen Frauenvereine aus ganz Rheinland und Westfalen teilgenommen. Nach dem Bericht der Verbandschriftführerin, Frau Dr. Piechocka, erstattete die Verbandskassiererin, Frau Kryskowiak, den Rechenschaftsbericht, aus welchem hervorging, daß sich die Einnahmen auf 520,76 Mk. und die Ausgaben auf 216,77 Mk. belaufen, so daß ein Kassenbestand von 303,88 Mk. verbleibt. Die Verbandsvorsitzende, Frau Wilczek, sprach recht ausführlich über die Tätigkeit des Verbandes und der Vereine und betonte hierbei, daß trotz der Schwierigkeiten, die sich dem Verbande oft entgegenstellten, seine Arbeit ständig vorwärts schreite und sich auch die einzelnen Frauenvereine ziemlich günstig entwickelten. Zum Schluß appellierte die Vorsitzende an die Vorstände, in der Arbeit nicht nachzulassen und mit verdoppelter Kraft an die Erfüllung ihrer Aufgaben in den Vereinen heranzugehen. Herr Dr. Piechocki hielt einen umfangreichen Vortrag über die Erziehung der Jugend, ein Thema, das heute besonders aktuell ist, und namentlich die Frau interessieren muß. Über den

Vortrag, der ein augenscheinliches Interesse erregte, entspann sich eine lebhafte Aussprache. Sodann wurde die Tätigkeit in den Vorständen besprochen und dabei die sehr wichtige Frage der Einteilung der Bezirke gestreift. Man beschäftigte sich ferner eingehend mit dem Verschicken der Kinder nach der Heimat und mit der Frage des Ankaufs von Kinderspiellplätzen. Nach Besprechung noch verschiedener anderer Fragen wurde die annähernd 4 Stunden währende Versammlung, nachdem die Tagesordnung erschöpft war, geschlossen. Gegen wir die Hoffnung, daß die letzte Generalversammlung des Verbandes der polnischen Frauenvereine für die Organisation von Nutzen sein und die Vereinsarbeit der Polinnen in der Fremde einen Schritt vorwärts bringen wird.

Aus Nr. 92 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. August 1916.

Das Blatt gibt einen von dem Warschauer Schriftsteller Boleslaus Koskowski unter dem Titel „Unter guter Vorbereitung“ veröffentlichten Artikel wieder und knüpft daran nachstehende Bemerkung:

Man kann dem Artikel des Herrn Koskowski nur Beifall zollen. Man erkennt sofort, daß er nicht in Posen, sondern in Warschau geschrieben worden ist, wo die lange Knechtschaft nicht imstande war, den einfachsten politischen Verstand zu ertöten. In Preußen macht leider die geistige Trägheit, die geistige Engherzigkeit und die Begehrlichkeit einer gewissen Partei jegliche Verständigung mit dieser Partei unmöglich.

Aus Nr. 215 der Godzina Polski (Lodz)
vom 4. August 1916.

Russische „Informationen“ über die Provinz Posen.

Der „Dien“ berichtet recht ausführlich über die gegenwärtige Lage der Polen im Posenischen. In einem der letzten Artikel behauptet das russische Organ, daß eine Anzahl von hervorragenden Posener Politikern, insbesondere aus den Kreisen der Geistlichkeit, zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, und daß die polnische Bevölkerung im Posenischen noch auf eine andere Weise verfolgt wird. Das Blatt nennt nicht die Quelle, aus der es die Informationen schöpft. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sie geradezu erdichtet sind. Dies beweist übrigens auch eine Notiz in dem russischen Blatte „Utro Rossii“, das an die Richtigkeit der vom „Dien“ gebrachten Nachricht zweifelt. In dieser Weise „unterrichtet“ man die Russen über die Posener Verhältnisse.

Betrifft die polnische Frage in dem besetzten Gebiet Polens.

Aus Nr. 173 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 2. August 1916.

Warschau in der Erwartung.

(Von unserem Berichterstatter.)

Warschau, den 31. Juli 1916.

Seit einer Woche laufen in Warschau unaufhörlich Gerüchte von einer demnächst eintretenden Entscheidung der Mittelmächte in Bezug auf die polnische Frage um. Manche Leute erzählen, daß ein unabhängiger polnischer Staat schon am 5. August ausgerufen werden soll. Als Quelle dieser Nachrichten führt man Informationen der deutschen Behörden an. So erklärte der Gouverneur von Bloclawek einem hervorragenden Warschauer Dozenten gelegentlich der

Erteilung einer Genehmigung zur Abhaltung eines Vortrages: „Verschieben sie den Vortrag, und in etwa 2 Wochen werden Sie meiner Genehmigung nicht bedürfen.“

— Warum Herr Gouverneur?

„In den nächsten Tagen werden wichtige Ereignisse eintreten. Es wird ein unabhängiger polnischer Staat ausgerufen werden.“

— Reden Sie, Herr Gouverneur, im Ernst?

„Ganz im Ernst, Sie werden sich davon überzeugen.“

Dann wird erzählt, der Warschauer Zensor solle der Redaktion der Zeitschrift „Widnokrąg“ geraten haben, einen Artikel um 2 Wochen zu verschieben, da sich innerhalb dieser Zeit die polnische Frage klären werde.

Es wird auch erzählt, daß, als von einer gewissen Abteilung des Gouvernements die Bezahlung der Miete für die gemietete Villa Goldstand's im voraus verlangt wurde, erwidert worden sei, daß man nachträglich zahlen werde, da binnen kurzem die Polen selbst die Miete zahlen würden.

Dem zweiten Bürgermeister von Warschau soll auf ein Urlaubsgesuch Herr v. Glasenapp geantwortet haben, daß er in jedem Falle vor dem 20. August werde zurückkehren müssen, da in dieser Zeit wichtige Ereignisse eintreten würden.

Natürlich hält es schwer, alle diese Gerüchte in Bezug auf ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen, und noch schwieriger hält es festzustellen, wie weit sie durch Erzählungen von Mund zu Mund verdreht worden sind. Indes ist Warschau durch diese Nachrichten elektrifiziert, und die Legionäre werden auf den Straßen, angefangen von ersten Bürgern bis zu Personen aus dem Volke, über diese Nachrichten befragt, weil sie sozusagen am besten unterrichtet seien. Die Sympathien und die Verehrung für die Legionen wachsen beständig. Unlängst richteten Mitglieder der Bürgerwehr an ihr Kommissariat das Verlangen, diese möge sich mit den anderen Kommissariaten verständigen und bei dem Vorstand der Bürgerwehr den Befehl erwirken, allen Legionen-Offizieren Ehrenbezeugungen zu erweisen.

Aus Nr. 173 des Kurjer Zagłębia (Sosnowice)
vom 3. August 1916.

Am Vorabend.

Jeden Tag, welcher uns der Beendigung des Weltkrieges näher bringt, stehen wir als Nation vor ungeheuren Aufgaben in der nächsten Zukunft. Unsere Sache hat in der ganzen Welt den gebührenden Widerhall gefunden und muß in richtiger Weise gelöst werden. Sowohl die Staaten der Entente, als auch der Zweibund, legen sich genügend Rechenschaft ab über diese Notwendigkeit, die sich auf keine Weise umgehen läßt. Wir sind ein Faktor, welcher das politische Gleichgewicht in Europa gewährleistet, und deshalb ist, je näher der Krieg seiner Lösung kommt, desto gewisser die Verwirklichung unserer Forderungen, die von der ganzen Nation, nicht von einem Teil aufgestellt werden. Dies kann niemand verhindern oder vereiteln. Die öffentliche Meinung in England, in den Vereinigten Staaten, in Frankreich, in Italien sieht unter dem Gesichtswinkel der Selbständigmachung unserer ganzen Nation eine der Bedingungen des Friedensschlusses und seiner Gewähr für lange Jahre. Darüber sind sich klar die maßgebenden Faktoren mit dem Reichskanzler Herrn von Bethmann-Hollweg an der Spitze. Die Regierungskreise in Rußland verstehen und beurteilen die Lage nach Gebühr.

Eine der kriegführenden Seiten wird das unsere Unabhängigkeit betreffende Postulat wahrscheinlich als erste in den Vordergrund stellen. Wie und wann sie dies tun wird, darauf zu antworten hält schwer. Auf

eins jedoch machen wir aufmerksam. Die polnische Frage ist heute ein internationales Problem und kann nicht nur von einer Seite gelöst werden; die andere Seite könnte diese Lösung nicht gutheißen. Sie kann mindestens nur einen einleitenden Schritt zu Friedensverhandlungen bilden.

Wie unsere Stellung sein soll, darüber können die Ansichten nicht geteilt sein. Größere Vorsicht, denn je, ist geboten. Im Laufe des Krieges haben wir den Beweis der politischen Reife und der staatlichen Fähigkeit gleich anderen Nationen in Europa geliefert. Die Welt wußte bis jetzt, daß wir für das Vaterland zu sterben verstehen, aber sie wußte nicht, ob wir für es zu leben verstehen. Wir haben bewiesen, daß wir die Pflichten nicht schlechter zu erfüllen verstehen, als die anderen.

Kein Staatsstreich, welcher sich nicht auf der Linie der Wünsche und der Vernunftschlüsse der ganzen Nation bewegen wird, wird bei uns gelingen. Er sollte keinen Platz finden, damit er nicht auch nur vorübergehende Verwirrung anrichtet. Darüber müssen sich klar sein alle irgendwelche von den deutschen Okkupationsbehörden legalisierten polnischen Klubs in Warschau. Man kann nichts gegen den Willen der Nation tun. Die Nation aber weiß, was sie zu tun hat. Sie weiß, daß sie zwischen dem Hammer und dem Amboss nur zermalmt werden könnte. Keine Verpflichtungen — nehmen, was man gibt, darüber hinaus aber bis zum Ende, wenigstens aber bis zum geeigneten Augenblick — eine Haltung voll Zurückhaltung und innere Sammlung, wie sie einen zum selbständigen Dasein und zum Spielen einer großen geschichtlichen Rolle fähigen Organismus kennzeichnen muß.

Aus Nr. 210 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 30. Juli 1916.

Die Idee der Tat.

Seit zwei Jahren schon hört man aus verschiedenen Lagern und von verschiedenen Menschen Wehklagen und Jammern über die Passivität und das Schwenden der Idee der Tat. Es wird also nützlich sein, über die Tristigkeit dieser Klagen, die voll des schwärzesten Pessimismus sind, und über das Wesen der nationalen Passivität, die angeblich in der Negation der Tat und im Fehlen nationaler Ideale ihre Wurzel hat, nachzudenken.

Die Erläuterung der sogenannten Passivität wird meiner Ansicht nach nicht nur diese Sachlage rechtfertigen, sondern vielleicht auch bei denjenigen, denen politischer Sinn und weitere Perspektiven in der Auffassung nationaler Erscheinungen fehlen, die gewünschten Reflexionen und eine reale Beurteilung der gegenwärtigen Lage Polens zurzeit des großen europäischen Krieges hervorrufen.

Politik ist die Kunst der Tat. Aber Politik muß, wenn sie wirklich schöpferisch sein soll, mit realen Grundlagen zu tun haben und darf nicht in der Leere schweben. Die positive Tat, als Ausdruck der nationalen Energie, kann nicht nur dann entstehen, wenn wir diese Tat wollen, sondern auch dann — und das ist noch wichtiger — wenn wir die Bedingungen haben, unsere Ideale in die Tat umzusetzen. Dann können wir die Passivität aufgeben und zur Tat fortschreiten.

Polen konnte im Zeitraum des gegenwärtigen Krieges sich nicht zu einer allgemeinen nationalen Tat aufraffen, da es an konkreten Grundlagen zu einer solchen allgemeinen Tat fehlte.

Wir können die Lage Polens mit keinem anderen Volke vergleichen, das an dem gegenwärtigen Kriege teilnimmt. Sowohl Frankreich, als auch England, Rußland oder Deutschland, handeln im Sinne des bestimmten Ideals, den Feind zu besiegen und die

staatlichen und nationalen Interessen zu befriedigen. Frankreich und England haben in diesem Kriege das genau festgelegte Ziel, Deutschland im Sinne der eigenen Forderungen und politischen Interessen zu besiegen. Nach den selben großen Zielen, die dem deutschen Volke die Weiterentwicklung sichern sollen, strebt Deutschland. Polen führt keinen Krieg auf eigene Faust, besitzt weder eine Regierung, noch einen eigenen Staat, noch eine Armee, damit also auch keinen freien Willen in der Führung einer für Polen bequemerem Politik. Es kann höchstens wegen seiner eigenen nationalen Zukunft in diesem oder jenem Ausgange des Krieges ein eigenes Interesse erblicken, was jedoch kein proportionales Ergebnis zu den materiellen, wirtschaftlichen und blutigen Opfern darstellt. Hier steckt die Ursache der polnischen Passivität, der Tragik, die darin beruht, daß wir nicht, wie manche meinen, uns aus der Passivität nicht erheben können, sondern darin, daß es nicht in unserer Macht liegt, sich zur Tat aufzuraffen.

Die polnische Sache wird — neben verschiedenen anderen — durch die deutschen, österreichischen und russischen Waffen entschieden. Im Grunde genommen führt unser Volk keinen Krieg mit irgend jemanden in Europa. Das Fehlen der Selbstständigkeit hat es mit sich gebracht, daß die Polen als österreichische, deutsche und russische Untertanen in den Armeen Österreichs, Deutschlands und Rußlands kämpfen im Sinne der Interessen dieser Staaten. Die Legionen, als freiwillige Formation, freiwillig an der Seite Österreichs und Deutschlands gegen Rußland kämpfend, haben eigentlich eine manifestierende und demonstrative Bedeutung und sind ein Beweis der bei uns lebendigen nationalen Tradition, der nationalen und politischen Ideale, die man so viele Jahre lang in schmählicher Weise vernichten wollte. Trotzdem die Legionen die Parole der Selbstständigkeit Polens in ihren Fahnen führen, können sie nicht die selbe Bedeutung haben und dieselbe Rolle spielen, wie die polnischen Heere im Jahre 1831 oder 1862. Jede durch Chłopicki, Dwernicki oder irgend einen anderen Führer im Jahre 1831 gewonnene Schlacht entschied über die Selbstständigkeit Polens. Die glänzendsten Kämpfe und Siege der Legionen an der Ostfront entscheiden nicht im geringsten über unsere Selbstständigkeit.

Die Beteiligung der polnischen Legionen an dem gegenwärtigen Kriege wurde als die einzige nationale Tat bezeichnet. Man kann es nicht bestreiten, daß die Existenz der Legionen bis zu einem gewissen Grade eine politische Tat ist. Nicht deshalb, weil mit ihrer Existenz ein Teil der polnischen Volksgemeinschaft nicht einverstanden ist, sondern hauptsächlich deshalb, weil ihr Anteil zahlenmäßig der Bevölkerungszahl von 20 Millionen nicht entspricht und weil auf die Lösung der polnischen Frage die Legionen keinen Einfluß haben können.

Zu groß ist unser Volk und zu groß sind heute seine politischen nationalen Ambitionen, als daß uns eine geringe Schar von Legionären, die ihr Opferblut für die Manifestierung unserer nationalen Traditionen und Ideale vergießt, als Ausdruck unserer nationalen Energie genügen könnte. Der Kampf der Legionen stellt sich vielmehr als ein großes Veto gegen diejenigen dar, die das Programm der nationalen Bestrebungen bis zu einem Minimum reduzierten. Diese Aufgabe haben die Legionen erfüllt. Sie haben das Bewußtsein im Volke geweckt. Das ist ihr Sieg. Von dem Erfolg ihrer Waffen ist die Zukunft des Volkes nicht abhängig.

In diesem großen Kriege, in dem es um die Geschichte der Völker und Staaten Europas geht, in dem die Völker das Maximum harmonischer nationaler Energie aus sich heraus erzeugen, konnte sich unser Volk nur zur Manifestation der Standarte der Unab-

hängigkeit in den Legionen aufrufen, mußte jedoch eine anderthalb Millionen große Armee hergeben, die die ungeheuren Blutopfer für die Fehler unserer Vorfahren zahlen muß.

Das ist der Hintergrund der Bedingungen, auf welchen unsere Machtlosigkeit und der Mangel an Tat, die angebliche nationale Passivität und Zerrüttung beruht. Unter diesen Bedingungen ist ein Winkeln um eine nationale Tat, das mit einer leeren Phrase die geschichtliche Tragik des Augenblicks bedeckt — für schwache Seelen — ein Rütteln an den Fesseln, aber es führt nicht zur Tat.

Man muß instande sein, den geschichtlichen Augenblick Polens real zu beurteilen, um in seiner Passivität im gegebenen Augenblick ein wirkliches Golgatha des Leidens zu erkennen, da die nationale Seele nach einer mächtigen Tat schreit, die nicht ins Leere geht, sondern der nationalen Sache Sieg und Nutzen verspricht.

Der Augenblick ist bis jetzt noch nicht gekommen, daß wir, gestützt auf eigene Kraft, über uns selbst und damit über unsere nationale Selbstständigkeit entscheiden könnten. Heute können wir nur die nationale Energie zur künftigen Tat mobilisieren, das nationale Bewußtsein wecken, den Staub der Sklaverei allmählich abschütteln, den polnischen politischen Gedanken in der Richtung eines staatlichen Daseins Polens selbständig machen. Eine solche Änderung der Gesinnungen, eine solche Umgestaltung und Evolution der Begriffe, wie sie sich gegenwärtig in der polnischen Volksgemeinschaft vollzieht, kann man nicht nationale Passivität nennen. Es ist dies ein Vorbereitungszustand, aus dem eine allgemeine und wirksame nationale Tat hervorgehen kann.

Bis jetzt besitzen wir noch nicht solche Bedingungen, die eine einzige harmonische nationale Kraftanstrengung, die über unsere Selbstständigkeit entscheiden könnte, ermöglichen würde.

Der Krieg hat vor uns die Frage der nationalen Tat in ihrer ganzen Ausdehnung aufgerollt, der Krieg — man darf darauf vertrauen — wird uns schließlich auch die Anpassung an unsere Tat finden lassen, wenn die internationalen Bedingungen in Europa sich so gestalten, daß Passivität eine Sünde wäre. Heute ist unsere Passivität nicht die Kraftlosigkeit eines kranken Volkes, sondern eine reale Erscheinung, die Konsequenz der Teilungen, das Ergebnis der heutigen internationalen Lage in Europa.

Die beinahe einzige positive Tat während des ersten Jahres des europäischen Krieges, als Rußland Galizien besetzt hatte und noch an der Weichsel stand, war die Bekämpfung des Russophilentums, die Berichtigung der nationalen Meinung, der Hinweis auf die Ideale der Unabhängigkeit Polens. Als Rußland die polnischen Gebiete verließ und die polnische Sache damit aufhörte, eine innerpolitische Angelegenheit Rußlands zu sein, kam die zweite Etappe der nationalen Tat: die Aufrichtung des selbständigen Polen auf den Trümmern der russischen Herrschaft.

Die Regierungen der Mittelstaaten haben übereinstimmend erklärt, daß die polnische Frage gelöst werden müsse. In welchem territorialen und politischen Umfange dies jedoch geschehen wird, wissen wir heute nicht.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die auseinanderstrebenden polnisch-russischen Interessen die Möglichkeit einer Lösung der polnischen Frage im Sinne unserer Unabhängigkeitsforderungen von seiten Rußlands vollständig ausschließen. Das vollständige Verschwinden des Russophilentums und der Bruch mit der östlichen Orientierung greift jedoch unserer Tat nicht vor. Es ist dies nur der eine Teil der Aufgabe. Der zweite Teil ist die Tat in der Richtung der Schaffung der Unabhängigkeit. Bis jetzt hat sich dieses Streben in unseren Seelen, Gedanken und Gefühlen kristallisiert. Die reale und konkrete Verwirklichung dieses Zieles ist

nicht von uns abhängig, sondern liegt unter den gegenwärtigen Verhältnissen außerhalb von uns. Der geschichtliche Augenblick nähert die polnische Frage der Entscheidung. Wir sind auf sein Kommen vorbereitet. Unsere gegenwärtige Zurückhaltung ist der Ausdruck der Bereitschaft zu Opfern und zur Tat in dem Augenblick, wenn diese Tat zum Besten des selbständigen Polen wirklich notwendig sein wird.

Dr. Wacław Drzechowski.

Aus Nr. 378 des Goniec (Warschau)
vom 30. Juli 1916.

Falsifikate der Einigkeit.

In letzter Zeit erwies sich der bei uns stets populäre Grundsatz der Einigkeit am häufigsten als ein Falsifikat. Er feierte Triumphe, aber nur scheinbare. Bei den Wahlen zum Gemeinderat fanden in der ersten, zweiten, vierten und fünften Kurie die Wahlen nicht statt, da nur eine Liste vorgelegt wurde. Die zum Gemeinderat Warschaus Gewählten erließen mit Ausnahme der Linken und der Gruppe der jüdischen Volksparteiler eine gemeinsame Erklärung. Sogar die Polnische Sozialistische Partei (nach der einen Terminologie, die Revolutionspartei, nach der andern die Rechte) erließ nicht eine besondere Erklärung, sondern schloß sich der gemeinsamen an.

Was war die Haupttriebkraft für einen Block aller Gruppen bei den Wahlen? Es waren hier viel Faktoren wirksam. Weder das nationale Zentralkomitee, noch das Demokratische kannte die eigenen Kräfte und diejenigen des Gegners. In Worten fühlte sich jede Partei als zukünftige Sieger, im Herzen fühlte sie die Befürchtung der Niederlage. Den Mandatjägern, Karrierereitern, die verschiedene stolze Pläne aus Anlaß der städtischen Selbstverwaltung hegen, war die Zurückhaltung der Programmunterschiede nützlich. Der Wahlkampf, der die Atmosphäre von den Miasmen der russischen Orientierung hätte befreien können, war für die Nationaldemokraten gefährlich. Die noch frisch im Gedächtnis haftenden nationalen Sünden gewisser ihrer Kandidaten (wie z. B. die Propaganda in der „Gaz. Warszawska“ vom 27. 1. 1915) konnten dabei leicht in Erinnerung gebracht werden. Durch die Abreise Lempicki's nach Lausanne kam an die Spitze des Komitees ein Mann, der durch seine Psychologie und Vergangenheit nicht mit dem demokratischen Zentralkomitee, sondern mit dem nationalen verbunden war, und das erleichterte das farblose Kompromiß.

Zu einer Idee nicht fähig, die das Volk zum Staatsbewußtsein führen könnte, strecken sie die Hände nach der Idee der Einigkeit aus. „Gehen wir zusammen!“, das ist für sie die einzige Parole. Aber wohin, auf welchem Wege, ob nicht ein neuer Weg erst gebahnt werden müsse, mit dessen Gangbarmachung nur eine von der Allgemeinheit getrennte Minderheit sich beschäftigen kann, das kümmert sie nicht im geringsten.

Es kam die Frage der Erklärung seitens des Gemeinderats. Dieser ist, wie unsere gegenwärtige Allgemeinheit, aus Menschen von zwei verschiedenen Richtungen zusammengesetzt: den Aktivisten und Passivisten. Die ersten glauben, daß das polnische Volk noch während des Krieges die Kraft aus sich hervorbringen werde, die, auf die Waagschale der Ereignisse geworfen, den endgültigen Sieg zu Gunsten der Mittelmächte beeinflussen und das für sie und uns günstige Ende des Krieges beschleunigen werde. Die Passivisten wünschen weitere Zurückhaltung; die einen davon sind vorsichtige und unpolitische Menschen; die anderen wären für Aktivität, wenn man sie zu Gunsten Rußlands entwickeln könnte. Die Aktivisten im Gemeinderat, die seine Minderheit bilden, aber immerhin eine bedeutende Macht darstellen, wünschen

ihre Forderungen zu formulieren. In der geplanten Entschließung wollten sie die Freude zum Ausdruck bringen, daß Rußland aus dem größten Teil Russisch-Polen durch die Mittelmächte vertrieben worden ist, namentlich aus Warschau und Wilna. Sie wollten zum Ausdruck bringen, daß das polnische Volk die städtische Selbstverwaltung und die anderen entstehenden Institutionen für den Anfang seines politischen Wiederaufbaus halte.

Das wäre eine politische Tat gewesen, die andere Taten hervorrufen würde. Das wäre die Kennzeichnung bestimmter Ideen im Bewußtsein der Allgemeinheit gewesen, wodurch die Allgemeinheit für diese Ideen gewonnen würde. Wegen der Einigkeit zog man vor, dieses zu unterlassen und nur eine allgemeine letzte Forderung zu formulieren, ohne es mit einer besonderen Aktion zu verbinden. Statt der Forderungen der Tat stellte man eine Forderung ohne Aktion auf.

Die Sozialdemokratie und die Linke rezitierten wie seelenlose Phonographen ihre schablonenhaften Formeln aus vergangener Zeit, die durch das gegenwärtige Leben verneint werden. Die Linke kann noch immer nicht vom Programm der Autonomie abgehen, sie weiß jedoch nicht oder sie kann es nicht formulieren, von wem das Land die Autonomie erhalten soll.

Es ist zu bedauern, daß infolge der ungenügenden Beachtung der Psychologie der Arbeitermassen und der Poln. Soz. Partei sich Herr Danilowski, der gegenwärtig das Zeichen der P. P. S. trägt, wie er früher das Zeichen des Volksparteilers trug, es nicht für notwendig hielt, daß die Partei eine eigene Erklärung erließ. Die allgemeine Erklärung wird, da sie nicht konkret ist, ihre Wirkung auf die Arbeitermassen verfehlen. Die P. P. S. hätte ihre Verdienste um die Erweckung der nationalen Bewegung hervorheben müssen, hätte daran erinnern müssen, daß sie als erste im Jahre 1903 die Unabhängigkeit Polens in ihr Programm aufgenommen hat, daß sie darin eine Vorbedingung der Freiheit der proletarischen Bewegung und der sozialen Reformen sieht und daß sie als erste sich zum tätigen Kampfe mit Rußland stellte.

Die Arbeiterschicht, die ihre Klassenonderstellung fühlt, pflegt sogar gemeinsame nationale Forderungen mit ihrer Eigenart, auszuschnüffeln. Möge sie es tun, jedoch für die gemeinsamen Forderungen kämpfen.

Der Nationale Arbeiterverband hätte eine besondere Erklärung erlassen, wenn es zu einer solchen der P. P. S. gekommen wäre. Diese Erklärung wäre notwendig gewesen, da der Nationale Arbeiterverband infolge der nicht qualifizierten Leitung seine politische Physiognomie allmählich verliert, was sich in dem zu Anfang der Wahlen kolportierten Aufruf im Block mit den Russenfreunden in der 5. Liste bemerkbar machte.

Die Verhinderung der Schaffung einer kraftvollen Einheit und Maskierung der Physiognomien war das Ziel von Kliquen, die da Falsifikate der Einigkeit präparieren.

Wl. Studnicki.

Aus Nr. 211 des Przegląd Poranny (Warschau)
vom 31. Juli 1916.

Aus Anlaß der Erklärung.

Der Gemeinderat hat — mit Ausnahme einiger Mitglieder — eine feierliche Erklärung abgegeben, und man kann von vornherein behaupten, daß diese Erklärung, wie sie im gegenwärtigen Augenblick einzig möglich war, des geschichtlichen Moments und den nationalen Bestrebungen am besten den realen Bedingungen des geschichtlichen Moments am besten entspricht.

Übrigens war die Inhalt dieser Erklärung längst in der Atmosphäre Warschau's, in seinem Schweigen

enthalten. Als man rief: Mache den Mund auf, Hauptstadt, da wies man mit Recht auf die Verebtheit des Schweigens hin, auf das Erstaunen, daß man nach Worten verlangt, da man doch ohne Worte weiß, daß Polen nur den einen Wunsch haben kann, daß seine unverjährten Rechte und Bestrebungen verwirklicht werden. Und diese Worte verlangten nicht Fremde, sondern die Eigenen, sogar hier in Warschau.

Sollten sie es nicht wissen, was Marx gesagt hat, als er 1848 schrieb, daß von allen europäischen Fragen die polnische die einfachste und leichteste sei, da sie nur eine einzige Lösung zuläßt? Sollten sie nicht wissen, was noch vor kurzem der schweizerische Gelehrte Schollenberger geschrieben hat, daß die polnische Frage nur die Frage des Wiederaufbaus Polens sei und daß es eine andere polnische Frage nicht gäbe?

Es ist nicht anzunehmen und nicht einen Augenblick daran zu zweifeln, daß auch diejenigen, die irgend eine Erklärung von Warschau haben wollten, das selbe nationale Ideal in der Tiefe ihrer Seele tragen, wie alle andern, und daß sie mit der Allgemeinheit in ihren Bestrebungen einverstanden sind, und wäre es bloß deshalb, weil sie andere Ziele nicht haben. Teilweise ist es die Ungeduld, teilweise das ungenügende Verständnis des geschichtlichen Augenblicks und der Lage des Volkes, die sie in einer Richtung bewegen, die nichts anderes als eine vorzeitige und grundlose Vereinigung der nationalen Hoffnungen darstellt.

Aber diese Bestrebungen sind dauerhafter und kräftiger, als die realen Bedingungen und augenblicklichen politischen Konstellationen.

Daher hat auch Warschau, sobald es sich dazu aufgerafft, den Mund aufzumachen, das gesagt, was es einzig und allein sagen konnte.

Die Erklärung des Gemeinderats war nach dieser Richtung hin der Ausdruck des gesunden nationalen Instinkts und politischen Takttes.

Sie spricht aus, daß die Wirtschaft und Kultur Warschaus sich im nationalen Geiste entwickeln müssen, daß sein Leben sich auf den Grundsatz der Gleichberechtigung stützen soll, daß „der unabhängige polnische Staat, ausgerüstet mit den Organen und Mitteln, die seine Unabhängigkeit kennzeichnen und sichern, das höchste Ziel der früheren und jetzigen Bestrebungen des polnischen Volkes sei“. Dieses Ziel ist während des Krieges real geworden.

Die Erklärung konnte gewiß im Ausdruck kräftiger und stilistisch mehr abgerundet sein. Die Mängel nach dieser Richtung hin sind jedoch nur formaler Art, und sie werden dadurch gerechtfertigt, daß die Erklärung als Ergebnis eines Kompromisses längere Zeit gehobelt und gefeilt wurde, bis sie eine Form annahm, die allen einander kreuzenden Richtungen gerecht wurde. Diese formalen Mängel werden jedoch durch die Freimütigkeit des Ausdrucks, die Klarheit des Grundgedankes — namentlich bei den Punkten der nationalen Forderungen — weit gemacht. Wenn die Erklärung auch nur ein Wort dem Abschnitte, der sich auf die Forderungen bezieht, hinzugefügt hätte, hätte sie diese geschmälert.

Es ist nämlich eine sehr erklärliche Eigentümlichkeit der polnischen Sache, daß jedes bestimmte Programm im gegenwärtigen Moment eine Einschränkung darstellt und zu größeren oder geringeren Zugeständnissen führt.

Die Erklärung enthielt sich daher mit Recht eines Programms und brachte nur zum Ausdruck, daß das Volk an seinen unbeugsamen Rechten fest hält und nichts davon preisgibt. Die Huldigung, die die Erklärung den „treuen Söhnen des Vaterlandes“ entbietet, die seit anderhalb Jahrhunderten ihr Blut für die Freiheit und Unabhängigkeit Polens vergießen, läßt keinen Zweifel aufkommen, daß die Erklärung des Gemeinderats das zum Ausdruck gebracht hat,

was in dem Schweigen Warschaus in den letzten Monaten zu lesen war.

Es ist gewiß, daß die Erklärung des Gemeinderats kein politisches Programm darstellt und darstellen kann. Aber sie bildet dessen Grundlage und gibt ihm die Richtung. Man muß annehmen, daß die Gemeinderäte, die sie abgefaßt haben und sie für die ihrige halten, ihren Inhalt genügend erfaßt haben und daß sie ihr gegenüber die Pflicht empfinden, mit ihren politischen Programmen und Taten ihr nicht in den Weg zu kommen, daß sie — getreu den Überlieferungen der Väter — auf der Wacht der nationalen Ideale und Bestrebungen stehen werden.

Das müßte ihnen ihre eigene Seele sagen, und sie sagte es ihnen zweifellos; das hat auch Warschau gesagt, sobald es reden durfte.

Ein Warschauer.

Aus Nr. 213 der Godzina Polski (Lodz)

vom 2. August 1916.

Erfüllungen.

In dem Orkan, dem Hunderttausende von Lebewesen zum Opfer fallen, der die Existenz der mächtigsten Staaten bedroht, ist ein neues Dasein im Entstehen begriffen für jenes Volk, welches schon mehrfach zur Vernichtung verurteilt war. Das, was ein unerfüllbarer Wunsch der letzten Generationen unseres Volkes war — die Möglichkeit mit eigenen Kräften im eigenen Hause zu wirtschaften — ist zur Tatsache geworden.

Das von den russischen Beamten und der Entnationalisierungspolitik in Fesseln geschlagene Königreich Polen, hat sich vergeblich bemüht, die primitivste Form dessen zu erlangen, was eine sich ihrer Lebenskraft bewußte Volksgemeinschaft kaum zu entbehren vermag. Die Befriedigung alltäglicher Bedürfnisse in einer den Interessen der Bewohner entsprechenden Weise lag in den Händen von Leuten, deren Hauptziel der Dienst für die Russifizierungsidee war. In zweiter Linie kam das persönliche Interesse dieser Menschen und das Bestreben, mit den der Zentralbehörde genehmen Mitteln Karriere zu machen. Das Interesse der Bevölkerung wurde nur dann berücksichtigt, wenn es weder dem einen noch dem anderen Ziele im Wege stand.

Es wäre verfrüht, heute schon die Geschichte des Unrechtes zu schreiben, das der Bevölkerung durch den Mangel an Selbstverwaltung zugefügt wurde. Es wäre verfrüht, schon heute die Tätigkeit der Bibikows und Litwinskis in ihrem ganzen Umfange zu schildern. Die Zeit wird erst kommen, in der sich die Niederträchtigkeit dieser Verwaltung und das Unrecht, das wir erlitten haben, in seiner ganzen Nacktheit zeigen wird.

Das Unrecht würden wir weiter ertragen, wir müßten noch lange, lange Jahre mit unserem Wohlstande die Ausrottungsbestrebungen Rußlands und die unerfüllliche Goldgier seiner Beamten bezahlen, wenn wir noch länger unter russischem Joch verblieben wären. Lange haben wir unsere Kräfte angespannt, um wenigstens irgend eine Form der eigenen Entwicklung aus der Hand desjenigen Staates zu erhalten, der angeblich mit uns verwandt ist und der scheinbar auf die Befreiung und Vereinigung des gesamten Slawentums hinielt. Nicht einmal dieses Minimum, was leider einige von uns fast zum Maximum ihrer Forderungen gemacht haben, wollte uns das „brüderliche“ Rußland geben.

Es schien, als ob das durch das Schwert der Mittelmächte aus den polnischen Landen vertriebene Rußland wenigstens jetzt sich bemühen würde, den bisherigen Weg zu verlassen, da es dessen Zwecklosigkeit einsehen muß. Denn es erhält ja Kunde von der

Wiedererrichtung der Hochschulen, von den spontanen Bewegungen des Nationalbewußtseins, das sich in den Maifeiern, auf dem Schlachtfelde von Grochow, in den furchtbaren Kämpfen von Limanowa, in den Karpathen und an der Strypa offenbart. Es mußte sich also jagen, daß der polnische Geist nicht erstorben ist, daß das polnische Volk lebt und daß Übermacht nicht imstande ist, es zu erdrücken.

Indes denkt Rußland seit dem ersten Kriegstage, seit der ersten Offenbarung der Lebenskraft des Volkes, nicht daran, auch nur einen Schritt von seinem Standpunkt zu weichen; es spielt mit ungreifbaren Worten und lockt trügerisch die Einfältigen mit unerfüllbaren Versprechungen.

Erst die Sieger geben dem von ihnen eroberten Lande das, was ihm die Beschützer nicht geben wollten. Die österreichischen Behörden in dem einen und die deutschen in dem anderen Teile des Königreichs Polen wecken Faktoren zum Leben, die die Grundlagen einer Existenz auf breiterer Selbstständigkeit bilden. Und das inmitten des Kampfgetümmels, in einer Zeit, wo sie im schweren Kampfe mit den auf ihre Vernichtung auf allen Seiten lauenden Feinden eigentlich ihre ganze Aufmerksamkeit diesem Kampfe widmen mußten! In einem solchen Augenblick gibt uns Deutschland, gegen das man in uns zielbewußt den Haß nährte (wegen derselben Taten, die Rußland fast täglich beging von der Zensur gestrichen), die Grundlage zur weiteren Entwicklung der Selbstverwaltung!

Unser Erbfeind hat aufgehört, uns zu knechten. Das Morgenrot erwacht, das Volk rüstet sich zum neuen, freien Leben. Das Morgenrot kommt aber nicht vom Osten. Von dort kamen zu uns nur Fesseln und Verderbnis der Moral. Vom Westen dagegen kam zu uns immer der Hauch der Kultur, die Errungenschaften des Geistes. Vom Westen kam auch die Befreiung von der russischen Knete. Der Westen gab uns jetzt diesen großen Tag. Deshalb liegt auch unsere Zukunft nur in einem engen Zusammenschluß mit dem Westen.

Der große Tag ist vorüber. Aus dem denkwürdigen Saale der Hauptstadt Warschau erschallten sei langem nicht mehr vernommene Klänge. Es erschallten die Worte „Polen“ und „unabhängig“, Worte, die das Eigentum des ganzen Volkes sind. Es fehlte jedoch der Ausdruck derjenigen Begriffe, die mit unserer hundertjährigen Knechtschaft verbunden sind: Gegen Rußland — mit den Mittelmächten!

Die von der deutschen Okkupationsbehörde aus eigenem Antriebe geschaffene Institution hat keine politischen Aufgaben zu erfüllen. Ihre Aufgabe ist es also nicht, politische Programme und Richtlinien für das Volk aufzustellen. Es harret ihrer viel Arbeit auf der mit Unkraut überwucherten Scholle. Gebe Gott, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werde!

Aus Nr. 347 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 1. August 1916.

Nach zwei Jahren.

Zwei Jahre sind heute seit dem entscheidenden Tage des Beginns der Kriegskatastrophe verflossen. Dieses historische Datum war der 1. August 1914. Seitdem brachen mit jedem Tage neue Kriege aus, seit 24 Monaten steht die Welt in den Flammen des Kampfes und der Ruinen. Es fließt das Blut der Menschen, die wirtschaftlichen Güter werden vernichtet, die Weltkatastrophe wütet, und daneben entwickelt sich unter erschwerten und verkleinerten Bedingungen die schwere Arbeit der friedlichen Welt, welche sich ernähren, ihr Dasein aufrechterhalten und ihr Leben entwickeln muß. Auf wieder anderem Gebiete finden Anstrengungen statt, um am Ende die politischen Ergebnisse des Krieges in die Tat umzusetzen.

Als vor zwei Jahren dieser große unerwartete Schicksalsschlag hereinbrach, befand sich Polen in der tragischsten Lage. In drei Teile zerrissen, wurde es auf drei Gebieten in die Ziele dreier Staatswesen hineingedrängt und in das Heeressystem dreier Staaten hineingezogen, von denen zwei den Krieg mit dem dritten führen sollten. Die Söhne eines Vaterlandes mußten Brust gegen Brust einander gegenüberstehen, und in der Verteidigung der Staatsinteressen den Bruderkrieg miteinander führen. Die Geschichte der Welt kannte bisher keine unheilvollere Fügung des bösen Zufalls. Aber bei diesem Unglück erwachte das Gefühl des Selbstbewußtseins sogar dort, wo es über ein Jahrhundert gelehrt hat. In die Weltpolitik ist die polnische Idee eingeführt worden, sogar Rußland, das mit stumpfsinniger Gewalt alle Rechte vernichtet hat, hat dies verstanden und die Lösung der Vereinigung der Polen in den Vordergrund gestellt. Daß diese Lösung unaufrichtig war, daß sich unter ihr Hinterlist und Perfidie verbarg, verändert die Sachlage nicht. Das sonst für Psychologie unfähige Petersburg empfand instinktiv, wie das Interesse Polens und das Interesse, sich dies Volk, welchem man die schmerzhaftesten Wunden zugefügt hatte, zu gewinnen, zu verbinden sei. Der Ausdruck dieses politischen Instinktes war die Proklamation des Großfürsten Nikolai. Nur ein ganz geringer Teil von oberflächlichen polnischen Politikern, nur gewisse Teile der Nation, die nur ganz oberflächlich die Ereignisse der Geschichte auffaßten, ließen sich durch diese Verlockungen verblenden. Das ehrliche Nationalgefühl, welches immer in den Herzen der Polen lebte, zeigte den Söhnen Polens, welche sich ihrer Pflichten und Aufgaben bewußt waren — die antirussische Front.

Zum Kriege mit Rußland bereitete sich schon die ganze Generation vor, die aus den Lehren der Revolution die Erfahrung davon getragen hat, daß Polen nur dann das Staatswesen zurückerobern kann, wenn die Geschichtsereignisse aus den Polen Kämpfer gegen Rußland machen werden. Es gab auch keine andere Wahl für diejenigen, die verstanden haben, daß das die einzigste Erlösung ist.

Diese antirussische Front hat sich in Polen immer mehr ausgedehnt, und heute kann man sagen, daß außer den wenigen ins Zarenreich evakuierten Usurpatoren der nationalen Verteidigung und außer den falsch orientierten Gruppen, die jeder Richtung beraubt sind, ganz Polen gegen das Moskowitertum ist.

Die zwei Jahre dieses schrecklichen Krieges haben uns diesen Vorteil gebracht. Aber sie haben noch mehr erreichen lassen. Es kann von keinem Autonomiefeiern, von keiner Vereinigung unter „dem russischen Zepher“ die Rede sein. Ein unabhängiges, freies Staatswesen lebt schon in der Seele des Volkes, und nach diesem Ziel strebt die ganze Kraft Polens.

In den Teilen des Vaterlandes, die aus dem Joche der russischen Gefangenschaft durch die Zentralmächte erlöst worden sind, herrscht die feste, unerschütterliche Überzeugung, daß unser Schicksal von unserer Mitwirkung im Kriege gegen Rußland abhängt. Es besteht auch die Gewißheit, daß das Interesse dieser Zentralmächte sich in der Richtung des polnischen Staatswesens bewegt, und daß das Interesse Rußlands die Knechtschaft, sei sie auch so oder so maskiert, verfolgt. Unsere Opfer sind groß, aber groß sind auch unsere Rechte und realen Aussichten. Die beiden Kriegsjahre haben so grundsätzlich die politischen Konjunkturen umgestaltet, daß die Unabhängigkeitsforderung ein durchaus aktuelles und praktisches Problem geworden ist.

In einem solchen Augenblick hat man in Petersburg wieder begonnen, mit dem gleißnerischen Worte der Autonomie zu operieren. Graf Wielopolski, der Enkel des Markgrafen Alexander, (der seinerzeit unfähig

war, die Psychologie der Nation zu verstehen, der jedoch um einige Kopflängen die politischen Talente seines Enkels überragte), bemüht sich im Quartier des Zaren um dessen Gunst. Es liegt hierin geradezu eine Karikatur der politischen Handlung, die einen halzbrecherischen Kontrast zu der in dem aus dem russischen Joch befreiten Polen herrschenden Stimmung bildet.

Nach diesen zwei Kriegsjahren kann nur jemand, der daran gewöhnt ist, Gnade für die Polen bei den Hurkows, Skalkons, Engalczews und ihren Helfershelfern zu erbitten, es für einen Sieg erachten, wenn ihm im kaiserlichen Hauptquartier versprochen wird, daß Polen, welches von Rußland getrennt in immer freierem nationalen Geiste atmet, wieder unter die russische Krute kommt, aber zugleich Selbstverwaltungsformen nach Petersburger Rezept erhält.

Die Idee des Grafen Wielopolski im Vergleich mit der Unabhängigkeitsidee des Staates sind zwei Antipoden der polnischen Politik. Zum Glück existiert die erste Idee in der Wirklichkeit überhaupt nicht, sondern nur in der so verbliebenen und verpfuschten Politikschablone, welche der Enkel und erbärmliche Nachahmer des Markgrafen aus den toten Erinnerungen der niemals wiederkehrenden Vergangenheit neu beleben will.

Aus Nr. 177 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. August 1916.

Anläßlich des Jahrestages der Einnahme von Warschau.

Am 5. August vorigen Jahres marschierte das siegreiche Heer des Prinzen Leopold von Bayern in Warschau ein. Die Besetzung der Hauptstadt des Königreichs Polen durch die deutschen Truppen war das entscheidende äußere Merkmal des Überganges des nördlichen und größeren Teiles des Landes in den Kriegsbesitz Deutschlands. Bald wurde auch eine besondere Verwaltung des Königreichs Polen mit dem Generalgouverneur v. Beseler an der Spitze eingerichtet. Die Volksgesamtheit des größten polnischen Teilgebiets befand sich in neuen Verhältnissen, welche großen politischen Verstand, heiße patriotische Opferwilligkeit und einen nicht durchschnittlichen Taft der Haltung gegenüber den Verwaltungsbehörden erforderten. Als erste und wichtigste Aufgabe erachteten die maßgebenden Faktoren unter den Bürgern im Königreich Polen die Organisation und Ordnung des sozialen polnischen Lebens. Die Arbeit an dem Wiederaufbau des durch den Krieg vernichteten Landes und an der Hilfeleistung für die Opfer des Kriegssturmes nahmen hier die erste Stelle ein. Welche Ergebnisse die tatkräftige Vorsorge der in Frage kommenden bürgerlichen Organisationen bei der bescheidenen Hilfe seitens unseres Teilgebiets gezeitigt hat, das wissen wir alle, wenn wir mit unlegbarer Bewunderung auf die Menge der vollzogenen Arbeit sehen. Natürlich ließen sich nicht alle Schäden wettmachen, nicht alle Wunden heilen. Ganze Jahre friedlicher Anstrengung aller dazu Berufenen werden nötig sein, um die furchtbaren Lücken wieder auszufüllen. Solange der Krieg währt, kann von einer gründlichen Gesundung der Verhältnisse keine Rede sein. Aber was immer getan werden konnte, wurde getan. Die Arbeit des bürgerlichen Zentralkomitees und nach seiner Auflösung am 14. September die Organisation der Selbsthilfe, welche das Erbe des Komitees übernommen hatten, legte die elementaren Grundlagen einer neuen Entwicklung des sozialen Lebens auf die Trümmer der Kriegskatastrophe, und dies wird im löblichen Andenken der Nachkommen verbleiben.

Aber das Königreich Polen beschränkte sich nicht nur darauf, die furchtbaren Schläge zu heilen, welche der wütende Kriegsturm zugefügt hat. Die dortige Volksgesamtheit hat es verstanden, daß man diesen entscheidenden Zeitabschnitt, welcher nach dem Weggange der Russen aus dem Lande eingetreten ist, allseitig und tatkräftig zur Organisation eigener sozialpolitischer Formen des öffentlichen Lebens ohne Rücksicht darauf, was die Zukunft bringen wird, ausnützen müsse. Die lebendige Überlieferung der polnischen staatlichen Selbstverwaltung befandete sich sofort am nächsten Tage nach dem Verlassen Warschaws durch die Russen, wir erinnern nur an die Bildung der Bürgerwehr, an die Organisation der polnischen Gerichte und an die Wiederherstellung des polnischen Schulwesens unter der Ägide des Ausführungsausschusses. Die deutschen Verwaltungsbehörden hatten grundsätzlich keine Ursache, sich diesen polnischen Bestrebungen zu widersetzen. Die amtliche Politik Deutschlands, welche wiederholt in Reden des Reichskanzlers zum Ausdruck gekommen ist, mußte nämlich von der nur zu natürlichen Voraussetzung ausgehen, daß der durch den Krieg geschaffene und ständige tiefe Gegensatz zu Rußland diejenigen polnischen Bestrebungen im Königreich Polen zu fördern gebietet, welche dahin zielen, diesem Lande einen selbständigen Charakter zu verleihen.

In der Praxis sind natürlich nicht geringe Schwierigkeiten entstanden. Die Verwaltung des Königreichs Polen verriet lange Zeit einen Mangel an einheitlichen Richtlinien, was übrigens unter den schwierigen Kriegsverhältnissen ziemlich verständlich war. Die Tendenzen der rein militärischen Okkupation traten in Widerspruch mit denjenigen Grundsätzen der Verwaltung, die das Interesse der deutschen Politik diktierte. Schließlich konnte sich auch das plötzlich in einen neuen Wirkungskreis verlegte deutsche Beamtenelement in der Lage nicht einheitlich orientieren. Es kamen Konflikte, es kamen Beschränkungen, die manche Hoffnung unterdrückten. Im Laufe der Zeit aber durchdrang das in Berlin wohlverstandene Interesse der deutschen Politik auch das Regierungssystem im Königreich Polen immer mehr. Die Genehmigung zur Eröffnung einer polnischen Universität in Warschau und die Einführung der Selbstverwaltung in der Hauptstadt, das sind zwei Momente, welche sehr klar die Tendenzen zum Ausdruck bringen, die dahin zielen, einen solchen Kreis von Freiheiten zu gewähren, daß sich der Kontrast zur russischen Vergangenheit desto stärker abhebt.

Die Volksgesamtheit nützte dies aus und bemühte sich ihrerseits, eine Haltung zu beobachten, welche den Verwaltungsbehörden die Aufgabe nicht erschwern würde. So sind unter tätiger Mitwirkung der Bürgerschaft gewisse Breschen eines selbstverwaltenden polnischen Lebens entstanden, deren Wert niemand geringschätzt. Dagegen zeigen die polnischen verantwortlichen Faktoren des Königreichs Polen zu der sogenannten hohen Politik keine Neigung. Die Versuche, die Orientierung des galizischen Obersten Nationalkomitees aufzunötigen, schlugen fehl. Es überwog die nüchterne Meinung, daß sich die ungewisse Kriegszeit zu so weitgehenden Orientierungen nicht eigne. Der Bau und die Organisation des polnischen sozialen Lebens, die Erlangung allmählicher, oft kleiner und doch wichtiger nationaler Errungenschaften und die Beseitigung aller Hindernisse, welche durch unnötige Reibungen mit Verwaltungsbehörden diese Aufgabe erschwern würden, das ist das Kennzeichen der heutigen Lage in den Augen der ansehnlichen Mehrheit der Volksgesamtheit. Die Programme von politischen Manifesten und Experimenten finden bei diesen Elementen kein Gehör. Es kennzeichnet sie Nüchternheit und Klugheit, die durch

die Erfahrungen in der Vergangenheit teuer erkauft worden ist.

Aus Nr. 216 der Godzina Polski (Łódź)

vom 5. August 1916.

Tod und Auferstehung.

Mit undurchbringlichem Rebel des Geheimnisses bedeckt, erschien über Warschau und ganz Polen der Morgen des 5. August 1915. Mit Feuer und Rauch umgab er das Herz Polens, erfüllte den Raum mit unheilverkündendem Donner, und es schien, daß der jüngste Tag im Anzuge sei, der schreckliche Tag der Abrechnung mit dem Unrecht und den Missetaten, die der Mensch dem Menschen, ein Volk dem anderen zusügte.

Das letzte Blatt des Märtyrerbuches des Volkes füllte sich mit einem großen blutigen Zeichen, und es schloß wieder einer unserer geschichtlichen Abschnitte, der schrecklichste, jedoch auch zugleich der abhärtendste von allen.

Es gab deren viele! Es gab eine Wiege, an der die Engel ihre Flügel ausbreiteten und die ersten Schritte des wachsenden Volkes bewachten. Es gab ein Zeitalter des jugendlichen Sturmes und Dranges, das allmählich in den Abschnitt des großen, mächtigen, männlichen Glanzes überging. Das durch die Erfolge berauschte Volk ergab sich vollständig dem Genuß der Früchte, die durch die Vorfahren gesät waren und vergaß dabei, daß das Leben des Volkes nicht der Lebensabschnitt einer einzigen Generation sei, sondern eine dauernde Arbeit für die künftigen Generationen. Es fehlte der Nation an Leuten, die Verständnis für die Notwendigkeit der Schaffung von Bedingungen hatten, die eine rationelle Arbeit darstellen, auf der eine neue, kräftige und zur weiteren Bestellung des Ackers für die Nachfolger geeignete Generation erwachsen könnte. Der Boden wurde also entkräftet, die Früchte verbraucht und die folgenden Generationen mußten in Schwäche auf und vermochten nicht das Unkraut auszujäten, das den polnischen Boden bedeckte.

Die Fehler der Väter brachten die Söhne in die Sklaverei. Die Erinnerung an die glänzende Geschichte und an die Freiheit steckte jedoch tief in den Herzen der Sklaven und weckte den Wunsch nach der Wiederkehr eines freien Daseins. Je enger sich die Fesseln schlossen, desto tiefer bohrte sich das Streben nach Freiheit in den Geist des Volkes. Die Tage von Golgatha zerbrachen nicht jenes Streben, das sich wiederholt durch Befreiungsversuche des an den Flügeln verwundeten Adlers verkörperte und die einschlafenden Wünsche zu neuem Leben weckte.

Die letzte dieser Verkörperungen war das von tragischen Anstrengungen erfüllte Jahr 1863, das des hoffnungslosen Sichhinreißenlassens eines bis zu den letzten Grenzen der Verzweiflung gebrachten Volkes. Es war die letzte Anstrengung, die durch die Hinrichtung der letzten Helden der Tat am Fuße der Zitadelle am 5. August 1864 gekrönt wurde, eine Tatsache, die für viele das Grab jeglicher Hoffnung auf Wiedererlangung der Freiheit wurde.

Das Volk hörte auf zu leben, weil es aufhörte, nach dem Leben zu streben. In den Tiefen des Geistes fanden sich zwar noch Fünkchen, jedoch so klein und schwach, daß es an Kraft fehlte, sie zu einer Flamme, die alles ergreifen würde, anzufachen.

Und es kam wieder der 5. August, aber 1915. Es kamen große Kräfte, die von unsern Händen die Jahrhunderte alten Fesseln nahmen, die unsern Hefern einen tödlichen Streich versetzten und sie aus unseren Grenzen verdrängten. Der an das Joch gewöhnte Sklave konnte im ersten Augenblicke nicht wach werden; er begriff nicht die Größe des Ereignisses, das über

ihn kam und das Buch seiner Leiden schloß. Geblendet durch den Glanz der Flamme, der unerwartet über ihn kam, stand er mit Staunen an der Schwelle des neuen Abschnittes.

Er stand und wußte nicht, was geschehen war. Er fühlte, daß etwas Großes geschieht, daß derjenige, der ihn mit den Füßen stieß und trat, fort war, daß die Fesseln von seinen Händen fielen. Aber die Hände, die an die Fesseln gewöhnt waren, hatten nicht die Kraft, sich zu strecken und frei zu bewegen. Unfreiwillig suchten sie das, woran der Organismus gewöhnt war, und die frische Luft beklemmte die Brust, die sich an das Einatmen faulender Miasmen gewöhnt hatte.

An der Schwelle des für das Volk großen Moments stand Polen, nur an Niederlagen gewöhnt, vor der Befürchtung, daß zwar sein Henker nicht mehr vorhanden ist, daß aber eine neue Niederlage bevorsteht. Aus Angst vor dieser erstarrte der Geist und wartete . . .

Es vergingen Tage und Monate, da fing das Volk an, aus dem Starrkrampf zu erwachen und sich dessen bewußt zu werden, was geschehen war. Es kamen erhebende Momente, wie sie das Volk längst nicht durchlebt hat; es kamen Ereignisse, die den Funken der früheren Forderungen entfachten, und das Volk begann zu verstehen, daß die Stunde Polens im Anzuge sei, daß nicht ein Akt der Verzweiflung oder Verzagtheit die nationalen Ideale wiedererweckt, sondern daß die unvermeidliche und unbarmherzige Entwicklung der Ereignisse die realen Grundlagen schafft, auf denen man die Fundamente einer kräftigen Zukunft errichten kann.

Am Todestage der idealen Regungen und Anstrengungen entsteht der Samen konkreter Forderungen. Diesen Samen zu pflegen und den Boden für ihn vorzubereiten, ist die Aufgabe, die von uns die Zukunft des Volkes fordert. Die siegreichen Waffen der Zentralstaaten schaffen uns solche Bedingungen, auf welchen wir den Bau des eigenen Staatsgebäudes stützen können. Wir müssen nur rational diese Bedingungen beurteilen, ihnen die Richtung der Entwicklung unserer Zukunft anpassen und aus ihnen die Fingerzeige für unsere Bestrebungen schöpfen.

Die Fehler unserer Väter, die das Leben der Gegenwart lebten und nicht in die Zukunft schauten, rächten sich an uns. Unser Streben muß sein, diesen Fehler zu vermeiden, nicht an uns, sondern an die künftigen Generationen zu denken. Unser Ziel ist nicht das Gebäude, sondern die Fundamente. Je stärker wir sie bauen, desto dauerhafter wird das Gebäude des freien Polens werden.

Aus Nr. 384 des Goniec (Warschau)

vom 2. August 1916.

Autonomistische Trugbilder.

Als vor 11 Jahren während der Staatskrisis Rußlands die Sache der Autonomie Polens auf die Tagesordnung kam, hielten wir diese Forderung für nichtreal und schädlich. Für nichtreal, weil sie, trotzdem es von allen politischen Gruppen wiederholt wurde, mit keiner entsprechenden Aktion verbunden war. Die Streiks, die Desorganisation des wirtschaftlichen Lebens, die gegenseitigen Bekämpfungen, alles das war zur Erreichung der Autonomie nicht ausreichend. Die konstitutionellen Demokraten, die uns zum Kampfe mit Rußland mobilisieren wollten, stellten die Forderung der Autonomie des Königreichs Polen auf. Ein bedeutender Teil unserer Intelligenz hielt dies für einen Wechsel, der durch die russischen Konstitutionalisten zahlbar sei. Als es jedoch den letzteren vorkam, daß sie zur Macht gelangen, als sie die entschiedene Mehrheit in der Duma erlangten, war in der Adresse an

den Thron, in der sie ihr Programm formulierten, von der Autonomie keine Rede.

Die Polnische Soz. Partei begann den Terrorismus gegen die Vertreter der russischen Behörden in Polen und die Überfälle auf staatliche Institute. Diese Aktion hätte tausendmal kräftiger sein müssen, wenn sie die Zurückziehung der russischen Bureaucratie aus dem Königreich und den Verzicht auf 25 Millionen Rubel, die sie in Gestalt von Gehältern bezog, zur Folge haben sollte.

Die Forderung der Autonomie war ein Schmaroger unseres politischen Selbstbewusstseins. Vorher wurde Rußland als die Quelle unseres Unglücks angesehen. Die Forderung der Autonomie rief eine Auffassung hervor, die ein Zusammenleben mit Rußland für möglich hielt und darin ein für uns unter gewissen Bedingungen günstiges Los, das uns die Freiheit der nationalen Entwicklung und wirtschaftliche Vorteile bringen kann, erblickte. Das Programm der Autonomie war der Wunsch, Rußland auszunutzen. „Wir werden auf diese Weise die Russen in geschickter Weise ausnutzen“... Nicht wir werden ihnen, sondern sie uns zur Speise werden. Das Programm der Autonomie war ein Schmaroger der polnischen Staatsidee, war die Verzichtleistung auf Litauen zu Gunsten Rußlands, auf jenes Hauptstreitobjekt zwischen uns und Rußland.

Die Kraft, mit deren Hilfe man die Autonomie zu erlangen hoffte, die russische Revolution, erschöpfte sich schnell. In der Meinung, daß man sie durch die innere Politik erhalten könnte, wandte sich die Nationaldemokratie dem Panславismus und der antideutschen Propaganda zu. Auf diesen so vorbereiteten Boden fiel das Manifest des Großfürsten.

Es gab aber in Polen eine andere Richtung mit dem Streben nach Selbständigkeit, die ihre Berechnungen auf den zukünftigen Kampf Rußlands mit seinen Antagonisten stützte und deshalb in letzteren ihre natürlichen Bundesgenossen sah. Diese Richtung brachte die polnischen Militärorganisationen für den zu künftigen Kampf mit Rußland und zu Beginn des Krieges die Legion hervor.

Der Aufruf des Großfürsten hatte die Paralyse dieser polnischen militärischen Bewegung, die Erweckung der Gleichgültigkeit und des Unwillens gegen die Legionen zum Zwecke, damit sich die Letzteren nicht zu einem bezüglich des Umfanges bedeutenden bewaffneten polnischen Faktor auswachsen. Dieses Ziel war zunächst erreicht worden, aber heute entsteht von neuem für die Koalitionsmächte das Geistes der Wiedererweckung einer bewaffneten polnischen Macht bei der Proklamierung des polnischen Staates.

Die öffentliche Meinung der westlichen Staaten fing nach der Gedächtnisfeier des 3. Mai an, sich mit dieser Sache zu beschäftigen. Vorher hoffte man, daß in dem okkupierten Polen zwischen den deutschen Behörden und der Bevölkerung schwere Konflikte mit antideutschen Erzessen entstehen werden, die ein Zusammengehen der Deutschen und Polen unmöglich machen werden. Die Gedächtnisfeier des 3. Mai war ein Beweis des gegenseitigen Vertrauens zwischen der Bevölkerung und den Okkupanten. Die Pariser „Action“ vom 7. Mai bemerkte, daß es zur Formierung einer polnischen Waffennacht kommen könne, die an der Seite der Verbündeten kämpfen werde. Am 7. Mai schrieb die „Gazette de Lausanne: „Die Meinung der Polen ist hinreichend bekannt. Zwar hält es die französische Zensur für angebracht, die Artikel, die diese Meinung zum Ausdruck bringen, durch weiße Stellen zu ersetzen. Man kann jedoch nicht sagen, daß die Zensur nach dieser Richtung hin richtig inspiriert ist; denn die Vogel-Strauß-Politik galt noch niemals als besonders klug. Wir wissen jedoch, daß das polnische Volk eine Macht darstellt. Die Deutschen können von Tag zu

Tag die Selbständigkeit Polens proklamieren und Polen ihr Bündnis aufnötigen. Wir setzen uns der Gefahr aus, unangenehme Dinge zu erblicken, über die die Diplomaten der Koalition bittere Tränen vergießen werden.“

Die französische Zeitung rät also Rußland, die Autonomie zu proklamieren. Die Unabhängigkeit Polens kann durch Rußlands Antagonisten, also die Mittelmächte, verwirklicht werden. Die Autonomie Polens durch Rußland mußte durch die Koalitionsmächte bewirkt werden. Für diese und für Rußland ist die Autonomie ein Vorbeugungsmittel, um zu verhindern, daß das polnische Volk während des gegenwärtigen Krieges zu einem strategischen, Rußland feindlichen und der Koalition unerwünschten und gefährlichen Faktor werde.

Unter dem Einfluß der Forderungen der Koalition begann Rußland, das sich schon mit dem Verluste der polnischen Gebiete abgefunden hatte, die Offensive, unter dem Einfluß der Koalition begann es die neuen Autonomie-Vorpiegelungen, indem es sich des Wielopolski bediente. Wl. Studnicki.

Aus Nr. 375 des Goniec Wieczorny (Warschau)
vom 28. Juli 1916.

Der Klub der Anhänger eines polnischen Staatswesens.

Die Eröffnungsversammlung des neuen politischen Klubs wurde eingeleitet durch den Redakteur Siegmund Makowiecki mit einer Charakteristik der Ziele und Aufgaben dieser Organisation.

Ihre Hauptaufgabe ist die Arbeit an der Wiedererrichtung des polnischen Staates, der sich auf das Bündnis mit den Zentralmächten stützt.

Der politische Verstand und die Liebe zur Vergangenheit weisen darauf hin, daß ein solches Bündnis eine geschichtliche Notwendigkeit ist, daß es ein Faktor ist, der uns den Wiederaufbau des Staates beschleunigt und einen Panzerwall für den Fall eines neuen Krieges mit Rußland in der Zukunft darstellt.

Es ist leichter, die Flamme der Unzufriedenheit zu schüren, als den Faden der politischen Freundschaft und des Bündnisses zu knüpfen. Wenn jedoch unsere Interessen das letztere erfordern, dann werden nach Ansicht des Redners nur furchtsame und gleichgültige Elemente zögern, sich auf die Plattform eines unabhängigen Polens im Bündnis mit den gegen Rußland kämpfenden Staaten, als Gleicher unter Gleichen, zu stellen.

Unsere Beziehungen zu den Mittelstaaten reißen unsern Gegnern den Trumpf aus der Hand, daß wir Russophilen seien, weshalb man den polnischen Staat nicht wieder aufbauen könnte, da sich dies gegen die Mittelmächte richten würde.

Je mehr Gruppen diese Beziehungen aufnehmen, ein desto größeres moralisches Recht werden wir haben, günstige Bedingungen für den Wiederaufbau des Staates beim Bündnis-schluß zu verlangen. Zugleich werden wir während des Krieges selbst die Abschaffung von Vorschriften erlangen können, die für den Krieg nicht durchaus notwendig sind, unsere soziale und wirtschaftliche Entwicklung aber hemmen.

Je größer der Zusammenhang und die Kraft in den „Filiale“ unseres Klubs sein wird, um so mehr wird man mit den Aspirationen des polnischen Volkes rechnen.

Der Klub ist eine parteilose, allgemein nationale Institution, der alle angehören können, die sich zur gemeinsamen Parole eines polnischen Staatswesens bekennen.

Nach dieser Eröffnung wurde Herr L. Kobylecki zum Vorsitzenden, die Herren Neyman und Rzymowski

zu Besitzern und Herr Michael Römer zum Schriftführer gewählt.

Man erteilte das Wort Herrn T. Gruzewski:

Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß eine günstige Lösung der polnischen Frage mit dem Siege der Mittelstaaten verknüpft ist. Erst mit der Einnahme von Warschau und der Vertreibung der Russen trat die Sache in den Gesichtskreis Europas. Für Rußland gab es keine polnische Angelegenheit; es gab nur den Wunsch, den Rest der polnischen Gebiete zu nehmen. In diesem Sinne erließ man den berühmten Aufruf des Großfürsten. Die Russen hatten nach der Besitzergreifung Galiziens fast ein ganzes Jahr Zeit zur Verwirklichung ihres Programms. Was haben sie in dieser Zeit getan? Sie teilten Galizien in 4 russische und 2 polnische Gouvernements (Tarnow und Krakau). In den letzteren sollten die niederen Stellen der Gehilfen des Chefs eines Kreises mit Polen besetzt werden. Anfang April 1915 wurde die Selbstverwaltung der Städte nach dem Muster der russischen Selbstverwaltung bekannt gegeben. Alles dies war ein Beweis dafür, daß von einer Autonomie, ja nicht einmal von umfangreicheren Reformen die Rede war. Es handelte sich nur um die „Vereinigung der polnischen Gebiete unter dem Szepter des russischen Zaren“ und die Schaffung neuer Gouvernements daraus.

Erst die Mittelstaaten haben durch Eroberung des größten Teils des polnisch-russischen Gebiets die polnische Frage wieder aufgerollt. Sie können sie auch lösen durch Wiederherstellung des polnischen Staates, dessen Existenz in ihrem eigenen Interesse liegt. Dieser Staat würde einen wichtigen Teil eines Verteidigungssystems gegen Rußland bilden. Er wird diktiert durch bedeutungsvolle politisch-strategische Rücksichten.

Die geographischen Bedingungen allein jedoch genügen nicht, es ist die Teilnahme des polnischen Volkes selbst notwendig. Das Volk muß durch sein ganzes Verhalten zeigen, daß der neue Staat eine Sicherung gegen Rußland, und nicht dessen Avantgarde, nicht einmal teilweise, sein wird. Bedeutendere Zweifel nach dieser Richtung hin wären für unsere Sache verderblich, weil sie die Mittelstaaten veranlassen würden, unseren staatlichen Wiederaufbau zu unterlassen, der in dem Verteidigungssystem gegen Rußland unzweifelhaft die beste Lösung darstellt. Es werden dann andere Kombinationen auf die Tagesordnung kommen, die mit dem Ruin unserer Hoffnungen und der Teilung Polens uns bedrohen. Das alles legt unserer heutigen Generation eine große Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes auf.

Wenn wir den großen geschichtlichen Augenblick nicht ungenützt vorübergehen lassen wollen, müssen wir noch während des Krieges den Mittelstaaten die Hand reichen und tätigen Anteil an dem Werk unserer Befreiung und unserer Verteidigung nehmen.

Vollständig trügerisch und falsch wäre der Weg des Suchens einer Stütze jenseits der Mittelstaaten in den Gesamtbeschlüssen „Europas“ oder der „zivilisierten Welt“. Außerhalb der Macht und des Interesses der Mittelstaaten gibt es keine Kraft, die nach dieser Richtung hin wirken würde. Rußland ist ihr entgegengesetzt, und England und Frankreich werden unserer wegen ihr Verhältnis zum Zarenreich nicht verderben.

Die Übereinstimmung unserer Wünsche mit den Staatsinteressen der Mittelmächte bildete für uns die natürliche Grundlage eines engen Bündnisses, dessen Notwendigkeit wir laut propagieren. Wir hören manchmal aus diesem Grunde Vorwürfe, daß wir in die Fußtapfen der Versöhnungsparteiler treten. Das ist eine schmachliche Unwahrheit, oder im besten Falle ein lächerlicher Irrtum. Wir haben seinerzeit die Versöhnungsparteiler bekämpft, deshalb, weil sie aus

opportunistischen Rücksichten, zur Erreichung kleiner und trügerischer Ziele, politische Gedankenlosigkeit und Blindheit verbreiteten, weil sie das nationale Bewußtsein, jenes Anlagekapital einer besseren Zukunft, verschwendeten.

Auf Grund des von uns propagierten Bündnisses verbreitet sich das nationale Bewußtsein und erstarkt, wie nie zuvor. Es hat ein großes reales Ziel vor sich und eine große Aufgabe — den Wiederaufbau des eigenen Staates.

Man darf den geschichtlichen Augenblick und seine umfangreichen Aufgaben nicht mit dem grauen Zeitabschnitt der letzten Jahrzehnte vergleichen, sondern man muß dazu die Analogie im napoleonischen Zeitalter suchen, und man wird dann das eigentliche Maß für das Verständnis der gegenwärtigen Aufgaben und der daraus sich ergebenden Pflichten finden.

Eine längere Ansprache hielt Herr W. Studnicki, indem er auf die Perspektiven und Bedingungen hinwies, die sich für die Sache des Wiederaufbaus des polnischen Staates ergeben. Unsere Allgemeinheit spaltet sich, wie jede andere, in zwei Teile. Die Minderheit — sind Aktivisten, die Mehrheit — wie überall — sind Passivisten. Unter dieser befinden sich „Russophile“, Menschen, die häufig Rußland hassen, jedoch von der traditionellen Furcht vor Rußland beherrscht werden. Die Aktivisten der anderen Völker jedoch haben die Motorkraft eines staatlichen Regimes.

Auch wir müssen eine solche Kraft schaffen. Jedes Volk war im Augenblick seiner Befreiung geistig durch die Sklaverei verdorben; gerettet wurde es aber durch die aktive entschiedene Minderheit, die die staatliche Organisationskraft innehatte.

Wir bilden noch keine Kraft, die in die Wagschale des Krieges fällt. Es gibt ein Territorium, gibt Menschen, jedoch „das Volk ist fort.“

Die polnische Frage ist durch die Siege der Mittelmächte aufgeworfen worden. Je weiter nach Osten die verbündeten Armeen gelangen, ein desto bedeutenderer Teil des Territoriums des ehemaligen Polens ist von dem russischen Joche befreit, eine um so wichtigere Angelegenheit wird die polnische Frage. Umgekehrt, jeder Fortschritt Rußlands verringert die Wichtigkeit der polnischen Frage.

Herr Studnicki wies darauf hin, daß man die polnische Sache nicht auf die westlichen Staaten stützen könne. England stand in allen Momenten, die für unsere Sache entscheidend waren, während des ganzen Jahrhunderts uns entgegen. Der Sieg der Koalition, der Elsaß-Lothringen Frankreich zurückgeben würde, würde diesen Staat in eine noch größere Abhängigkeit von Rußland bringen, würde ein Wettstreiten Frankreichs und Deutschlands um die Gunst Rußlands hervorrufen.

Durch Abtrennung bedeutender Gebiete von Rußland entsteht die Frage der Territorien, die als Staat nur organisiert werden können, gestützt auf das zahlenmäßig und kulturell überwiegende Element auf dem gegebenen Territorium. Alsdann betrachtete Herr Studnicki die verschiedenen Möglichkeiten.

Zum Schluß gab er einen Umriss der zukünftigen Tätigkeit des Klubs. Außer Diskussionsfiguren wird der Klub ein Denkschriften- und ein Pressebureau ins Leben rufen. Hunderte von Denkschriften über die polnische Frage werden in Deutschland geschrieben. Sie erfordern eine Berichtigung und häufig eine gründliche Antwort von polnischer Seite. Diese Denkschriften wird man gedruckt als Manuskript erhalten können, und die Antwort einer Körperschaft hat eine weit größere Bedeutung als die Antworten von einzelnen Individuen. In unseren Angelegenheiten und unserer Sache wird der Klub mit der Initiative her-

vortreten. Von seiner Zusammensetzung, Mitgliederzahl und dem politischen Ansehen der Mitglieder wird sehr viel abhängen.

Der Klub wird Material zur Erforschung des Landes sammeln und Erhebungen anstellen. Zweck der Information des Auslandes über unsere Sache wird der Klub ein Pressebureau ins Leben rufen.

Der folgende Redner war der Rechtsanwalt Szymanski, der an die großen Fehler der polnischen Politiker erinnerte, die Abwege der Nationaldemokraten und der Demagogen charakterisierte. Dr. Kozubowski wies auf die Notwendigkeit der Revision des polnisch-deutschen Verhältnisses hin, das zum gegenseitigen Besten auf die Grundlagen des gegenseitigen Verständnisses und der Aufrichtigkeit sich stützen müsse.

Herr Joseph Wajercug begrüßt die Entstehung eines politischen Sammelpunktes unter der Standarte eines polnischen Staatswesens. Er entsteht aus der Quelle der tiefen Überzeugungen und der klaren Beurteilung der Phase des europäischen Krieges, die unserem Volke die Befreiung bringt. Die Ereignisse der letzten Tage bilden ebenfalls eine Quelle politischer Taten, die durch den Klub zugunsten der lebendigsten nationalen Interessen ausgeführt werden können.

Möge die Eröffnung des Klubs sich als ein Akt der Solidarität mit diesen Taten erweisen. Die gefallenen Helden ehren wir durch Erheben von den Sätzen (es geschieht). Das ist eine militärische Tat. Hier aber, in der Hauptstadt Polens, werden aus freier Wahl hervorgegangene polnische Bürger im Geiste der nationalen Bedürfnisse und Bestrebungen die Angelegenheiten der Stadt verwalten. Sie sollen der mißhandelten Institution die Ehre wiedergeben durch Abschaffung der letzten Spuren der moskowitzischen Knechtschaft; denn sie haben sich auf den neuen Platz unter die gemeinsame Parole der nationalen Selbstständigkeit gestellt. Wenn sie dieser Parole treu bleiben, wird ihre Arbeit von dem Segen des ganzen Volkes begleitet sein. Hier soll sich also die große wirtschaftliche und kulturelle Tat vollziehen.

Diese beiden Taten — die militärische und wirtschaftliche — müssen die Grundlagen der politischen Arbeit bilden. Der politische Klub kann zur dritten Tat werden, zur Synthese der Bestrebungen der beiden vorangegangenen.

Mit einer kurzen kernigen Ansprache trat Herr Karl Hoffmann hervor. Es war dies eine geistvolle Charakteristik des sterbenden Russophilitums.

Aus Nr. 215 der Gazeta Poranna (Warschau)
von 5. August 1916.

Herr Alexander Zawadzki hat ein Eintagsblatt „Unabhängigkeit“ herausgegeben, welches gestern Knaben auf den Straßen für 10 Pfg. verkauften. Das „Unabhängigkeit“ überschriebene Blatt wurde unter Nummer 8240, vom 2. August 1916 von der Zensur genehmigt.

In dem einleitenden Aufruf „Der 5. August“ stellt Herr Zawadzki „2 denkwürdige Jahrestage einander gegenüber“: Die Hinrichtung der Mitglieder der Nationalregierung auf der Zitadelle und den Tag an welchem Warschau „mit voller Brust aufatmete“, d. i. den 5. August 1915. In einem Artikel, die überwiegend von Herrn Zawadzki selbst geschrieben sind, wird der Wunsch laut, daß die Mittelmächte den polnischen Staat aufrufen und den Rekruten einberufen möchten.

Wir lesen in dem Eintagsblatt auf Seite 3: „Tätige Elemente verknüpften im Augenblick des Ausbruchs des Krieges sofort unzertrennlich den Sieg der polnischen Sache mit dem Sieg der Mittelmächte und beschlossen, mit bewaffneter polnischer Macht diese Mächte bei der Besiegung Rußlands zu unterstützen.

Da die tätigen Elemente ohne den polnischen Revierkommissar und ohne die Wehrpflicht ein polnisches Heer nicht schaffen konnten, organisierten sie die Legionen.“

Auf Seite 5 lesen wir: „Ich verstehe, daß wir mit einem Stoß gegen Bajonette nicht losziehen werden. Ich weiß, daß zur Schaffung eines polnischen Millionenheeres die Entscheidung der Mittelmächte notwendig ist, welche unsere bewaffnete Mitwirkung an der Besiegung Rußlands ermöglichen würde.“ Einer der Artikel schließt mit den Worten: „Der erwartete Mensch wird sich finden und der Größe der Aufgaben, deren er sich unterziehen wird, gewachsen sein.“

Stehen doch Polen Jahre des Glücks bevor. „Der König wird kommen! — Er wird einen Befehl erlassen und er wird allgemeines Gehör und allgemeine Liebe erhalten.“

Aus Nr. 176 der Iskra (Sosnowice)
vom 26. Juli 1916.

Der äußere Schein.

Das schon heute von der polnischen Gesellschaft ausgeschlossene gewisse Individuum, das durch die lästerlichen antichristlichen Einfälle bekannt war, soll angeblich in den Spalten einer der Warschauer Zeitungen darüber entschieden haben, wem das Recht zustehe, Polen zu vertreten. Nach der prophetischen Ansicht des obenerwähnten Individuums steht vor allem den philanthropischen Institutionen, die sich nota bene heute zu den sogenannten Fürsorgeräten verbunden haben, dieses ausschließliche Recht zu. Die obige Entscheidung hat die höchste Bestätigung eines hiesigen Boulevardblattes erhalten, welches heimlich durch die Leiter der lokalen Fürsorgeräte inspiriert worden war.

Dieses halboffizielle Organ der philanthropischen, von den höchsten bis zu den niedrigsten Schichten ernannten Führer kommt, nachdem es die Bedeutung der Konsolidation der politischen Parteien in Warschau betrachtet hat, zu der unfehlbaren Folgerung, daß „zur Vertretung der ganzen Gesellschaft weit bedeutendere Institutionen berufen sind, die sich nicht nur ausschließlich aus Warschauern zusammensetzen, sondern auch aus bedeutenden Leuten aus allen Gegenden des Königreichs — aus Leuten, die sich nicht auf Grund des Talents der schönen Redekunst in den Vordergrund gedrängt haben, sondern dank ihrer Initiative und schöpferischen Arbeit“. Solche Institutionen sollen die Fürsorgeräte sein.

Der Genauigkeit halber muß erklärt werden, daß sich die dort Zusammengekommenen nicht auf Grund ihrer Begabung und Tüchtigkeit in den Vordergrund gedrängt haben, sondern auf Grund der bureaukratischen Ernennung. Und die schöpferische Tätigkeit und Initiative besteht, wenn man die Verhältnisse in Zagłębie zugrunde legt, in der Verteilung eines Quantums von kondensierter Milch oder alter Kleider und endlich in der Verteilung von Geldern — die aus Posen, Krakau oder Bevey übersandt werden. Wir haben noch in frischer Erinnerung die Bildung eines solchen Rats in Wendzin, wo 8 Personen 5 Mitglieder gewählt haben, und nachher hat dieser sich aus 5 Personen zusammensetzende Rat, wahrscheinlich aus Dankbarkeit, die übrigen 3 in seinen Kreis gebeten. Nachher hat die gesamte Intelligenz von Wendzin an den Hauptfürsorgerat ein Schreiben gerichtet, in dem deutlich die Rede von Mangel an Vertrauens zu den sich selbst ernannt habenden 8 Personen ist. Natürlich ist die Allgemeinheit nichts als ein Unruhestifter. Die Nacht — sind die Vertretung.

Wir haben hier nur eins von den vielen Beispielen angeführt, wie das immer geschieht, um besser die Primitivität des ganzen von anderer Seite ver-

götterten Baues zu illustrieren. Das soll nicht bedeuten, daß wir dieses Arbeitsgebiet der Fürsorgeräte, das ihnen seit Beginn ihrer Tätigkeit vorgeschrieben ist, in Frage stellen wollen. Es scheint jedoch, daß diese Institutionen, wie es der Name selbst sagt, das Ziel verfolgen sollten — die Verbindung zwischen der ganzen Reihe von Wohltätigkeitsgesellschaften und den Abzweigungen, die sich zu Hilfs- und Rettungszwecken abgesondert haben, aufrecht zu erhalten. Und in solchen Grenzen sollten sich die erwähnten Räte halten.

Auf der letzten Versammlung der Fürsorgeräte in Warschau in den ersten Tagen dieses Monats soll angeblich ein Beschluß gefaßt worden sein, auf Grund dessen die gesamte Rettungsaktion auf das ganze System des sozialen Lebens verbreitet werden soll. Wie dieses System verstanden werden soll — gibt der Beschluß nicht an.

Es muß jedoch bezweifelt werden, daß die leitenden Kreise in Warschau ihre Kompetenz soweit erstrecken werden, daß sie Anspruch darauf erheben, die Attribute der nationalen Regierung in ihre Hände zu nehmen. Das wäre Unsinn.

Dessenungeachtet sprechen in Zaglebie dauernd anarchistisch gestimmte Kreise, die in den Fürsorgeräten mitwirken, mit Hilfe der beeinflussten Zeitung, ihre große Unzufriedenheit mit alledem, was in Polen unternommen wird, aus. Nach Ansicht des betreffenden Boulevardblattes müßte sich Herr Dempicki zu einem Irrenarzt begeben; der einzig berechtigte Vertreter für Galizien ist Fürst Witold Czartoryski, Gutsbesitzer in Podolien, der sich der politischen Konsolidation im Koto Polski und im Obersten Nationalkomitee entgegengestellt hat; kürzlich haben wir erfahren, daß der Fürstbischoff Sapieha durch dasselbe neben dem Fürsten Czartoryski mit dem Vertretungsrecht des österreichischen Gebietes usw. versehen wurde.

Der naive Versuch, in die öffentliche Meinung von Zaglebia die Auffassung einzuschmuggeln, daß nur die Fürsorgeräte das Recht haben, im Namen und als Vertreter Polens zu sprechen, ist eine lächerliche Donquichotterie, denn diese Räte können sich mit politischen Fragen nicht beschäftigen. Wir werden alle demagogischen Versuche von dieser Seite als eine ungesunde anarchistische soziale Erscheinung bekämpfen.

W. Klim

Aus Nr. 172 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 31. Juli 1916.

Der Entwurf eines Haushaltsplans des polnischen Staates.

Der Entwurf eines Haushaltsplans bildet bei dem ungeheuren Umfange der Aufgaben eines modernen Staates wegens eine ständige Sorge aller staatlichen Finanzverwaltungen. Der Entwurf eines solchen Haushaltsplans zur Zeit des gegenwärtigen Weltkrieges für Polen ist umso schwieriger, als es noch nicht bekannt ist, welche Grenzen und welchen Umfang die Einrichtungen des wiederaufgerichteten polnischen Staates haben werden. Ohne deshalb den zukünftigen Einrichtungen des polnischen Staates, der Dank des siegreichen Krieges der Zentralmächte wiedererrichtet werden wird, und seinen Grenzen vorzugreifen, werden wir uns auf Grundlage der Anteile Polens an den Einkünften der Teilungsmächte bemühen, den Entwurf eines Haushaltsplans des polnischen Staates aufzustellen. Gewisse Voraussetzungen müssen wir natürlich als gegeben annehmen, da man einen Staatshaushaltsplan nur für ein bestimmt abgegrenztes Territorium aufstellen kann.

Wir nehmen also an, daß die westliche und nordwestliche Grenze von Kongreßpolen keine Änderung erfahren wird, daß sie im Süden bis an die Karpathen vorgeschoben, und daß sie im Westen und Nordwesten entlang der gegenwärtigen Ostgrenze der Gouvernements Grodno und Wilna verlaufen wird. In diesem Gebiete überschreitet die Bevölkerungszahl 24 000 000. Diesem Gebiete passen wir den Haushaltsplan an, der entsprechend den wirklich festgelegten Grenzen eines unabhängigen Polens einer Vergrößerung oder Verminderung unterworfen werden muß.

Die Einnahmen setzen wir aus den Summen zusammen, wie sie als Anteil Polens bei den gewöhnlichen Einnahmen der Teilungsmächte auftreten, und zwar:

Kongreßpolen	296 000 000 Rubel
Galizien 505 086 187 Kronen =	199 500 000 "
Gouvernements Grodno und Wilna	71 400 000 "
Zusammen...	566 900 000 Rubel

In der folgenden Zusammenstellung hingegen bringen wir die

Ausgaben:

Nr.	Besondere Bezeichnung	Summe in Rubeln	Verhältnis %	Kopfen pro Kopf
1	Zivilliste	3 600 000	0,63	15
2	Höchstes Verwaltungstribunal, Oberrechnungskammer	300 000	0,05	1
3	Volkvertretung	1 400 000	0,25	6
4	Ministerium des Auswärtigen	1 600 000	0,28	7
5	" des Innern	20 400 000	3,60	85
6	" " " Geistlichkeit	9 000 000	1,59	38
7	" der Posten, Telegraphen usw.	24 000 000	4,23	100
8	" des Krieges	120 000 000	21,17	500
9	" des Unterrichts	48 000 000	8,47	200
10	" der Finanzen	76 800 000	13,54	320
11	" der Eisenbahnen usw.	139 200 000	24,55	580
12	" des Handels, Verkehrs usw.	18 000 000	3,18	75
13	" der Justiz	27 000 000	4,77	113
14	" des Ackerbaus	19 200 000	3,39	80
14	Staatsschuldendienst usw.	58 400 000	10,30	242
Zusammen...		566 900 000	100	23,62 Rubel

Diesen Voranschlag werden wir speziell erläutern. Eine Zivilliste enthält das russische Budget nicht. Der Kaiser erhält aus dem Staatsschatz gar nichts, und die Ausgaben des Ministeriums des Kaiserlichen Hauses sind zur Erhaltung der kaiserlichen Familie, der Gebäude, des Hausministers, der Beamten und der Ministerialdienerschaft, wie auch der Museen bestimmt. Wir schlagen daher eine Durchschnittsziffer zwischen der österreichischen und der belgischen Zivilliste vor, entsprechend der Zahl der Bewohner. Für das höchste Verwaltungstribunal und die Oberrechnungskammer sehen wir ungefähr dieselbe Summe vor, wie sie im österreichischen Budget vorkommt. Diese Institute werden auf Grund der Verfassung geschaffen werden. Die Ausgabe für die Volksvertretung entspricht der Ausgabe des österreichischen Budgets unter Berücksichtigung der geringeren Bevölkerungszahl. Die Kosten der Erhaltung des Ministeriums des Auswärtigen sind in der Höhe der entsprechenden Ausgaben Belgiens angenommen. Für das Ministerium des Innern nehmen wir eine Summe an, die der Summe im österreichischen Haushaltsplan entspricht, also 85 Kop. pro Kopf. Bei dem selben Ministerium geben wir besonders die Ausgabe für die Erhaltung der Geistlichkeit nach österreichischem Muster an. Die Ausgaben für die Post, Telegraphen usw., die in unserem Entwurf doppelt soviel pro Kopf betragen als in Rußland, sind gering im Vergleich zu den entsprechenden Ausgaben in den westlichen Staaten. Mit der Verbesserung der Verkehrswege wird sich die Einnahme aus diesen Quellen vergrößern und eine Vermehrung der Ausgaben ermöglichen.

Die Ausgaben für Erhaltung des Heeres haben wir nach dem Muster der Mittelstaaten angenommen, also 5 Rub. pro Kopf. Der russische Haushaltsplan nahm 1913 3 Rub. 35 Kop. für das Heer, 1 Rub. 40 Kop. für die Flotte an, zusammen also für die bewaffnete Macht 4 Rub. 75 Kop. pro Kopf. Für das Unterrichtsministerium sehen wir 2 Rubel pro Kopf vor, also mehr als das doppelte der in Rußland ausgeworfenen Summe. Diese Summe ist entschieden zu klein. Aber bei dem Mangel an pädagogischen Kräften in den ersten Jahren wird sie ausreichen. Die Ausgaben für die Verwaltung des Finanzministeriums mußten wir mit Rücksicht darauf, daß in Galizien und Rußland die aus den Monopolen stammenden Summen figurieren, um die entsprechenden Summen vergrößern. Für die Eisenbahnen haben wir 70 % der Einnahmen angenommen, ohne Berücksichtigung der Ausgaben für Amortisation, Verzinsung usw. Für die öffentlichen Arbeiten setzen wir von der Gesamtsumme des Verkehrsministeriums 36 000 000 Rubel an usw.

Unser Projekt enthält nicht und kann nicht enthalten die Spezialisierung der Ausgaben jeder Rubrik. Er ist nur ein Versuch zu zeigen, wie man die Einnahmen Polens für Staatszwecke verwenden könnte. Natürlich werden infolge des Krieges die zukünftigen Bedürfnisse des Staates weit größere Summen erfordern. Die Aufgabe der zukünftigen Vertretung des selbstständigen Polen wird eine Verbesserung des Finanzsystems und die Vermehrung der Staatseinnahmen zum Zwecke der Befriedigung der Bedürfnisse eines modernen Staates sein; denn ein solcher wird das wiedererrichtete Polen sein, das sich auf den Westen, nicht auf den Osten stützt.

Warschau, im Juli 1916. Joseph Kernbaum.

Aus Nr. 371 des Goniec (Warschau)

vom 26. Juli 1916.

Ein großes Nationaldenkmal!

Im „Goniec“ vom 9. Juli d. J. stellt der Ingenieur T. Markiewicz ein Projekt auf, die Helden des

Jahres 1831 durch Errichtung eines Gedächtnishügels zu ehren. Zweifellos verdient dieses Projekt, das aus einem heißen bürgerlichen patriotischen Gefühl entsprungen ist und das auch weniger erregbare Gemüter entzünden kann, von allen Seiten die regste Aufmerksamkeit und die lebhafteste Unterstützung, aber davon abgesehen ist die weitgehendste Betrachtung aller Seiten des Projekts nicht minder wichtig. Ich erlaube mir einige bescheidene Bemerkungen anzufügen, die sich mir beim Lesen des betreffenden Projekts aufgedrängt haben.

Ein Hügel als nationales Denkmal ist vielleicht eine der besten Denkmalsformen,

- a) denn die Macht der Morgenröte unserer Zivilisation ist die weitere Entwicklung der Grabhügel;
- b) beim Aufschütten des Hügels können aktiven, und nicht wie bei anderen Denkmalsarten passiven Anteil die weitesten Volksmassen nehmen von den höchsten bis zu den niedrigsten Schichten, und nicht nur aus nahegelegenen Ortschaften, sondern auch aus den entferntesten Winkeln unseres Vaterlandes und der Fremde, und daraus geht hervor;
- c) die große populäre Bedeutung und die Erhebung des nationalen Geistes durch diese Art von Denkmal;
- d) der Bau des Hügels kann lange Jahre dauern, so manche Generation kann an demselben teilnehmen;
- e) er ist das größte nationale Denkmal;
- f) er ist die dauerhafteste und prächtigste Form eines solchen Denkmals, und ferner kann jedes nationale Fest und jeder Jahrestag auf die vielleicht entsprechendste Art gefeiert werden durch die segensreiche Arbeit an seinem Bau.

Das sind also die allgemeinen Vorzüge, für die ich wohl aufs eifrigste den Grundgedanken des Herrn T. M. unterstützen möchte, d. h. den Bau eines Hügels als Nationaldenkmal.

Wie aus dem obigen, so geht auch aus dem Artikel des Herrn T. M. hervor, daß der Hügel als nationales Denkmal recht hoch errichtet werden müßte, aus den entferntesten Gefilden unseres Landes dem Blicke erreichbar. Er müßte demnach im größeren Maßstab errichtet sein. Mit einem Wort, es muß ein monumentales Denkmal sein.

Sicherlich müßten wir, indem wir von allgemeinen Gesichtspunkten ausgehen, durch einen solchen Hügel die Helden des Jahres 1831 ehren (aber nur auf den Feldern von Grochow oder auf Wola und nicht hier und da, wie Herr T. M. will), doch andererseits müßten wir im Namen der historischen Gerechtigkeit in derselben Weise die Helden von Wars. im Aufstande unter Kosciuszko, und der von 1863 gedenken, ferner all derer, die bis zum letzten Augenblick ihres Lebens dieses für die Unabhängigkeit des Vaterlandes hingaben. Und wer weiß, ob unser Eifer und unsere Energie ausreichen würde, um allen diesen Kämpfern die gebührende Ehre zu erweisen. Und könnte die Wiederholung dieser Art des Denkmals dieses nicht entheiligen? Zerstreuen wir demnach unsere Kräfte und unseren Willen nicht allzusehr nach verschiedenen Richtungen hin, sammeln wie sie zu einem Ziele, und einen um so größeren und bedeutenderen Erfolg werden wir erreichen. Wäre es nicht besser, die Orte aller Schlachten und überhaupt alle historischen Orte durch Aufstellung von einfachen Kreuzen oder Kapellen, schließlich auch Denkmäler zu verewigen und dies der Initiative der ansässigen Bürger überlassen, wie das z. B. während der Feierlichkeiten in Grochow der Fall war. Wäre es demnach nicht besser, den Gedanken des Herrn T. M. zu verbreiten und zu verallgemeinern und einen Hügel aufzuschütten, einen monumentalen

und mächtigen Hügel, der in gemeinsamer Huldigung alle Söhne des Vaterlandes, die im Kampfe um die Unabhängigkeit gefallen sind, ehren wird, da die Liebe für dieselbe und die grenzenlose Aufopferung für sie bei allen gleich war. Mögen in unserem Gedächtnis die unerschrockenen Ritter Marias und die Bauern Kosciuszko's Platz finden, und die in der Fremde für Polen kämpfenden Soldaten Dombrowskis, die Aufständischen der Jahre 1831/63 und endlich diejenigen, die auch jetzt in den Kämpfen für die Unabhängigkeit fallen. Und gedenken wir derer, denen es nicht vergönnt war, mit dem Schwerte in der Hand zu fallen, die vielmehr unter furchtbaren Qualen in den unterirdischen Löchern der Zitadellen und in der fernen Einöde Sibiriens, immer mit der Hoffnung, immer mit dem Namen Polens auf den Lippen starben.

Mögen bei der aufgehenden Morgenröte eines neuen Daseins von überall, wo nur ein polnisches Herz schlägt und wo sich ein polnischer Gedanke verbirgt, die Scharen herbeieilen, um den besten Söhnen Polens ein Denkmal zu erbauen und dieser heiligsten Idee, für die diese das Leben geopfert haben, huldigen. Und ein zweites Denkmal von unschätzbarem Werte wird in unseren Herzen entstehen durch die Verbrüderung aller Stände und die Vereinigung aller polnischen Gebiete zu einer fruchtbaren Arbeit für die große Idee.

Wir dürfen uns jedoch nicht der Hoffnung hingeben, daß die Aufschüttung des Hügel, wie Herr T. M. meint, keine bedeutenden Kosten nach sich ziehen wird. Selbst bei der zahlreichsten Mitarbeit der Nation beim Bau werden die Kosten zweifellos sehr erheblich sein und größer vielleicht als bei Aufstellung eines prachtvollen Denkmals. Selbst angenommen, daß der Platz nichts kosten wird, ist dennoch die Einrichtung des Parkes und der Blumenbeete um den Hügel herum, die ständige bezahlte Obhut über den Arbeiten, weiter in den späteren Jahren besonders die ganze Reihe von sachkundigen Arbeitern bei der Befestigung des Hügel, bei dem Bau der Umgebung, der Wege usw. — das sind alles unumgängliche Kosten, die im Laufe der Jahre zu bedeutenden Summen anwachsen können, und das muß in Betracht gezogen werden.

Was jedoch den Platz für den von mir projektierten Hügel anbetrifft, so überlasse ich diese Frage noch der Entscheidung. Ich nehme jedoch an, daß sich der Ort der einstigen Zitadelle am meisten dazu eignen würde, dieses Golgatha der polnischen Seelen, von wo aus eine Reihe von Kanonen jederzeit auf ein Zeichen des Faren bereit war, jeden freieren Atemzug des nationalen Organismus, jede lebhaftere Bewegung zur Sprengung der Fesseln der Gefangenschaft, zu ersticken. Es ist dies nebenbei ein bedeutend höher gelegener Punkt als die Felder von Grochow, demnach würde ein dort aufgeschütteter Hügel sich um so höher erheben und die entferntesten Gegenden auf das „Herz Polens — Warschau“ hinweisen; in der Umrahmung der projektierten Gartenanlagen würde er nebenbei einen ästhetischen Rahmen für die Hauptstadt Polens bilden.

Der Ausarbeitung der näheren Einzelheiten über den Bau des Hügel werden sich am besten die dazu berufenen Faktoren, nämlich Architekten, Ingenieure und Gärtner widmen. Vielleicht wäre es sonst noch zweckmäßig, mit dem Hügel die Errichtung eines Erinnerungsmuseums zu verbinden, und, wenn das von architektonischem Standpunkt aus möglich wäre, die Spitze des Hügel mit dem Denkmal der Unabhängigkeit zu krönen.

Aus Nr. 15 des Kupiec (Posen)

vom 1. August 1916.

Handel und Gewerbe im Königreich Polen.

(Nach dem Bericht des Vereins polnischer Kaufleute in Warschau.)

Der Papierhandel.

Das Jahr 1915 erwies sich als weniger günstig hinsichtlich des Erfolges der unternommenen Arbeiten als das Jahr 1914. Im Jahre 1914 wurde durch die Kaufleute der Papierbranche ein Preisverzeichnis aufgestellt, das nicht versandt werden konnte, da die Preise bedeutende Änderungen erfuhren und nach dem Kriege zweifellos auf der gegenwärtigen Höhe stehen bleiben werden.

Die Fortdauer des Krieges, sowie das fast vollständige Ersterben der örtlichen Industrie bei gleichzeitiger Absperrung des Papierhandels von unserem Hauptlieferanten (d. h. Deutschland vor der Okkupation), hat bei der unbedeutenden Entwicklung unseres Großhandels eine zunehmende Teuerung zur Folge gehabt, der man unmöglich beikommen konnte.

Die im Königreich wütende Kriegsfurie entfernte sich, nachdem sie unseren Handel aus dem Gleichgewicht gebracht hatte, in den ersten Monaten 1915 von den Grenzen Warschaws. Der Mangel an Waren wurde jedoch immer größer und man mußte auf dem Wege über Schweden in England, Frankreich, Schweiz und Schweden, ja sogar in Japan Waren bestellen und Anzahlungen darauf leisten. Ehe jedoch die bestellten und bezahlten Waren eingingen, wurde das Königreich von der Verbindung mit jenen Staaten auf unbestimmte Zeit abgeschnitten.

Nach der Besetzung des Landes durch die deutschen Heere wurde die Lage des Papierhandels noch schlimmer; die Umsätze sanken bis zu 20%. Diese Sachlage dauert noch heute an.

Ein solcher Rückgang des Umsatzes war die Folge der von der zurückgehenden russischen Armee angeordneten Requisition gewisser Waren, der Zerstörung der wichtigsten Metallfabriken und der Abreise des im Staatsdienste befindlichen Teiles der Bevölkerung, anderseits auch das Verbot des telephonischen Verkehrs gleich zu Anfang durch die deutschen Behörden, die Requisition verschiedenartiger Rohmaterialien, was die Außerbetriebsetzung noch einiger Fabriken zur Folge hatte und sich auch für den Papierhandel unangenehm bemerkbar machte.

Der Vollständigkeit wegen wäre noch zu bemerken, daß, während die russischen Behörden ihren Bedarf in Warschau und dem Königreich deckten, die deutschen Militärbehörden ihren Bedarf aus Berlin kommen lassen, eigene Papierläden besitzen und infolgedessen bei den Kaufleuten im Königreich nur minimale Einkäufe machen.

Die Papierpreise sind infolge der Erschöpfung der Vorräte sowohl in Polen als auch in Deutschland um 100% gestiegen.

Das Expeditionsgewerbe.

So wie die anderen Zweige ihre Tätigkeit nicht entwickeln konnten, hat auch das Expeditionsgeschäft durch den Krieg gelitten. Infolge der Stilllegung der Fabriken, des Mangels an Rohmaterialien und Kohle, der Fortführung der Maschinen durch die russischen Behörden, ferner infolge des Aufhörens des Großhandels nach Erschöpfung der Vorräte, der Unterbrechung der Eisenbahnverbindungen infolge der Zerstörung der Eisenbahnen und deren ausschließlicher Inanspruchnahme durch das Militär — erstarb mit dem Eisenbahnverkehr das innig mit ihm verbundene Expeditionsgewerbe. Es gab zwar vorübergehend eine Belebung

als man den Mangel an Bahnverbindungen durch die Zugkraft der Pferde zu ersetzen suchte. Das war jedoch nur vorübergehend und vollzog sich bei der Zerstörung der Wege und Brücken, den dauernden Militärtransporten und den zu erledigenden Formalitäten unter den größten Schwierigkeiten.

Infolge der Requisition der Pferde für den Bedarf der Armee hat das Expeditionsgewerbe seine besten Arbeitskräfte verloren. Es blieben nur schwache Pferde übrig. Die Requisitionen waren außerordentlich forciert, wobei man die Pferde unter Wert bezahlte, was für die Unternehmer große Verluste zur Folge hatte. Für die letzte russische Requisition im Juli 1915, die sich nicht nur auf Pferde, sondern auch auf Geschirre und Wagen bezog, haben die Eigentümer überhaupt kein Geld erhalten.

Am empfindlichsten machte sich für die Fuhrwerksunternehmer die Verpflichtung geltend, auf jedermalige Forderung der Militärbehörden Pferde zu stellen. Die Bedürfnisse der russischen Armee waren nach dieser Richtung hin bei dem ununterbrochenen Durchmarsch der Truppen und der wiederholten Räumung Warschaws ungeheuer. Zugleich stiegen die Futterpreise zu unerhörter Höhe. Stroh wurde um 300%, Heu um 400% teurer, und der Hafer mußte wegen vollständigen Aufbrauchs der Vorräte durch Kartoffeln ersetzt werden.

Obige Gründe haben des Expeditionsgewerbe zu vollständigem Verfall gebracht. Die Besitzer von solchen Unternehmungen waren gezwungen, ihre Betriebe bis zu einem Minimum zu reduzieren und alle möglichen Ersparnisse durchzuführen, um diese große wirtschaftliche Krisis zu überwinden.

(Schluß folgt.)

Aus Nr. 386 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 3. August 1916.

Der polnische Klub an den Gemeinderat in Warschau.

Wien, den 3. August.

Der Obmann des polnischen Klubs, Dr. von Bilinski richtete an das Präsidium des Gemeinderats der Stadt Warschau im Namen des polnischen Klubs folgendes Telegramm:

Der nach Konstituierung des Gemeinderats der Stadt Warschau zum ersten Male versammelte polnische Klub begrüßt die neue Selbstverwaltung der polnischen Hauptstadt aus ganzem Herzen.

Stolz auf die Einmütigkeit und Klugheit, mit welcher Warschau die nationale Konsolidation vollzogen hat, wodurch es den Landsleuten ein nachahmenswertes Beispiel gab und Bewunderung und Anerkennung bei den Fremden hervorrief, eingedenk der geistigen und geschichtlichen Einheit, die uns alle verknüpft, senden wir zu Gott Gebete empor, daß die in Warschau begonnene Wiedergeburt die polnische Nation umfassen möge.

gez. von Bilinski,
Obmann des polnischen Klubs.

Betrifft die polnische Frage im Ausland.

Aus Nr. 392 des Czas (Krakau)
vom 5. August 1916.

Vor wichtigen Entscheidungen.

Wien, den 4. August.

Sowohl in politischer, als auch in militärischer Richtung erwartet man hier wichtige Ereignisse. In politischer Beziehung handelt es sich um die endgültige Regelung des Verhältnisses zwischen Österreich und Ungarn, das ist um den Ausgleich, ferner um die

Regelung des Verhältnisses zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reiche; schließlich um die Regelung der polnischen Frage. Alle diese drei Angelegenheiten stehen untereinander in einem Zusammenhang. Die Vorbereitungen zum ungarischen Ausgleich dauern schon sehr lange; in zahlreichen Ministeralkonferenzen wurde das ganze Material erörtert, in Konferenzen zwischen Fachleuten wurden alle Einzelheiten besprochen und, wie allgemein behauptet wird, schon festgelegt. Ebenso fanden zahlreiche Konferenzen zwischen Wien und Budapest einerseits und Berlin andererseits statt. Es ist auch bekannt, daß sich in letzter Zeit an den Beratungen auch die ungarische Opposition beteiligt; eben in den nächsten Tagen wird eine Audienz des Grafen Apponyi und des Herrn Rakowsky beim Kaiser angekündigt. Insbesondere unterstreichen die Zeitungen das gute Verhältnis zwischen Budapest und Berlin.

Was die polnische Frage anbetrifft, war wichtiger, als es schien, ein einleitender Schritt, nämlich die Anerkennung der Untertanen des Königreichs Polens seitens der Monarchie. Auf Grund von Gerüchten kündete der „Dziennik Narodowy“ weitere Schritte an, und die hiesige „Zeit“ und „Arbeiterzeitung“ druckten den Artikel ganz ab. Dies hätten auch andere Zeitungen getan, aber die Redaktionen versuchten aus Furcht vor der Zensur den Nachdruck gar nicht. Die Genehmigung des Nachdrucks hält man hier für eine bezeichnende Tatsache. (Siehe den „Warschau in der Erwartung“ überschriebenen Artikel in vorliegender Nummer des Gesamtüberblicks).

Die lebhaften Vorbereitungen in allen politischen Richtungen sind ebenfalls ein Beweis der Gewißheit des Sieges bei den Mittelmächten. Weder die Berliner, noch die Wiener Diplomatie sündigen durch Eigenliebe, im Gegenteil, sie haben in ihrer Überlieferung Rückertigkeit und Vorsicht. Noch niemand hat aus dem Munde eines österreichischen oder ungarischen Diplomaten solche Äußerungen gehört, wie z. B. aus dem Munde der englischen und italienischen Minister. Zumitten der glänzendsten Siege kündigten die Mittelmächte weder eine Ausrottung Englands, noch eine Teilung Frankreichs oder Italiens an. Daher kann man auch heute, wo beide Mächte in dem noch tobenden Kriege die Regelung der polnischen Frage ankündigen, glauben, daß diese Angelegenheit in der Tat souverän in ihrer Hand liegt. Dieser Gewißheit folgt folgerichtig die zweite: die ganze große feindliche Offensive auf dieser und jener Front ist eine vorübergehende, wenn nicht die letzte Episode. Natürlich kann sich in einem so wütenden Kriege noch manches ereignen, ob man aber heute oder morgen hier und dort die Front um einige Kilometer wird zurücknehmen oder die eine oder andere Stadt räumen müssen, wird dies auf das endgültige Ergebnis nicht einwirken, wie viele andere vorhergehende Episoden nicht darauf eingewirkt haben. Für uns ist es wichtig, daß die Diplomatie der Mittelmächte ohne die Gewißheit des Sieges die Regelung der nahen politischen Zukunft nicht in Angriff nehmen würde.

Aus Nr. 175 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 4. August 1916.

Stand der Verhandlungen in der polnischen Frage.

(Von unserem Berichterstatter.)

Wien, den 30. Juli.

Wie schon aus Depeschen bekannt ist, hat am Freitag, den 28. d. M., die politische Kommission des polnischen Klubs beraten. Die Beratungen gelten als vertraulich. Die von manchen Zeitungen in Umlauf gesetzten Gerüchte, daß sich der Obmann des Klubs, Dr. v. Bilinski, zum Kaiser zu einer Audienz begeben werde

oder eine Deputation des polnischen Klubs eine Konferenz mit der gemeinsamen Regierung in der polnischen Frage abgehalten haben soll, treffen nicht zu und sind mindestens verfrüht.

Die Verhandlungen in der polnischen Frage zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland haben zwar in den letzten Wochen ein lebhafteres Tempo angenommen, sie sind jedoch noch nicht in dem Stadium, welches irgendwelche öffentlichen Bekanntmachungen zulassen würde. In gut unterrichteten polnischen Kreisen versichert man, daß die Leitung der polnischen Vertretung mit den maßgebenden Faktoren in ständiger Fühlung verbleibe.

Es besteht alle Hoffnung, daß die polnische Frage im Sinne der polnischen Wünsche werde gelöst werden. Alles weist darauf hin, daß die polnische Frage in das entscheidende Stadium eingetreten und daß ihre Lösung die Frage einer nicht fernen Zukunft ist.

Aus Nr. 386 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 3. August 1916.

In einer am 29. Juli 1916 abgehaltenen Sitzung des polnischen Klubs in Wien erklärte nach Schließung der Sitzung Obmann v. Bilinski, daß er in der zweiten Hälfte des September dieses Jahres eine Sitzung des Obersten Nationalkomitees einberufen und daß dann in Krakau auch eine Sitzung des polnischen Klubs stattfinden werde.

Aus Nr. 373 des Glos Narodu (Krakau)

vom 5. August 1916.

Getäuschte Hoffnungen.

Unter dieser Überschrift entfernt die Zeitschrift „Piaſt“ den Schleier von den Beratungen der politischen Kommission des Polnischen Klubs und des Klubs selbst. — Sie stellt eingangs fest, daß die Volksgesamtheit „angesichts des niederdrückenden Eindrucks der Beratungen der letzten Sitzung des Landtagsklubs am 29. April in Krakau erwartet habe, daß die politische Kommission und der ganze Klub einen entschlossenen Standpunkt einnehmen werde, welcher dem Ernst der Zeit und dem Stand der polnischen Frage überhaupt entspricht. Leider, sind die Hoffnungen getäuscht worden.“

Und weiter schreibt das Blatt:

Es ist allgemein bekannt, daß die polnische Frage auf die Tagesordnung diplomatischer und politischer Verhandlungen bei beiden kriegführenden Seiten gelangt ist. Der Standpunkt des Wiener Polnischen Klubs zur Lösung der polnischen Frage deckt sich im allgemeinen, wie wir schon wiederholt hervorgehoben haben, mit dem staatlichen und dynastischen Interesse der österreich-ungarischen Monarchie. Die polnische Volksgesamtheit in unserem Lande wartete also und hoffte, daß die politische Kommission des Polnischen Klubs einen Mut fassen werde, der offenbar den politischen Leitern am 29. April gefehlt hat, den Mut, daß sie eine Erörterung des gegenwärtigen Standes der polnischen Frage durchführen und entsprechende Beschlüsse betreffs des weiteren Vorgehens fassen werde. Leider überwog in der Kommission, wie im Landtagsklub am 29. April, wiederum die Methode des Zögerns und der Besorgnis.

Eine ganz kurze über die Sitzung der politischen Kommission des Klubs, herausgegebene Mitteilung hüllte die ganzen Beratungen in ein Geheimnis. Es möchte scheinen, daß die Kommission über Gott weiß wie wichtige Dinge beraten hat. Diese Geheimnistuerei konnte sogar mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der besprochenen Angelegenheiten und Entscheidungen für notwendig gehalten werden. Indes lief im Grunde ge-

nommen die Erörterung in der politischen Kommission auf Kleinigkeiten hinaus, und die wichtigste Angelegenheit, der Kern des nationalen Problems, die Frage, welche die polnische Volksgesamtheit mehr beschäftigt als alle anderen, ist überhaupt nicht zur Sprache gebracht worden.

Es ist offenbar, daß unsere politische Vertretung nicht fähig war, sich Einfluß zu verschaffen, und sich keine Mühe gab, daß man in Wien und in Berlin mit ihrer Ansicht rechne. Unter dem Gewand einer angeblich notwendigen Diskretion wurde ein gar zu kleiner Einfluß, ja vielleicht noch etwas mehr verborgen.

In der Sitzung des Polnischen Klubs war keine politische Erörterung. Der Obmann selbst stellte den Antrag, diese Erörterung zu unterlassen mit Rücksicht auf den vertraulichen Charakter der Beratungen der politischen Kommission, obgleich, wie wir erwähnt haben, in diesen Beratungen nichts Derartiges vorgefallen ist, was man durchaus geheim halten müßte. Die bisherige politische Richtung unserer Wiener Vertretung hat, wie man daraus ersieht, nicht die Vorteile gebracht, daß wir wenigstens ein Faktor geworden wären, dessen Stimme dann gehört würde, wenn eine Sache entschieden wird, welche die große 20 Millionen zählende Nation angeht, deren einen Teil der Wiener Polnische Klub vertritt.

Der Schluß der Ausführungen lautet wie folgt:

Bis vor kurzem hörte man in Galizien wiederholt verschiedene Vorwürfe gegen die Art der Politik Warschaws. Es hat sich gezeigt, daß diese Vorwürfe gegenstandslos waren. Die verbissensten Kritiker der Warschauer Methoden mußten sich überzeugen, daß Warschau in politischer Beziehung reif ist und daß von Warschau sogar die erfahrenen galizischen Politiker eigentlich viel lernen könnten. Heut hat Warschau das Wort.

Aus Nr. 560 des Wiedeński Kurjer Polski (Wien)

vom 29. Juli 1916.

Am Tage des Zusammentritts des Polnischen Klubs.

In einem sehr wichtigen Augenblick tritt heute der Polnische Klub zusammen. Auf allen Fronten finden erbitterte Kämpfe statt, die nach Ansicht der Politiker und Publizisten beider Gruppen die Entscheidung in dem Weltkriege und damit den Moment herbeiführen sollen, durch welchen die Karte Europas auf Jahrzehnte, ja vielleicht auf Jahrhunderte hinaus festgelegt und dabei das vielleicht schwierigste Problem des Weltkrieges, die polnische Frage, gelöst werden soll.

Der Zusammentritt des Klubs fällt also in eine sehr ernste Zeit. Und was auch auf die Tagesordnung kommen möge, es wird die alles andere überragende große Sache obenan bleiben, und unsere Delegierten werden im Bewußtsein der weittragenden Bedeutung des gegenwärtigen großen Augenblicks beraten.

Eine erfreuliche Tatsache ist in diesem wichtigen Moment zu verzeichnen. Der Klub tritt zu seinen Beratungen unter der Parole der Einheit und Einigkeit seiner Wünsche, Ideen und Bestrebungen in der großen nationalen Sache zusammen. Die in dem solidariſchen und durch die Solidarität starken Klub Versammelten stellen heute einen Gedanken und eine Idee dar.

Solidariſch steht heute Arm in Arm das ganze polnische Volk da, mit Stolz zu seinen höchsten nationalen Instanzen emporblickend: dem Polnischen Klub und dem Obersten Nationalen Komitee. Außer dem Polnischen Klub und dem Obersten Nationalen Komitee hat heute niemand mehr das Recht, im Namen des polnischen Volkes in Sachen Polens und seiner Zu-

kunst aufzutreten. An die Spitze dieser beiden Institutionen hat die Allgemeinheit einen und den selben Staatsmann gestellt, um ihrer Solidarität und der Gemeinsamkeit der Ziele um so deutlicheren Ausdruck zu verleihen, um seine Einigkeit auf desto festere Grundlagen zu stellen.

Und gerade heute, im Augenblick, da der Klub nach seinen vorbereitenden Sitzungen zur Beschlußfassung in wichtigen Angelegenheiten zusammentritt, wenden sich die Gedanken unwillkürlich der Person des Obmanns des Klubs zu. Unwillkürlich sieht man sich vor die Frage gestellt, ob Erz. Dr. Bilinski der Größe des wichtigen Augenblicks gewachsen sein wird, ob er derjenige ist, der in dieser für Polen entscheidenden Zeit imstande sein wird, die Interessen des polnischen Volkes wirksam zu vertreten. Und gerade, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß gegenwärtig die Haupt Sorge nicht Fragen der inneren Politik, nicht irgendwelche soziale, wirtschaftliche oder Parteiangelegenheiten sind, sondern daß es sich um etwas Größeres, Höheres, nämlich um das Sein und die Existenz Polens handelt, dann können wir dreist behaupten, daß die Wahl des Dr. Bilinski zum Vertreter der Interessen des polnischen Volkes im Weltkriege eine glückliche war.

Obmann Dr. Bilinski hat zwar auch seine politischen Gegner. Aber niemand kann und wird seinen wahren Patriotismus, seine kräftige Hand und seinen ungewöhnlichen politischen Sinn, also diejenigen notwendigen Eigenschaften in Abrede stellen, die uns die Gewißheit einer entsprechenden Vertretung unserer Interessen und nationalen Rechte geben. Die polnische Allgemeinheit hat Vertrauen zu dem Obmann seiner parlamentarischen Vertretung. Indem sie die Solidarität und den einheitlichen Willen dieser Vertretung anerkennt, erwartet sie mit voller Ruhe und mit Vertrauen das Ergebnis der Beratungen in dieser wichtigen Stunde.

Dr. H.

Aus Nr. 172 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 30. Juli 1916.

Galizien und das Königreich Polen.

Die durch den gegenwärtigen Krieg in unserer Nation und in dem Verhältnis der polnischen Frage zu Europa hervorgerufenen tiefen Wandlungen zerstreuen manche Vorstellung, die bisher als politisches Dogma galt, und befestigen und versehen mit kräftigen Argumenten das, was die Allgemeinheit oder irgend ein großer Teil derselben bis jetzt als unklare Ahnung nur instinktiv fühlte. Wir beurteilen heute, nach den Erfahrungen dieses Krieges den Einfluß der äußeren Verhältnisse auf das Leben der Nation anders, wie wir sie vor dem Kriege beurteilten, als sich vor unseren Augen die breiten politischen Aussichten noch nicht eröffneten.

Der Einfluß der äußeren Verhältnisse auf das Leben unserer Nation gab sich kund in der Verschiedenheit der polnischen Physiognomie unserer Teilgebiete, in dem Unterschiede der durch fremde Faktoren hervorgerufenen Merkmale des Sammel Lebens, die Gegenstand der Polemik geworden sind in dem Augenblick, als man begann, die Notwendigkeit des geistigen Zusammenschlusses ganz Polens zu predigen. Die Entwicklung der politischen Ereignisse während des Krieges gestattet, in die Bedeutung der Unterschiede der drei Teilgebiete tiefer Einblick zu nehmen und sie vom Standpunkt dieser breiten politischen Gesichtskreise, in welche die polnische Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt eingetreten ist, besser zu beurteilen.

Fesselnd ist in dieser Beziehung ein Artikel unter der Überschrift „Galizien und das Königreich Polen“, welchen wir in dem in Petrikau erscheinenden Organ

des galizischen Obersten Nationalkomitees „Wiadomości Polskie“ (Polnische Nachrichten) finden. Nachdem die „Wiadomości Polskie“ eingangs festgestellt haben, daß die russische Bedrückung nicht imstande war, die Überlieferungen des polnischen Staatswesens dem Bewußtsein zu entreißen oder aus dem Leben ganz zu beseitigen, daß das Königreich Polen sie in höherem Maße besitzt als Galizien, sucht das Blatt die Ursache dieser auffallenden Erscheinung in den geschichtlichen Verhältnissen, welche im Königreich Polen einerseits und in Galizien andererseits verschieden waren. Zweifellos mußte in der Geisteswelt im Königreich Polen ins Gewicht fallen die Tatsache der unmittelbaren Einwirkung dieser moralischen Kräfte, welche aus der Zeit der großen Schöpfer der Verfassung vom 3. Mai sich ausbreiteten, und ferner noch die Tatsache, daß die polnische staatliche schöpferische Kraft im Gebiete des Herzogtums Warschau und des konstitutionellen Kongreßpolens wirken konnte, während Galizien in dieser Zeit der Möglichkeit des politischen Lebens beraubt war. Das war zweifellos ein wichtiger, die politische Physiognomie des Königreichs Polen bildender Faktor, aber sicherlich nicht der einzige. Dies würde nicht genügend diejenige erstaunliche Tatkraft, diejenige wirtschaftliche Vorsorge und diejenige politische Erwägung erklären, die das Königreich Polen offenbart hat, indem es aus rauchenden Trümmern ein neues Leben schuf.

„Indessen, sagen die selben „Wiadomości Polskie“, leben in den Kulturarbeiten, auf die volkstümliche Lösungen die Volksgesamtheit vorbereitet hatten, in den aus immer tieferem Bewußtsein des nationalen Interesses unternommenen Arbeiten, in Hunderten von Äußerungen, in der Auffassung aller sozialen Angelegenheiten — die früheren staatlichen Überlieferungen im Königreich Polen wieder auf. Sie leben desto ausgeprägter, als „die Untertanen des Königreichs Polen“ in dem stets nach Ausnahmegeetzen regierten Lande von der auf die bürgerliche Gesetzgebung des Herzogtums gestützten Sonderstellung Gebrauch machten. In lebhafter Erinnerung befinden sich noch die Institute, welche die Regierung stürzte, aber nicht zu vernichten vermochte. Sie treten noch dadurch klarer in die Erscheinung, daß die ganze russifikatorische Politik es nicht zuließ, Kompromißideale zu schaffen, welche die elementaren nationalen Bedürfnisse befriedigten.“

Die „Wiadomości Polskie“ beurteilen zweifellos sehr richtig diese geschichtlichen Faktoren, welche auf die Ausbildung der Sammelseele des Königreichs Polen so vorteilhaft einwirkten. Man darf aber auch noch andere Momente nicht vergessen, welche der Politiker bei der Beurteilung dieses beziehenden und für uns so wichtigen Phänomens berücksichtigen muß. Keine untergeordnete Rolle muß hierbei die Tatsache der zahlenmäßigen Stärke der Volksgesamtheit im Königreich Polen und des Zusammenschlusses des polnischen Elements spielen, die der Einfluß der polenfeindlichen Politik nicht zertrümmert hatte. Die polenfeindliche Politik im Königreich Polen pflegte, um die Worte der „Wiadomości Polskie“ zu gebrauchen, „die Institute, welche durch den polnischen Gedanken und durch die polnische Arbeit geschaffen worden waren, zu stürzen, aber sie war nicht imstande, zu vernichten, sie ließ es nicht zu, daß sich Kompromißideale bildeten“, die leider in Galizien manche traurige Erscheinung auf politischem Gebiete hervorriefen.

Wenn man das in den Spalten des Organs der galizischen Elemente liest, die bis jetzt mit einem Gefühl der Überlegenheit und der Geringschätzung auf die Haltung und auf die Bemühungen der Volksgesamtheit im Königreich Polen herabblickten, so kann man diese in den vorstehenden Ausführungen in die Erscheinung tretende Änderung der Anschauungen nicht

stark genug unterstreichen. Wie viele lasen jedoch in einem Teil der galizischen Presse pathetische Tiraden über das Thema der russischen Gangrän, über das Thema der Demoralisation, der Depravation und der Vergiftung des polnischen Geistes im Königreich Polen durch die russifizierenden Einflüsse. Gegenwärtig zeigt es sich, daß diese Darstellung der Verhältnisse im russischen Teilgebiet in den schwärzesten Farben ein tendenziös gefälschtes Bild war durch Leute, welche, sich die Rolle der einzig legitimen Befenner des polnischen Patriotismus anmaßend, dem Königreich Polen nicht verzeihen konnten, daß es sich nicht sofort und vorbehaltlos ihrem Kommando unterwarf. Was uns anbetrifft, so waren wir stets der Meinung, daß die russische Politik sogar in den uns am meisten feindlichen Zeitabschnitten einfach keine Fähigkeit zu irgend einer tieferen Einwirkung auf die Widerstandskraft und auf den Grad der vitalen Entwicklung der Polen an den Tag legte. Die Anläufe der geistigen Russifizierung schwammen wie Öl auf der Oberfläche des polnischen Elements im Königreich Polen. Heute steht dieses Element vor neuen seiner wartenden Aufgaben mit einer solchen Kraft rein polnischer Aspirationen und Ideale, als ob es die ein Jahrhundert währende Zugehörigkeit zu Rußland überhaupt nicht gegeben hätte.

Aus Nr. 179 des Dziennik Kujawski (Hohenfalza)
vom 6. August 1916.

Das Königreich Polen und Galizien.

I.

Ein Jahr ist heute seit dem Zeitpunkt vergangen, in welchem die Russen Warschau geräumt und die Truppen des Prinzen Leopold von Bayern die Stadt besetzt hatten. Vor unseren Augen zieht das Gesamtbild der Ereignisse vorüber, die sich im verfloßenen Jahre auf dem Warschauer Pflaster abgespielt haben. Wir wollen heute nicht näher darauf eingehen und nur auf die Besonnenheit und Zurückhaltung hinweisen, die das Königreich Polen geübt hat, um dem polnischen Leben, das größere Freiheiten erlangte, den Charakter zu geben, der von der Fähigkeit und dem Geschick der Polen zur Selbstverwaltung Zeugnis ablegen soll. Wir alle wissen, daß Warschau mit dem Königreich hierfür hinreichende Beweise in der energischen Organisation des sozialen Lebens im Königreich und in der Organisation der Arbeit auf dem Gebiete der Aufklärung erbracht hat. Jetzt hat Warschau wieder einen neuen wichtigen Vorposten — die städtische Selbstverwaltung für Warschau — erhalten.

Diese polnischen Bestrebungen finden bereitwillige Unterstützung von seiten der deutschen Verwaltung, die auf diesem Wege zweifellos die Unterschiede, die zwischen der gegenwärtigen Lage und der früheren russischen Verwaltung bestehen, zur Geltung bringen will.

Alle diese Dinge, von welchen vorstehend die Rede ist, beschränken sich aber nur auf kulturelle und soziale Formen des Kollektivlebens in Warschau und im Königreich. Sie gehen nicht darüber hinaus und berühren nicht das politische Gebiet. Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß nach dieser Richtung hin der größte Teil des Königreichs Polen diejenige Zurückhaltung geübt hat, die gegenüber den sich noch nicht gestaltenden Programmen hinsichtlich der Zukunft des Königreichs Polen angezeigt war und ist, und dies umsomehr, als vorläufig das Königreich Polen in bezug auf die Rolle, die ihm diejenigen zuweisen werden, die im entscheidenden Augenblick über das Schicksal Polens entscheidenden würden, nur eine passive und abwartende Haltung einnehmen kann. Bis dahin, das heißt, bis zur Erscheinung eines positiven Programms erscheint die abwartende Haltung für das Königreich

Polen natürlich, ebenso wie es natürlich erscheint, daß überall dort, wo es die Verhältnisse gestatten, das Königreich seine natürlichen Bestrebungen zur nationalen Freiheit ausdrücklich betont und begründet.

Aber von der allgemeinen Richtlinie bis zu der Methode des Wirkens ist eine ziemlich weite Entfernung. Zweifellos herrscht in der Methode des Wirkens naturgemäß auch im Königreich Polen Verschiedenheit. Daß aber trotzdem die allgemeine Linie nicht verzerrt worden ist, beweist auch nur die friedliche Mitarbeit bei den Wahlen zum Warschauer Gemeinderat.

Bekanntlich tauchte vor einigen Wochen in den Spalten der galizischen Presse, die in näheren Beziehungen zu dem dortigen Obersten Nationalkomitee steht, die Nachricht auf, daß im Königreich Polen ein Nationalrat entstanden sei oder entstehen solle. Diese Nachricht schien allerdings mit Rücksicht auf die abwartende Haltung der öffentlichen Meinung im Königreich Polen zweifelhaft, um so mehr, als man einem unter den gegenwärtigen Verhältnissen entstandenen Nationalrat im Königreich nur eine politische Bedeutung zuschreiben könnte. Zweifellos war hier das Interesse des galizischen Obersten Nationalkomitees insofern rege geworden, als seinen Anhängern der langesehnte Wunsch lächelte, den Nationalrat in Warschau von ihnen abhängig zu machen. Seit längerer Zeit schon protestiert das Königreich Polen dagegen, daß sich das galizische Oberste Nationalkomitee in die Interessen des Königreichs Polen hineinmischen will. Frisch im Gedächtnis ist uns noch der Protest, den zahlreiche Organisationen aus dem ganzen Königreich Polen an den gegenwärtigen Vorsitzenden des Obersten Nationalkomitees Dr. Bilinski dagegen gerichtet haben, daß er sich im Namen Galiziens und des Königreichs Polen ausgesprochen habe.

Es war dies also eine deutliche Warnung, daß bestimmte polnische Kreise in Galizien und Wien nicht über ein Land verfügen sollten, dessen öffentliche Meinung sich durchaus nicht mit den Richtlinien des galizischen Obersten Nationalkomitees deckt. In diesen Verhältnissen ging aus Warschau eine andere Nachricht ein. Anlässlich der Beratungen, die vor den Wahlen stattgefunden und die die einzelnen Vertreter der nationalen Richtungen auf einer gemeinsamen Plattform zusammengeführt haben, soll dort anscheinend der Gedanke entstanden sein, vorbereitende Schritte zu einer dauernden Vereinigung der Parteien zu unternehmen.

Insbepondere soll man sich in der gemeinsamen Versammlung des zwischenparteilichen Klubs der Rechten des Nationalen Zentralkomitees und der Liga für das polnische Staatswesen — wie berichtet wird — dafür erklärt haben, eine gemeinsame zwischenparteiliche Delegation zu bilden, „um sich gegenseitig zu verständigen, und um in Fragen, über die schon ein Einvernehmen erzielt worden ist, gemeinsam zu arbeiten“. Vorläufig ist eine Organisationskommission gebildet worden, der 21 Mitglieder des zwischenparteilichen Klubs, 18 Mitglieder des Nationalen Zentralkomitees und 15 Mitglieder der „Liga für das polnische Staatswesen“ beigetreten sind. Als Gegenstände, hinsichtlich welcher ein Einvernehmen erzielt werden sollte, wurden zunächst die Wahlen zum Gemeinderat und eine Aktion gegen eine Teilung des Königreichs Polen bezeichnet. Die Beschlüsse der Kommission sollen übrigens nicht durch Abstimmung, sondern auf dem Wege der Verständigung gefaßt werden.

Das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit bei den Wahlen zum Gemeinderat ist uns allen bekannt. Über die weitere Tätigkeit der Kommission ist aber fast gar nichts mehr zu hören. Ihr Entstehen dagegen hat Veranlassung zu verschiedenen Bemerkungen gegeben.

Und so begrüßte die in Warschau erscheinende „Sprawa Polska“ die Kommission, die „gewisse Beziehungen unter den einzelnen Gruppen anknüpfen könnte“, grundsätzlich wohlwollend, ließ aber die Frage, ob sie wirklich der Anfang einer Vertreterschaft des Königreichs Polens, d. h. eines Nationalrats sein wird, offen, weil sich nach ihrer Ansicht ein wirklicher Nationalrat nur auf der Grundlage einer gleichgeordneten Vertreterschaft der politischen Parteien und tatsächlich vorhandener Einflüsse in der Volksgesamtheit bilden könnte. Diese Gleichheit und Einflüsse spricht die „Sprawa Polska“ besonders der „Liga für das polnische Staatswesen“ ab, die in der Kommission 15 Sitze erhalten hat. „Große Verwunderung — so schreibt das angeführte Blatt — hat in den breiten Kreisen der Volksgesamtheit die große Anzahl von Vertretern der kleinen und keinen Einfluß besitzenden Gruppe der Intelligenz unter dem Namen „Liga für das polnische Staatswesen“ hervorgerufen, deren Väter die Herren Studnicki, Lempicki und Genossen, mithin also Politiker sind, die in naher Fühlung mit dem galizischen Obersten Nationalkomitee stehen.“

Vielleicht haben auch in der zahlreichen Beteiligung der Vertreter der „Liga für das polnische Staatswesen“ manche galizischen Blätter — die dem Obersten Nationalkomitee wieder nahe stehen — den Anfang eines politischen Zusammenschlusses des Königreichs zum Zwecke der Schaffung einer eigenen Vertreterschaft erblickt. Nach dem Krakauer „Głos Narodu“ sind in Galizien sogar Stimmen laut geworden, daß eine solche Vertreterschaft — im Königreich Polen mit Rücksicht darauf, daß sich dort die obengenannte Kommission gebildet hat, schon entstanden ist. „Der Wunsch ist der Vater des Gedankens“, meint der „Głos Narodu“ und bemerkt dabei, man sei bisher allgemein der Ansicht gewesen, daß manche politischen Kreise Galiziens, die sich um das Oberste Nationalkomitee gruppieren, mit Ungeduld darauf warteten, daß sich endlich eine Vertreterschaft im Königreich Polen bilden solle.

Anscheinend übt aber das Königreich Polen auch weiterhin Zurückhaltung und verhält sich abwartend trotz der Beteiligung der 15 Mitglieder der „Liga für das polnische Staatswesen“. Anscheinend aus diesem Grunde geht auch jetzt die Nachricht ein, daß das Oberste Nationalkomitee gegenüber der Warschauer Organisationskommission, die eine Vertreterschaft schaffen soll, nicht nur nicht Abneigung zeigt, sondern daß deshalb sogar in bestimmten Kreisen des Obersten Nationalkomitees Unruhe herrscht.

Soviel für heute, über weitere Einzelheiten werden wir im nächsten Artikel schreiben.

Aus Nr. 180 des Dziennik Kujawski (Hohenalza)

Das Königreich Polen und Galizien.

II.

Bis zu einem gewissen Grade könnte es scheinen, daß die Überschrift, die wir für unsere Artikel gewählt haben, nicht ganz zutreffend sei, weil wir in der Hauptsache von dem gespannten Verhältnis zwischen dem galizischen Obersten Nationalkomitee und dem Königreich Polen reden. Und dennoch trägt dieser Schein. Der erste Artikel, der auf die korrekte Haltung des Königreichs Polen gegenüber den unberechtigten Bemühungen bestimmter galizischer Kreise des Obersten Nationalkomitees hinsichtlich der Gestaltung der dortigen öffentlichen Meinung hinweist, betont nämlich gleichzeitig, daß hinter den betreffenden galizischen Kreisen nicht die öffentliche Meinung ganz Galiziens stehe. Im Gegenteil, ein großer Teil der öffentlichen Meinung erkennt die Berechtigung des Königreichs Polen, über sich selbst zu beschließen,

an. Ein solcher Standpunkt bedeutet natürlich nicht, daß das Königreich Polen nicht vorher Informationen aus Galizien einholen sollte. Es ist dies so natürlich, wie unnatürlich es ist, daß daraus gewisse galizische und politische Kreise Nutzen ziehen und durch die Methode ihres Wirkens einen Druck auf den Willen des Königreichs ausüben wollen. Dagegen wendet sich das Königreich, dagegen wendet sich auch ein großer Teil nicht nur der galizischen öffentlichen Meinung, sondern auch ganz Polens umso mehr, als sie sieht, wie vorzüglich sich das Königreich Polen leitet, und umso mehr, als sie weiß, daß der Schwerpunkt der polnischen Frage nicht in Galizien, sondern in Warschau liegt, und die sogenannten galizischen Methoden in der Entwicklung des Polentums schon viel Schaden angerichtet haben.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen kehren wir zu dem Kern der Sache zurück. Wir haben in dem vorhergehenden Artikel daran erinnert, daß in den Kreisen des Obersten Nationalkomitees anscheinend Abneigung und sogar Unruhe angesichts der Möglichkeit der Schaffung einer selbständigen Vertreterschaft im Königreich Polen herrscht. Wo die Gründe für diese Unruhe liegen, darüber gibt die „Ziemia Kielecka“ Aufschluß, die als Entgegnung folgendes anführt: „Eritens möchte das Oberste Nationalkomitee haben, daß das Königreich Polen sein Programm annehmen möchte, wiewohl es andauernd leugnet, daß es dies wünscht.“ Diese Ablehnung betrachtet die „Ziemia Kielecka“ als unaufrichtig und verstellt:

„Denn welchen Zweck sollte sie eigentlich haben? Vielleicht den, zu beweisen, daß das Oberste Nationalkomitee nicht die Absicht hat, mit Gewalt dem Königreich sein Programm aufzudrängen? Aber das ist das Oberste Nationalkomitee ja garnicht imstande zu tun. Das Königreich Polen dazu zwingen, ein bestimmtes Programm anzunehmen, kann weder das Oberste Nationalkomitee noch irgend eine Regierung, selbst wenn sie über große Kräfte physischer und moralischer Natur verfügen sollte. Aber vielleicht hat auch das Oberste Nationalkomitee gar nicht die Absicht, auf die öffentliche Meinung im Königreich Polen einzuwirken, daß sie sein Programm annimmt? Wozu gibt es aber dann im Königreich Polen eine Reihe von Blättern heraus, um sein Programm zu verbreiten, und wozu fördert es nach Kräften die „Liga für das polnische Staatswesen“, die einzige Partei im Königreich, die ihm rücksichtslos ergeben ist?“

Zweifellos ist dies eine Reihe von begründeten Fragen, auf die das Kielecer Blatt mit folgender Erklärung antwortet:

„Unbestritten handelt das Oberste Nationalkomitee durchaus im guten Glauben, indem es sein Programm für das beste hält. Man kann deshalb seine Tätigkeit nicht grundsätzlich verurteilen. Man kann aber — so bemerkt das Kielecer Blatt weiter — auf gewisse Mängel hinweisen, und man muß sich sogar entschieden gegen gewisse Methoden verwahren.“

Und hier erblickt die „Ziemia Kielecka“ den zweiten Grund für die stille Opposition des Obersten Nationalkomitees gegen die Schaffung eines zwischenparteilichen Zusammenschlusses im Königreich Polen. Das Blatt schreibt:

„Wir haben bereits daran erinnert, daß wir einige von den politischen Methoden, die im Königreich Polen von dem Obersten Nationalkomitee angewandt werden, als unzulässig betrachten. Die Tatsache, daß das Oberste Nationalkomitee mit dem Augenblick der Gründung eines Obersten Nationalrats ein für alle Male auf diese Methoden verzichten müßte, ist der zweite prinzipielle Grund, weshalb sich das Oberste Nationalkomitee der Gründung eines Nationalrats widersetzt, und das heute in Polen bestehende Interregnum noch weiter in die Länge ziehen möchte.“

Zu diesen Methoden gehört vor allem die ganze politische Tätigkeit des Militärdepartements.“

Manchem Leser wird dieser Abschnitt nicht ganz klar sein. Es handelt sich hier in der Hauptsache darum, daß das Programm des Obersten Nationalkomitees nach der Richtung hin geht, das Königreich Polen mit Galizien unter habsburgischem Zepher zu vereinigen, während sich das Königreich diesem Programm widersetzt, und sein Unabhängigkeitsprogramm — wie dies die von dem Ratsherrn Bobinski bei der Eröffnung des Warschauer Gemeinderats abgegebene Erklärung beweist — betont.

Es wird zweifellos jeder zugeben, daß der Unterschied nicht nur in den Anschauungen, sondern auch in den Ideen ein grundsätzlicher ist. Zweifellos liegt auch in diesem Unterschied der Grund für den Widerstand des Königreichs Polen. Erblickt es doch in dem politischen Programm des Obersten Nationalkomitees ein Sichengagieren von vornherein nach vorher bestimmten Formeln. Indessen darf man in der Kriegszeit den Gang der Ereignisse nicht festgelegten Formeln anpassen, sondern man muß die Formeln den Ereignissen anpassen. Das aber kann oder will das Oberste Nationalkomitee nicht tun, weil es von Anfang an einen so deutlich umschriebenen Standpunkt eingenommen hat. Und hierin liegt der Hauptgrund des Mißverständnisses, das nicht nur zwischen dem Königreich Polen und dem Obersten Nationalkomitee, sondern auch zwischen dem übrigen Polen — die betreffenden politischen Kreise in Galizien mit eingerechnet — und dem Obersten Nationalkomitee besteht. So trug das Oberste Nationalkomitee selbst von Anfang an in sich den Keim der Mißerfolge, deren sichtbares Zeichen nicht nur das gespannte Verhältnis zum Königreich Polen, sondern auch die Rolle ist, die das Oberste Nationalkomitee oder der auf den selben Wegen wandernde polnische Klub in Wien in dem Augenblick spielt, in welchem die polnische Frage vor der Entscheidung steht. Dies bestätigt auch der Pfaff, das Organ der Anhänger der Volkspartei (Dugosz-Partei), indem er schreibt:

„Bis vor kurzem noch hörte man in Galizien wiederholt verschiedene Vorwürfe hinsichtlich der Art, wie Warschau seine Politik treibt. Es zeigte sich, daß diese Vorwürfe unbegründet waren. Die erbittertesten Kritiker der Warschauer Methoden haben sich überzeugen müssen, daß Warschau in politischer Hinsicht reif ist und daß eigentlich verschiedene erfahrene galizische Politiker von Warschau noch viel lernen können. Heute hat Warschau das Wort.“

Eine solche Kritik von galizischer Seite haben die Leiter der „großen“ galizischen Politik nicht erwartet. Sie kann ihnen sehr unangenehm werden. Für uns bedeutet sie, daß auch in Galizien in immer breiteren Kreisen Besonnenheit einkehrt, die — wie wir das schon oben bemerkt haben, — in der kritischen Haltung gegenüber der Tätigkeit des Obersten Nationalkomitees und in dem im Gleichgewicht bleibenden Verständnis für die Haltung des Königreichs Polen zum Ausdruck kommt.

Aus Nr. 93 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 6. August 1916.

Die österreichischen Deutschen und die polnische Frage.

Gar sonderbar stellen sich die österreichischen Deutschen die Lösung der polnischen Frage vor. Man bemüht sich gegenwärtig in Österreich, alle deutschen

Parteien auf der Grundlage eines Programms zu vereinigen. Es soll eine „Deutsche Arbeitspartei“ geschaffen werden, die alle Parteien umfaßt. In dem Programm dieser Partei befindet sich der nachstehende Absatz:

„Wir sind der Überzeugung, daß nur eine durch allgemein staatliche Rücksichten begrenzte Selbstständigkeit Galiziens, zusammen mit den polnischen Territorien, die eingenommen werden sollen, vom österreichischen Standpunkte aus eine Notwendigkeit ist.“

Diese „Deutsche Arbeitspartei“ strebt somit ausdrücklich nach einer neuen Teilung Polens. Das wäre keine Lösung der polnischen Frage, sondern ihre Entfaltung...

Wir nehmen an, daß die österreichischen Staatsmänner über diese Sache anders denken. Der deutsche Kanzler, Herr v. Bethmann-Hollweg, hat doch in seiner bekannten Rede gesagt, daß Österreich-Ungarn und Deutschland die polnische Frage gemeinsam lösen würden, was nach unserer Ansicht eine weitere Teilung ausschließt.

Wenn man bedenkt, daß die deutschen Behörden im Königreich Polen nichts dagegen einzuwenden haben, daß sich die dortigen polnischen Parteien unter der allgemeinen Lösung der Unabhängigkeit Polens vereinigen, wenn die deutschen Okkupationsbehörden erst neuerdings die Gründung des Verbandes polnischer Staatsanhänger, daß heißt solcher Leute gestattet haben, deren Bestreben es ist, aus dem Königreich Polen wiederum einen selbständigen, unabhängigen polnischen Staat zu machen, so beweisen diese Tatsachen hinlänglich, daß die deutschen verantwortlichen Politiker eine neue Teilung Polens nicht haben wollen. Und in dieser Beziehung würden sie mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes im Einklange stehen. Denn es ist heute klar, daß das deutsche Volk in seinem wohlverstandenen Interesse, in seiner ungeheuren Mehrheit gegen eine fernere Teilung Polens ist. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb f. Zt. nach der bekannten Rede des Kanzlers ausdrücklich, daß eine fernere Teilung Polens das größte Unglück wäre. Es ist ja bekannt, daß selbst die Alldeutschen gegen eine neue Teilung Polens sind, wenngleich sie natürlich die Schicksale dieses Polen nach ihrem Sinne gestalten möchten.

Um so verwunderlicher muß es erscheinen, daß die österreichischen Deutschen mit einem Programm für eine fernere Teilung Polens auftreten. Den österreichischen Deutschen sind im Wiener Parlamente die polnischen Abgeordneten aus Galizien lästig, und deshalb waren sie schon längst für eine Ausscheidung Galiziens aus Österreich und dafür, daß man Galizien eine gewisse Selbstständigkeit zuerkenne. Gegenwärtig kamen sie nun auf diesen Gedanken zurück. Wenn Galizien den österreichischen Deutschen in der Tat so sehr lästig ist, so gibt es doch dafür ein einfaches Mittel. Anstatt das Königreich noch einmal zu teilen und die Teile des Königreichs Polen Galizien zuzuteilen, wäre es besser, Galizien dem Königreich Polen zuzuteilen.

Wir sind der Überzeugung, daß die deutsche Regierung wohl nichts dagegen hätte, wenn man bedenkt, daß dieses neue selbständige und unabhängige Polen im engen Zusammenhange mit den Zentralmächten bleiben soll.

Vielleicht ziehen die österreichischen Deutschen und die österreichischen Staatsmänner diesen Gedanken in Erwägung.

